blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt (iz3w)



Landreform in Lateinamerika:

Kolumbien: Die Landreform von oben scheiterte

Peru: Die Campesinos nehmen die Landreform selbst in die Hand

S. 25

Nr. 45
Juni 75

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT:

DM 2,20

Medikamente für Kambodscha

Das kambodschanische Volk braucht dringend Geld für Medikamente

Das kambodschanische Volk hat sich endgültig von der amerikanischen Invasion befreit. Die Statthalter des US-Imperialismus um Lon Nol, der durch einen CIA-Putsch 1970 an die Macht gekommen war, haben sich zu ihren Freunden ins Ausland abgesetzt. 5 Jahre land hat der Kampf der nationalen Einheitsfront FUNK gedauert. Gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung hat Lon Nol die Truppen der USA zu Hilfe gerufen, die mit ihrer Invasion angeblich eine „Position für Verhandlungen" schaffen wollten. 3 Jahre lang, bis zum Herbst '73, dauerten die Terroflüge der US-Bomber, die nach dem Pariser Abkommen und gegen dessen Wortlaut von der Luftwaffe Lon Nols fortgesetzt wurden.

**Große Teile des Landes sind durch chemische Kampfmittel (Entlaubungsmittel etc.) verwüstet; Bewässerungsanlagen, Deiche, Straßen, Schulen und Krankenhäuser zerstört. Viele Menschen sind obdachlos und aus ihrer Heimat geflohen. Die erste Maßnahme der FUNK war deshalb, die Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückzuschicken. Jetzt müssen die Schäden des verbrecherischen Krieges beseitigt werden.
Das kambodschanische Volk braucht unsere Hilfe bei seiner Aufbauarbeit!**

Besonders dringend werden Medikamente gebraucht, Antibiotika, Mittel zur Seuchenbekämpfung und Verbandsmaterial.

Spenden Sie deshalb unter dem Kennwort „MEDIKAMENTE FÜR KAMBODSCHA" **auf das Spendenkonto der Indochinakomitees, Bezirkssparkasse Heidelberg 437 50 92, H. Leberl.**



In eigener Sache

Mit dieser Nummer haben wir die „blätter des iz3w" auf ein anderes Druckverfahren umgestellt: Wir werden in Zukunft unsere Zeitschrift setzen lassen. Wir wollen damit erreichen, daß die Lesbarkeit durch saubere Typen und die drucktechnische Hervorhebung wichtiger Passagen, von Zwischenüberschriften etc. verbessert wird.
Diese Umstellung ermöglicht es, Seiten einzusparen, da bei dem neuen Druckverfahren auch bei besserer Lesbarkeit mehr Text auf eine Seite gebracht werden kann, als dies bei einfacher Schreibmaschinenschrift möglich war. In 56 gesetzten Seiten steht so viel, wie in 76 Seiten des bisherigen Verfahrens.

Die nächste Ausgabe erscheint noch vor der Sommerpause; die vier dann noch ausstehenden Nummern (wir haben 10 Nummern in 8 Ausgaben unseren Lesern versprochen) erscheinen in den Monaten September bis Dezember.

Wir danken allen Lesern, die durch Hinweise bei Freunden und Bekannten zu unserer Verbreitung beitragen. (Beachten Sie bitte den Bestellschein hinten im Heft). Vielleicht hat auch der eine oder andere Leser die Möglichkeit, in einer Buchhandlung oder bei einem Büchertisch auf uns hinzuweisen und den Vertrieb der „blätter" dort anzuregen.

In der letzten Zeit haben wir allen noch säumigen Lesern eine Mahnung geschickt. Wir bitten um baldige Überweisung. Solcher, eigentlich unnötiger (aber notwendiger) Büroaufwand belastet uns sehr stark. Vielen Dank.

Impressum



blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 74 00 3.
Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, G.Cremer, G. Erhard, J. Geue, F. Hemmerich, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, B.Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.
Satz: Composer-satz-Service, 5205 St. Augustin
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstraße 9a

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement bei 10 Nummern (in 8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 25,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,–)
Sfr. 28,– bzw. 20,–; öS. 180,– bzw. 135,–
Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 2,20 / Sfr. 2,50 / öS 16,–

Nachrichten und Kurzberichte

Südliches Afrika

ANGOLA

Gefahr einer Intervention in Cabinda 18.3.75 (A.F.P. Interafrican News Survey)

In der angolanischen Exclave Cabinda drohe, so UNITA-Präsident Savimbi bei Gesprächen mit Präsident Nyerere in Tanzania, die Gefahr einer ausländischen Invasion. Ähnlich wenige Tage später der portugiesische Hochkommissar für Angola, Silva Cardoso, in einer Rundfunkrede: „In Cabinda operieren Interessengruppen, die nichts zu tun haben mit den Interessen der dortigen Bevölkerung ... Außerhalb Cabindas halten sich (für einen Machtkampf in Cabinda) umfangreiche militärische Einheiten bereit, die (von diesen Interessensgruppen) ausgerüstet und unterhalten werden" (Diario de Noticias, 20.3.)

Vor der Küste Cabindas befinden sich ausgedehnte Erdöllager, die zur Zeit von dem amerikanischen Erdölkonzern Gulf Oil ausgebeutet werden. Abnehmer des Cabinda-Öls ist u.a. auch die BRD (in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres annähernd 10 %; vergl. „Facts a. Reports", No. 7, 1975). Eine Invasion kann Cabinda zur Zeit nur seitens Zaire drohen. Präsident Mobutu von Zaire zeigt seit längerem schon starkes Interesse an einer Annektion Cabindas (vergl. die Chronik Heft 40). In diesem Interesse steht offensichtlich auch die tatkräftige Unterstützung, die Mobutu der angolanischen „Befreiungsbewegung" FNLA zuteil werden läßt. Der mit Hilfe des CIA zur Macht gelangte Mobutu genießt seinerseits die Unterstützung der USA.

UNITA-Delegation in der VR China 21.3.75 (A.F.P. Interafrican News Survey

Auf Einladung des chinesischen „Volkskomitees für die Freundschaft mit ausländischen Staaten" ist eine Delegation der UNITA unter Leitung des General-Kommandeurs der UNITA in Peking eingetroffen. Über das Ziel der Reise wird nichts bekannt.

FNLA kauft angolanische Zeitung und TV-Station auf 24.4.75 (port „O Seculo")

Auf käuflichem Wege geht Angolas älteste Tageszeitung „A Provincia de Angola" in den Besitz der FNLA über. Als Chef-Redakteur der Zeitung firmiert jetzt wieder Antonio Correira de Freitas. Freitas war erst kürzlich unter der Anschuldigung, in dem mißglückten Putschversuch der portugiesischen Rechten vom 28. September letzten Jahres verwickelt gewesen zu sein, aus Angola ausgewiesen worden. Bei seiner jetzigen Rückkehr nach Angola boten ihm Soldaten der FLNA Geleitschutz.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt kauft die FLNA in Luanda die kommerziell betriebene Kabel-Fernsehstation, Angola Television, auf. Sie soll künftig die Bezeichnung „FNLA-TV" tragen. Die FNLA beabsichtigt, an öffentlichen Plätzen Fernsehempfänger aufzustellen, die es möglichst vielen Bewohnern Luandas möglich machen soll, regelmäßig ein aus Werbung, Unterhaltung und politischen Informationen zugestelltes Programm der FNLA-TV zu sehen.

Das zum Ankauf der genannten Zeitung und Fernsehstation erforderliche Geld dürfte der FNLA aus den Kassen europäischer und nordamerikanischer Finanzgruppen zugeflossen sein (FR vom 29.3.).

Blutige Attacken der FNLA gegen MPLA-Angehörige 29.3.75/30.3.75 (NZZ/brit. Financial Times / brit. Sunday Times/FR)

Kommandotrupps der FNLA verüben Anschläge auf das MPLA-Hauptquartier in Luanda und auf verschiedene politische Büros der MPLA in den Afrikanervierteln Luandas. Etwa gleichzeitig werden von einer FNLA-Einheit bei Caxito 51 Rekruten der MPLA in einen Hinterhalt gelockt und exekutiert. Bei diesen Aktionen kommen annähernd 100 Menschen ums Leben.

Der Anschlag auf das MPLA-Hauptquartier galt offensichtlich der Ermordung des derzeitigen Spitzenpolitikers der MPLA in Angola (Neto bleibt weiterhin im Ausland) und Mitglieds des dreiköpfigen Präsidial-Rates der angolanischen Übergangsregierung (vergl. Chronik Heft 41/42), Lopo do Nascimento. Nascimento hielt sich zum Zeitpunkt des Anschlages im Hauptquartier seiner Partei auf. Er entkam dem Anschlag unverletzt (Sunday Times).

Die Verantwortlichkeit der FNLA für die genannten blutigen Attacken wird u.a. von 12 Ärzten bestätigt, die in dem Militär-Hospital von Luanda Überlebende der FNLA-Anschläge behandeln (Financial Times vom 29.3.). Beobachter in Angola vermuten, daß die beschriebenen Vorfälle einen ersten Anlauf der FNLA darstellen, „eine möglichst große Zahl von MPLA-Soldaten und -Sympathisanten zu liquidieren und (in Angola) ein Klima der Angst zu schaffen" (Financial Times vom 29.3.).

Le Monde (vom 17.5.) weist in diesem Zusammenhang daraufhin, daß nach wie vor „Spezialisten" aus der VR China in Zaire die Ausbildung von FNLA-Soldaten besorgen. Ähnlich gibt die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter" (vom 11.3.75) an, daß die FNLA nicht nur von Seiten der USA und Zaire, sondern auch von der VR China „erhebliche Hilfe" erhalte. Demgegenüber hätte die Sowjet Union seit Anfang 1974 auf Grund einer zwischen der USA und der Sowjet Union 1973 getroffenen Vereinbarung, der gemäß Angola der amerikanischen Einfluß-Sphäre zuzurechnen sei, ihre Hilfe an die MPLA eingestellt.

1.4. – 9.4.75 (NZZ/FR/SZ)

48 Stunden nach Inkrafttreten einer unter Vermittlung des portugiesischen Außenministers Melo Antunes zwischen den 3 angolanischen Parteien zustande gekommenen Vereinbarung, in der diese sich u.a. verpflichten, ihre in Luanda stationierten Soldaten binnen 8 Tagen auf je 500 Mann zu reduzieren, werden aus Luanda und anderen Teilen Angolas weitere blutige Zusammenstöße von FNLA-Soldaten mit MPLA-Anhängern gemeldet. Zunächst ist von mehreren hundert Toten (NZZ vom 5.4.), später sogar von mehr als 3.500 Opfern (SZ vom 14.5.) die Rede. Beobachter des Geschehens erkennen abermals in der FNLA den primären Aggressor.

Unmittelbar vor Beginn dieser neuen Unruhen hatte die FNLA unter Mißachtung der gerade erst für Luanda vereinbarten Truppenreduzierung weitere 500 eigene Soldaten nach Luanda eingeschleust und auf diese Weise ihre dortige militärische Überlegenheit gegenüber der MPLA weiter verstärkt (NZZ vom 1.4.). Nach Berichten der portugiesischen Zeitung „A Capital" haben Einheiten der FNLA darüber hinaus in Geschäftshäusern der Innenstadt Luandas schwere Maschinengewehre und Raketenwerfer postiert, mit denen sie nach Bedarf ver-

schiedene Slums mit MPLA-freundlicher Bevölkerung unter Beschuß legen können (NZZ vom 5.4.).
Wie bereits bei den FNLA-Überfällen der Vorwoche hält sich das portugiesische Militär wiederum aus den Unruhen heraus. Der politisch als rechts-stehend geltende portugiesische Hochkommissar in Angola sei nach Meinung der NZZ „in erster Linie darauf bedacht, jener Partei recht zu geben, die sich in den Kämpfen als die Überlegenere erweist" – dies in der Absicht, die kriegsmüde portugiesische Armee von weiteren kriegerischen Verwicklungen in Angola fernzuhalten. Hinzuzufügen ist hier, daß ein erheblicher Teil des Offizierscorps der portugiesischen Armee in Angola politisch nach Rechts tendiert.
Neben den portugiesischen Militärs zeigt sich im Verlauf der Unruhen auch die dritte der 3 angolanischen Parteien, die UNITA, dem Anschein nach um Neutralität bemüht.

Kenner der Verhältnisse in Angola vermuten jedoch, daß zwischen FNLA und UNITA geheime politische Absprachen existieren (wobei es neuerdings jedoch von gleicher Seite für möglich gehalten wird, daß sich angesichts des beschriebenen „harten Einsteigens" der FNLA gegenüber der MPLA und des anhaltenden militärischen Kräftezuwachs der FNLA in der UNITA die Sorge breit macht, ähnlich wie zur Zeit die MPLA, von der FNLA früher oder später militärisch an die Wand gedrückt zu werden.)

FNLA gegen die Nationalisierung der angolanischen Banken
1.4.75 (port. „Diario de Noticias")

In Luanda verhandeln Vertreter der 3 angolanischen Parteien (MPLA, UNITA, und FNLA) über die Konsequenzen, die für Angola aus der jüngst erfolgten Nationalisierung der Banken und Versicherungsgesellschaften in Portugal zu ziehen sind. Das angolanische Banken- und Versicherungswesen ist aufs Engste mit dem portugiesischen verquickt. Die FNLA spricht sich in diesen Verhandlungen dagegen aus, daß die derzeitige angolanische Regierung sich dem Schritt der portugiesischen Regierung anschließt. Die angolanischen Banken und Versicherungsgesellschaften sollten weiterhin in privater Hand bleiben. Die FNLA läßt sich bei den Verhandlungen durch Bankmanager vertreten, von denen, wie „Diario de Noticias" schreibt, viele noch vor kurzem für die Aufrechterhaltung des protugiesischen Kolonialreiches eingetreten wären.
Wenige Tage zuvor hatte sich bereits auch die UNITA in Anspielung auf Nationalisierungsvorhaben in Portugal gegen ähnliche Verstaatlichungspläne in Angola ausgesprochen. So plädierte UNITA-Präsident Savimbi für mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit Angolas von Portugal und forderte in diesem Zusammenhang für Angola ein sog. gemischtes Wirtschaftssystem. Als ein „nicht-doktrinärer Sozialist" sei er, im Gegensatz zum MPLA-Vorsitzenden Neto, der Meinung, daß „privates Unternehmertum in Angola eine rasche Entwicklung herauffühen kann" (Guardian vom 29.3.).

Neto hält Kooperation mit der FNLA noch für möglich
2.4.75 (holl. „De Volkskrant")

Ungeachtet der Terror-Aktionen der FNLA gegen die MPLA, vertritt MPLA-Präsident Neto die Meinung, daß eine Kooperation zwischen FNLA und MPLA in Angola noch möglich ist. Eine Vermittlung seitens der UNITA in den blutigen Auseinandersetzungen, wie sie derzeitig von der FNLA mit der MPLA gesucht werden, schließt Neto aus. Die UNITA gäbe sich zwar neutral, kollaboriere in Wahrheit jedoch mit der FNLA.
Nach Neto trügen auch die in Angola in grosser Zahl untergetauchten ehemaligen Pide-Agenten (Geheimdienst des faschistischen Portugal) zu den gegenwärtigen Unruhen in Angola bei. Der in England erscheinende „Economist" (vom 5.4.) sieht „Anhaltspunkte" dafür gegeben, daß ehemalige Pide-Agenten in Angola heute mit der FNLA zusammenarbeiten.
Netos betont defensive Haltung gegenüber der FNLA erklärt sich zweifellos aus dem in Angola täglich weiter anwachsenden militärischen Übergewicht der FNLA. Nach Le Monde (vom 17.5.) überqueren seit Wochen in ununterbrochener Folge Mannschaftswagen mit FNLA-Rekruten die Grenze nach Zaire. Hier absolvierten die Rekruten in Ausbildungslagern der FNLA einen militärischen „Schnellkurs" und würden dann umgehend nach Angola zurückverfrachtet. Militärischen Widerstand vermag die MPLA der FNLA jetzt nur noch in Luanda und einigen Gebieten des östlichen Angolas entgegenzusetzen. Im übrigen Angola sehen sich die Anhänger der MPLA aufgrund der Aussichtslosigkeit eines offenen Widerstandes zunehmend gezwungen, zumindest vorläufig, unterzutauchen.

Holländische Regierung unterstützt die MPLA
4.4.75 (holl. „De Volkskrant")

Bis zum Zeitpunkt der offiziellen Unabhängigkeit Angolas von Portugal (November 75) will die holländische Regierung ihre für Angola vorgesehenen Hilfsgelder für Entwicklungsprogramme der MPLA zur Verfügung stellen. Die Gelder sollen zu dem Zweck unmittelbar an die MPLA gehen und nicht über den offiziellen Regierungsweg laufen.
Die holländische Regierung beabsichtigt in diesem Zusammenhang der MPLA für soziale Aufbauprojekte in Luanda Hilfe in Höhe von umgerechnet annähernd 3 Mill. DM zu gewähren.
Auch die belgische Regierung scheint der MPLA helfen zu wollen. Nach Worten von MPLA-Präsident Neto (gegenüber der tanzanischen „Daily News" vom 9.4.) könne die MPLA zukünftig auf die Hilfe von Holland und Belgien rechnen – dies seitens der dortigen „Hilfskomitees, politischen Organisationen und auch der Regierungen".

Angola – Selbstbedineungsladen internationaler Konzerne

Öl und Kaffee, Gold und Diamanten machen Angola zu einem der potentiell entwicklungsfähigsten Länder Afrikas. Doch der größte Teil dieser Reichtümer wird von ausländischen Konzernen ausgebeutet, wie die MPLA zu Recht kritisiert. In der ölreichen Nordprovinz Angolas, Cabinda, förderte die amerikanische „Gulf Oil" im vergangenen Jahr durchschnittlich 155 000 „Barrels" Rohöl pro Tag, im laufenden Jahr soll die Produktion auf das Doppelte gesteigert werden. Das entspräche dann der gegenwärtigen Ölproduktion Nigerias.
Im Nordosten des Landes sucht die südafrikanische „De Beers"-Gruppe nach Gold und Diamanten und hat aus Sicherheitsgründen auf dem Gelände eine modern ausgerüstete Armee mit Düsenflugzeugen aufgestellt. Die Schürfrechte für 81 Prozent des angolanischen Territoriums werden von „Diamang" kontrolliert, einer Gesellschaft mit englischen, amerikanischen, belgischen und südafrikanischen Kapitalgebern.
Der angolanische Kaffeeanbau wird zu 80 Prozent von der „Companhia Agricola de Angola" (CADA) gesteuert, die Aktienmehrheit befindet sich in den Händen einer französischen Bank. Eine Tageszeitung in Luanda berichtete kürzlich auch von deutscher Ausbeutung. Zwar würden die reichen Eisenerzvorkommen offiziell von der portugiesischen Gesellschaft „Companhia Mineira do Lobito" abgebaut, tatsächlich verberge sich jedoch dahinter der deutsche Krupp-Konzern.

(Auszug aus FR-Artikel vom 5.4. zum Thema: „Waffen sind leichter zu haben als Autoreifen")

Anläßlich eines Besuches Netos in den Niederlanden veröffentlichen drei holländische Parteien, die Arbeiter Partei (P.v.d.A.), die Radikale Partei (P.P.R.) und die Sozialistisch-Pazifistische Partei (P.S.P.), einen gemeinsamen Appell, in dem es u.a. heißt: „Angola ist in Gefahr, einem neokonialen Regime unterworfen zu werden – dies aufgrund der Einmischung der Regierung des benachbarten Zaire's und der multinationalen Konzerne (vergl. nebenstehenden Kasten), die den (angolanischen) Reichtum an Bodenschätzen ausbeuten oder derartiges beabsichtigen. Aufgrund dieser Einmischung ist nicht einmal ein Krieg um die erdölreiche angolanische Exclave Cabinda auszuschließen . . .
Um diesen Gefahren vorzubeugen ist eine

Unterstützung der angolanischen Bevölkerung vermittels einer Stärkung der MPLA dringend notwendig".

FNLA warnt port. MFA vor Einmischung in Angola
15.4.75 (A.F.P. Interafrican News Survey)

Die FNLA warnt die portugiesische Bewegung der Streitkräfte (MFA) vor einer „Intervention" in Angola zugunsten der MPLA. Die FNLA reagiert damit auf eine von MPLA-Präsident Neto in Lissabon jüngst abgegebene Stellungnahme, in der es hieß, „die politische Führung in Portugal sei bereit, den politischen Fortschritt nicht nur in Portugal, sondern auch in Angola zu verteidigen". Nach Angaben der FNLA soll Neto in Portugal die derzeitigen politischen Führer aufgefordert haben, in Angola nicht mehr länger bei Seite zu stehen, sondern (wie bereits in der Zeit vor den Unabhängigkeitsverhandlungen im Januar geschehen; vergl. Chronik Heft 39) Partei für die MPLA zu ergreifen. In ihrer Erklärung verweist die FNLA im weiteren auf Berichte, denen zufolge die MFA eine Auswechselung politisch unzuverlässiger Armee-Einheiten in Angola plane.

MOZAMBIQUE

Mit der Coremo zu einem neokolonialen Mozambique
23.4.75 (Observer)

In einem öffentlich abgelegten Geständnis gibt José Gumane, Präsident der inzwischen in Mozambique aufgelösten politischen Organisation namens „Coremo" (trat nach außen mit dem Anspruch eine afrikanische Befreiungsbewegung zu sein auf), Auskunft über Ziele und Hintermänner der von ihm ehemals geführten Organisation: Die Coremo sei, so Gumane, von dem früheren sambischen Vize-Präsidenten Kapwepwe ins Leben gerufen worden und sei seit 1962 finanziell vom portugiesischen Geheimdienst Pide, der USA und Israel unterstützt worden. Nach dem Umsturz in Portugal vom April letzter Jahres hätten sich die USA im Verein mit Südafrika, Rhodesien und einer Anzahl von portugiesischen Geschäftsleuten sowie verschiedenen Politikern aus dem Umkreis von General Spinola umgehend darum bemüht, die Coremo (die bis zu diesem Zeitpunkt ohne nennenswerten Anhang in der afrikanischen Bevölkerung Mozambiques war), zu einer politischen Gegenkraft zur FRELIMO aufzubauen. Die Regierung von Swaziland und Malawi hätten hierbei die politischen Kontakte geknüpft. Dieses Vorhaben sei endgültig erst mit dem Putschversuch vom 7. September letzten Jahres gescheitert. An dem fehlgeschlagenen Putsch, der auf Initiative weißer Extremisten angezettelt worden war (vergl. die „blätter" Heft 38, S. 20), hatte sich, wie inzwischen bekannt, auch die Coremo als Träger der von ihr und 4 weiteren politisch rechts-stehenden Organisationen gebildeten „Nationalen Koalitions-Partei" (PCN) beteiligt.
Zusammen mit Gumane legte auch der seit 1969 aus der FRELIMO ausgeschlossene ehemalige FRELIMO-Vize-Präsident und spätere Präsident der oben genannten PCN, Uria Simango, ein Geständnis ab, in dem er sich der Beihilfe an der Ermordnung des einstmaligen FRELIMO-Präsidenten Mondlane bekennt: Er habe wissentlich ein an Mondlane adressiertes Paket, in dem eine Bombe enthalten war, weitergeleitet. Über die Vermittlung eines tanzanischen Priesters und des Privatsekretärs Mondlanes sei das Paket dann zu Mondlane selbst gelangt.

ZIMBABWE (Rhodesien)

ZANU-Mitglieder in Sambia verhaftet
29.3./30.3.75 (NZZ/Financial Times/Observer)

Sambische Polizeikräfte verhaften in Lusaka in Anschluß an die Beerdigung des Mitte März ermordeten führenden ZANU-Mitgliedes Herbert Chitepo (Guardian: „ZANUS's chief strategist"; FR: „organisierte von 1966 an die Stoßtrupp-Unternehmen gegen rhodesisches Gebiet ") annähernd 60 Angehörige der politischen und militärischen Führungsspitze der ZANU (vergl. die „blätter" Heft 43/44, S. 48). Dieser Schritt, so die Begründung der sambischen Regierung, erweise sich als notwendig zur Aufklärung des Mordes an H. Chitepo (Finanzial Times vom 29.3.).
Zugleich kündigt ein sambischer Regierungsvertreter an, daß die politischen Büros der ZANU, ZAPU und FROLIZI in Sambia von Regierungsseite geschlossen würden. Die Angehörigen der 3 Bewegungen dürften sich zukünftig auf sambischen Boden nur noch im Rahmen des erweiterten ANC, (seit Dezember letzten Jahres offizieller Dachverband der genannten rhodesischen Befreiungsbewegungen und der bis zu dem Zeitpunkt in Rhodesien als Partei existierenden Organisation gleichen Namens; vergl. Chronik Heft 41/42), politisch betätigen. Schon 10 Tage später folgte dieser Ankündigung ein Erlaß der sambischen Regierung, in dem der ZANU, ZAPU und FROLIZI nun auch formell jede eigenständige politische Betätigung auf sambischem Boden untersagt wird (FR vom 9.4.). Aus ZANU-Kreisen heißt es dazu weiter : Die sambische Regierung habe außerdem die Konten der ZANU in Lusaka eingefroeren und die Ausbildungslager der ZANU unter eigene militärische Aufsicht gestellt.
Etwa zum gleichen Zeitpunkt wird in Lusaka ein mit „ANC" firmierendes politisches Büro eröffnet („Star Weekly"vom 5.4.). Ähnliches vollzieht sich wenige Tage später in Tanzania: In Dar es Salaam nimmt ein ANC-Büro seine Arbeit auf, von dem es heißt, es trete an die Stelle der bisherigen separaten Büros der rhodesischen Befreiungsbewegungen in Tanzania. Es fällt in diesem Zusammenhang auf, daß bei der Eröffnung des ANC-Büros in Dar es Salaam die politischen Führungsspitzen der 3 rhodesischen Befreiungsbewegungen und des „alten" ANC's zugegen sind (Times vom 11.4.)
Die eingangs erwähnte gegen die ZANU gerichtete Verhaftungsaktion der sambischen Regierung und die in diesem Zusammenhang von gleicher Seite verfügte Schließung der politischen Büros der rhodesischen Befreiungsbewegungen – ein Schritt, der offensichtlich in erster Linie wiederum die ZANU treffen sollte – kam für politische Beobachter völlig überraschend. Die ZANU hatte bis zu dem Zeitpunkt jahrelang die Unterstützung der sambischen Regierung erfahren (Unterhaltung von Ausbildungslagern und militärischen Operationsbasen auf sambischem Territorium). Für den plötzlichen Gesinnungswandel der sambischen Regierung unter Führung von Präsident Kaunda macht die internationale Presse im Verlauf der nachfolgenden Wochen zweierlei geltend: Zum einen die Möglichkeit, daß Herbert Chitepo das Opfer eines Machtkampfes innerhalb der ZANU geworden ist und somit der Mörder Chitepos tatsächlich in den Reihen der ZANU zu suchen ist (und nicht, wie anfangs angenommen wurde, in weißen Extremistenkreisen Rhodesiens), und zum anderen die Überlegung, daß Kaunda auf sehr direkte Weise die ZANU oder Teile der ZANU-Führung zwingen will, auf eine kompromiß-bereitere Linie in den Verhandlungen mit dem rhodeischen Smith-Regime einzuschwenken – auf einer Linie, wie sie bisher etwa von dem alten ANC unter Führung von Bischof Muzorewa oder von der moskau-orientierten Befreiungsbewegung ZAPU vertreten worden ist. (Newsweek vom 14.4.). Zwischen Kaunda, dem alten ANC sowie der ZAPU auf der einen Seite und der ZANU oder Teilen der ZANU-Führung auf der anderen Seite scheint – zumindest noch bis vor einigen Wochen – insbesondere die Frage nach den Modalitäten einer Machtübernahme in Rhodesien kontrovers gewesen zu sein: Während aus ZANU-Kreisen als Verhandlungsziel für eine etwaige rhodesische Verfassungskonferenz die unverzügliche Abtretung der Regierungsgewalt an afrikanische Politiker gefordert wird, scheinen (oder schienen bis zu dem in Frage stehenden Zeitpunkt) Kaunda, Muzorewa (alter ANC) und Nkomo (ZAPU) willens gewesen zu sein, eine Übergangsregelung zu akzeptieren, die für einen begrenzten Zeitraum eine Teilung der Regierungsgewalt zwischen schwarzem und weißem Bevölkerungsteil in Rhodesien vorsieht.
Auf einen internen Machtkampf in der ZANU soll nach Angaben der britischen Zeitung „Observer" Chitepo selbst kurz vor seiner Ermordung hingewiesen haben:

Gegenüber Diplomaten in Lusaka soll Chitepo erklärt haben, es gäbe in der ZANU eine Gruppe von Personen, die nach seinem Leben und dem einer Reihe anderer ZANU-Mitglieder trachteten (Observer vom 30.3.). Über einen seit September 1973 anhaltenden Machtkonflikt in der ZANU berichtet auch die englisch-sprachige Monatszeitung „Africa" (Mai 75):
Der Zeitung nach soll es sich dabei nicht eigentlich um politische Meinungsverschiedenheiten, sondern um einen Stammeskonflikt handeln. Angehörige des Karanga-



und Manyka-Stammes (die ZANU rekrutiert sich primär aus diesen beiden ethnischen Gruppen) ständen sich in unversöhnlicher Opposition gegenüber. Seit November letzen Jahres seien beide Fraktionen auch in blutigen Auseinandersetzungen mit einander verwickelt.
Sollte Chitepo tatsächlich Opfer eines internen Machtkampfes in der ZANU geworden sein, so ist dennoch zu fragen, wie weit dieser Umstand der sambischen Regierung nicht nur als willkommener Anlaß diente, die ZANU zu einem Einlenken auf die Kaunda-Muzorewa- Nkomo-Verhandlungsliste zu zwingen. Dieser von „Newsweek" (vom 14.4.) geäußerte Verdacht scheint naheliegend, findet sich bislang jedoch nicht hinreichend bestätigt. Auffällig ist in diesem Zusammenhang lediglich, daß verschiedene Vertreter der ZANU (u.a. der General-Sekretär der ZANU, Robert Mugabe) zunächst mit entschiedenem Protest auf die Verhaftungsaktion in Lusaka reagierten, dieser Schritt später jedoch vom Präsidenten der ZANU, Ndabaningi Sithole, in einem Interview mit der sambischen „Daily News" als „konkret" bezeichnet worden ist. Sithole soll, so ein Zitat des britischen „Guardian"(vom 8.4.) aus dem genannten Interview, wörtlich erklärt haben: „Die sambische Regierung hatte keine andere Wahl..., um die Umstände des tragischen Todes von Chitepo aufzuklären. Die (sambische) Regierung hat korrekt gehandelt."
Ob diese Solidaritäts-Erklärung Sitholes zugunten Kaundas bereits, wie es zunächst scheinen will, als Hinweis auf ein Einschwenken der ZANU (bzw. der von Sithole geführten Fraktion in der ZANU) auf die Kaunda-Verhandlungslinie gelten kann, ist freilich zweifelhaft. Eine von Bischof Muzorewa – Muzorewa (alter ANC) schien in den letzten Wochen in besonderer Weise das Vertrauen Kaundas zu genießen – auf der OAU-Konferenz in Dar es Salaam Anfang April abgegebenen Erklärung läßt sogarauf den umgekehrten Fall schließen, nämlich den, daß sich Sithole im neuen ANC (und damit auch gegenüber Kaunda) mittlerweile mit der von ihm geforderten „harten" Verhandlungsstrategie durchzusetzen vermochte. Muzorewa wörtlich: „Unser Ziel in Zimbabwe ist die *sofortige* (immediate") Unabhängigkeit auf der Basis einer (afrikanischen) Mehrheits-Regierung. Falls dies auf friedlichem Wege erreicht werden kann, müssen alle Anstrengungen in diese Richtung unternommen werden. Falls dies fehlschlagen sollte, bekennt sich der ANC (neuer ANC) zur Unvermeidbarkeit des bewaffneten Kampfes als der einzigen anderen Alternative" („Africa", Mai 75).

Meldungen der Presse von Mitte April und Anfang Mai haben mittlerweile dem Verdacht, daß der Mörder Chitepos in den Reihen der ZANU selbst zu suchen ist, weitere Nahrung verschafft: So soll am 14. April der Generalsekretär der ZANU, Robert Mugabe, bei einer Einreise von Rhodesien nach Mozambique von mozambiquanischen Behörden „festgehalten" worden sein („Zambia Daily Mail" vom 15.4.). Wenige Tage später wird aus Dar es Salaam die dortige Festnahme des ZANU-Kommandeurs für Verteidigung, Josiah Tongogara, und aus Mozambique die dort verfügte Festnahme des ZANU-Kommandeurs für Sicherheit, Chigowe, gemeldet (brit. „Guardian" vom 21.4.). Weiter ist in einer AP-Meldung vom 8. Mai von Berichten die Rede, denen zufolge in der vorangegangenen Woche 160 Afrikanern „Zusammenstößen zwischen rivalisierenden Gruppen der ZANU in Sambia" zum Opfer gefallen sind (FR vom 9.5.). Der ANC habe eine Untersuchung dieser Vorfälle angeordnet.

Die Verhaftung Sitholes: ein Schuß nach hinten
7.4.75 (brit. Guardian)

Die Regierung Smith verfügt die vorläufige Freilassung des Anfang März in Rhodesien verhafteten Präsidenten der ZANU, Pfarrer Ndabaningi Sithole (vergl. die „blätter", Heft 43/44, S. 47). Sithole war kurz zuvor noch vor dem rhodesischen High Courth ein Prozeß gemacht worden, in dem er von der Anklage für schuldig befunden wurde, u.a. Mordabsichten gegen die Führer der mit der ZANU im ANC (neuen) zusammengeschlossenen politischen Organisationen geschmiedet und einen angeblich zwischen dem (neuen) ANC und der Smith-Regierung im Dezember letzten Jahres zustandegekommenen Waffenstillstand hintertrieben zu haben, indem er die Soldaten der ZANU immer wieder zu neuen militärischen Aktionen ermutigt habe. Tatsächlich ist in der Presse immer wieder von einem sog. Lusaka-Abkommen die Rede, in dem sich die afrikanischen Widerstandsorganisationen in Rhodesien Ende letzten Jahres bereitgefunden hätten, in Gegenleistung zu der Freilassung aller politischen Gefangenen und der Zusicherung, in Rhodesien frei politisch agieren zu können, den bewaffneten Kampf vorläufig einzustellen. Aus bestimmten ZANU-Kreisen (so etwa von dem zur Zeit auf einer Europa-Reise befindlichen ZANU-Mitglied R. Chiwara) wird freilich bestritten, daß die ZANU-Führung jemals ein solches Abkommen unterzeichnet hat.
Die Freilassung Sitholes ist nach Angaben von „Newsweek" (14.4) auf massiven Druck der Vorster-Regierung erfolgt. Anders als Smith scheint Vorster begriffen zu haben, daß es in Rhodesien keinen Verhandlungsfrieden unter Ausschluß Sitholes geben kann (Guardian vom 7.4.).

Von politischen Beobachtern wird die Verhaftung Sitholes übereinstimmend als eine Aktion gewertet, die sich für das Smith-Regime als ein „Schuß nach hinten" erwiesen hat. Smith verband mit diesem Schritt offensichtlich die Hoffnung, unter Ausnutzung der bis zu dem Zeitpunkt im (neuen) ANC vorhandenen starken Spannungen (ZANU gegen ZAPU und alten ANC) die ZANU aus dem Verhandlungsgeschehen auszuschalten, um auf diese Weise mit den sog. gemäßigten Kräften im (neuen) ANC zu einem für ihn akzeptablen Verhandlungsergebnis zu kommen. In dieser Hinsicht stellte sich die Verhaftung Sitholes als totaler Mißgriff heraus: Sie führte zu einem weiteren Popularitätszuwachs des in Rhodesien und im übrigen

Afrika ohnehin schon mit einer außerordentlichen Autorität ausgestatteten ZANU-Präsidenten und – vermutlich auch unter dem Druck dieses Umstandes – zu einem Solidarisierungseffekt innerhalb des (neuen) ANCs:

Stärker noch als zuvor gilt Sithole in Rhodesien jetzt als die zentrale Figur des rhodesischen Befreiungskampfes. Auf der OUA-Konferenz (OUA-Organisation afrikanischer Staaten) in Dar es Salaam wird Sithole, stürmisch gefeiert" (SZ vom 9.4.). Wenn auch mit einiger zeitlicher Verzögerung, entschließt sich das Zentral-Komitee des ANCs, alle Verhandlungskontakte zur Smith-Regierung vorläufig abzubrechen (brit. „Times" vom 24.3.).

Rhodesien-Verhandlungen von OAU gebilligt
9.4. - 12.4.75 (SZ/FR/NZZ)

Auf einer drei-tägigen (vom 7.4. bis 10.4) außerordentlich einberufenen Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Dar es Salaam einigen sich die 42 Mitgliedsländer der Organisation auf eine gemeinsame Haltung zur sog. Dialog-Politik mit den weißen Minderheitsregimes im südlichen Afrika. Nach einer anfänglichen Unstimmigkeit in dieser Frage – ein starker Länderblock unter Führung von Algerien, Lybien und Somalia hatte ursprünglich Kritik an den Verhandlungen geübt, wie sie in den letzten Monaten beispielweise von Sambia, Liberia oder Elfenbeinküste mit der Regierung Vorster geführt worden sind (vergl. Chronik Heft 41/42 u. 43/44) –stimmten die Konferenzteilnehmer einer in ihren wesentlichen Zügen von Tanzania und Sambia eingebrachten Resolution zu, in der indirekt eine Fortsetzung von Gesprächen mit der Regierung Smith (Rhodesien) und Vorster (SAR) befürwortet wird, soweit diese wie in einer ergänzend dazu gefaßten Entschließung ausdrücklich betont wird, die Befreiung Zimbabwes (Rhodesien), Namibias (Südwestafrika) und die Beseitigung der Apartheid in Südafrika zum Ziel haben.
Dem (erweiterten) ANC in Rhodesien (Dachverband der rhodesischen Befreiungsbewegungen und des alten ANC's unter Führung von Bischof Muzorewa) wird es in der genannten Resolution prinzipiell freigestellt, die Befreiung Zimbabwes auf friedlichen wie auch auf militärischen Wegen herbeizuführen, wobei ihm in jedem Falle die aktive Unterstützung seitens der OAU zugesichert wird. Zugleich geht jedoch an den ANC die Empfehlung, zunächst einmal alle friedlichen Mittel auszuschöpfen, in Rhodesien eine schwarze Mehrheitsregierung herbeizuführen. „Das würde bedeuten", so der Resolutionstext wörtlich, „eine Verfassungskonferenz anzustreben, auf der die nationalen Kräfte (Befreiungsbewegungen) mit der Smith-Regierung verhandeln. Sollte es dazu kommen, so hat das freie Afrika die Pflicht, alles zu tun, um den Verhandlungen zum Erfolg zu verhelfen" (vergl. den vollständigen Wortlaut der Resolution in „Africa", Mai 1975).
Im weiteren fordert die OAU-Konferenz eine Verstärkung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Boykottmaßnahmen gegenüber Rhodesien und Südafrika und kündigt in diesem Zusammenhang an, eine Liste von Firmen zu erstellen, die in diesen Ländern wirtschaftlich engagiert sind. Gegen jene Konzerne, die zugleich in anderen afrikanischen Ländern geschäftlich tätig sind, sollen dann von der OAU wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden. Von der Konferenz heftig kritisiert wurden die Regierungen der Länder, die wie die BRD, Österreich und die Schweiz in den vergangenen Jahren ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den weißen Minderheitsregierungen im südlichen Afrika ständig weiter ausgebaut haben (vergl. dazu in diesem Heft die Meldungen zu Südafrika).

USA verstoßen weiterhin gegen Rhodesien-Boykott
10.4.75 (SZ)

Eine für die Überwachung der Sanktionen gegen Rhodesien zuständige Kommission des Weltsicherheitsrates fordert die USA auf, ihre Erzeinfuhren (Chrom, Nickel und Eisen) aus Rhodesien einzustellen.

Ausbildungslager für den ANC in Tanzania
21.4.75 (brit. „Guardian")

Die tanzanische Regierung will dem (neuen) ANC die mittlerweile leerstehenden militärischen Ausbildungslager der FRELIMO auf tanzanischem Boden zur Ausbildung rhodesischer Widerstandskämpfer zur Verfügung stellen. Im Beisein von Bischof Muzorewa (alter ANC) nahm ZANU-Präsident Sithole kürzlich eine Besichtigung der genannten Camps (maximale Ausbildungskapazität: 3000 Rekruten) vor. Im gleichen Zusammenhang heißt es, Sithole organisiere derzeit in Dar es Salaam „externe ANC-Angelegenheiten, einschließlich des Aufbaus einer starken ANC-Armee".
Die zur Zeit vorliegenden Pressemeldungen lassen nach wie vor die Frage offe, ob mit der von der sambischen Regierung Anfang April verfügten Schließung der politischen Büros der rhodesischen Befreiungsbewegungen ZANU, ZAPU und FROLIZI in Sambia zugleich auch an die ZANU (die zur Zeit einzige Befreiungsbewegung, die über eine nennenswerte Zahl von militärisch ausgebildeten Widerstandskämpfern verfügt) die Aufforderung ergangen ist, ihre Ausbildungslager und militärischen Operationsbasen in Sambia früher oder später zu räumen. Befürchtungen dieser Art sind unmittelbar nach der Verhaftung von 60 führenden ZANU-Mitgliedern Ende März in Sambia aus ZANU-Krei-

SÜDAFRIKA / NAMIBIA

Europ. Regierungen fördern Auswanderung in die SAR
14.3.75 (Pressemitteilung der ISSA)

Die Regierungen Westeuropas fördern durch stillschweigende Duldung oder auch aktive Zusammenarbeit mit dem weißen Minderheitsregime der Südafrikanischen Republik die Auswanderung europäischer Fachkräfte nach Südafrika und Namibia. So das Ergebnis einer jetzt von der „Informationsstelle Südliches Afrika" in deutscher Übersetzung vorgelegten Studie verschiedener europäischer Organisationen zum Thema „Weiße Auswanderung ins Südliche Afrika". Die Studie belegt, daß z.B. die für Auswanderungsfragen in der BRD zuständige Behörde (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung) nicht nur die massive Auswanderungs-Propaganda südafrikanischer Stellen in der BRD toleriert, sondern darüber hinaus auch ihrerseits auswanderungswillige Deutsche mit Informationsmaterial versorgt, dessen Inhalte bis in Einzelheiten hinein identisch sind mit der in Südafrika gefertigten Auswanderungspropaganda. Damit findet sich in eklatanter Weise das in der BRD unlängst verabschiedete „Auswandererschutz-Gesetz" verletzt, das die Werbung für Auswanderung in der BRD verbietet und der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung gebietet, Auswanderungswillige mit „objektiven", „zuverlässigen" und „einwandfreien" Informationen zu versorgen.

BRD größter Lieferant Südafrikas
14.3.75 („Die Welt")

Die BRD ist im Jahr 1974 erstmals zum größten Exporteur von Waren nach Südafrika aufgestiegen. In den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres erreichte der Warenverkehr aus der BRD nach Südafrika ein Rekord-Volumen von 2,95 Mrd. DM. Großbritannien, bisher Südafrikas größter Warenlieferant, fiel in dem genannten Vergleichszeitraum mit einem Exportvolumen von umgerechnet rund 2,3 Mrd. DM auf den 2. Platz zurück.

Beteiligung von VÖEST am Saldanha-Sishen-Projekt jetzt sicher
28.3.75 (FR)

Die von der sog. Sozialistischen Partei gestellte österreichische Regierung Kreisky hat ihre in den Vorwochen geäußerten Bedenken gegen die geplante Beteiligung des in Staatshand befindlichen österreichischen Stahlkonzerns VÖEST-Alpine Montan an dem südafrikanischen Hüttenwerk-Projekt in der Saldanha-Bucht bei Kapstadt („Saldanha-Sishen-Projekt) zurückgenommen (vergl. Chronik Heft 43/44). Damit ist jetzt sicher, daß sie VÖEST, wie vorgesehen, mit 26 % an den mit umgerechnet 2,5 Mrd. veranschlagten Investitionskosten des genannten Projek-

tes beteiligen wird. Weitere Investitionsanteile wollen nach Auskunft der SZ vom 1.4. der südafrikanische Staatskonzern ISCOR (51 %), die BRD-Konzerne Klöckner und Höesch (7,5 % bzw. 6,3 %) übernehmen. Im Gespräch sind darüber hinaus auch ein japanischer und ein holländischer Stahlkonzern (Hoovogens).

Anhaltender Rechtsterror
24.3.75 (Newsweek)

Die nach fünf-monatiger Haftzeit erstmals vor Gericht verhörten 13 Mitglieder der South African Students Organisation (SASO) sind nach Angaben der Anti-Apartheid Movement in London während ihrer Haftzeit brutalen Foltermethoden ausgesetzt gewesen. Zudem sei ihnen jeder Rechtsbeistand verweigert worden. Die SASO-Mitglieder waren im September letzten Jahres bei Solidaritäts-Demonstrationen zugunsten der FRELIMO in Durban und Pietersburg verhaftet worden (vergl. Chronik Heft 39 u. 40).

Zum Rechtsterror in Südafrika vermerkt das „Institut für Rassenbeziehungen" in Johannesburg, daß in den Jahren zwischen 1948 und 1973 die südafrikanische Polizei gegenüber Angehörigen der Schwarzenbevölkerung Südafrikas insgesamt 10,5 Mill. Verhaftungen vorgenommen hat (rund 1.100 pro Tag). In der überwiegenden Zahl der Fälle war der „Verstoß" gegen das südafrikanische Paßgesetz der Grund der Verhaftung. Alle außerhalb der Bantustans lebenden Afrikaner sind angewiesen ständig einen 90 Seiten starken Paß bei sich zu tragen, der Auskunft gibt über Arbeitsvertrag und Aufenthaltsgenehmigung. Afrikaner, die bei einer Paßkontrolle ohne einen solchen Paß angetroffen werden oder sich außerhalb des ihnen im Paß zugestandenen geographischen Bewegungsbereichs befinden, werden umgehend verhaftet und mit z.T. wochenlangen Gefängnisstrafen bestraft (KVZ vom 6.3.).



Südafrika steigert Rüstung abermals um 36 %
29.3.75 (Financial Times)

Die SAR-Regierung beabsichtigt im laufenden Jahr ihre Rüstungsausgaben abermals um 36 % auf umgerechnet 3,4 Mrd. DM zu erhöhen. Südafrika wird damit Ende 75 seine Rüstungsaufwendungen gegenüber dem Stand von 1973 annähernd verdoppelt haben. Verteidigungsminister Botha kündigt in diesem Zusammenhang auch eine Umorganisierung der südafrikanischen Armee an. Neben konventionell gerüsteten und ausgebildeten Armee-Einheiten sollen verstärkt sog. counter-insurgency-Einheiten (Guerilla-Abwehr) aufgestellt werden. Im Weiteren ist (vermutlich in Absprache mit der Nato-Führung) ein Ausbau der U-Boot-Flotte geplant. Die Financial Times vermerkt in diesem Zusammenhang, daß der Ausbau des bei Kapstadt gelegenen Kriegshafens Simonstown mittlerweile so weit fortgeschritten ist (vergl. Chronik Heft 40), daß Atom-getriebene U-Boote hier anlegen und repariert werden können.

Diskrepanz zwischen weißen und schwarzen Einkommen unverändert groß
29.3.75 (NZZ)

Nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung, das Blatt stützt sich dabei u.a. auf eine Studie des Johannesburger „Institut für Rassenbeziehungen", liegt sei den zwanziger Jahren der Anteil der Einkommen von Weißen in Südafrika nahezu unverändert bei 75 % der Gesamtsumme der in Südafrika verdienten Einkommen. Der diesbezügliche Anteil der Afrikaner rangiert „unter 20 %". Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß die weiße Bevölkerung nur etwa 1/4 der Bezieher von Einkommen in Südafrika stellt (1,46 Mill. weiße gegenüber 5,26 Mill. schwarze Einkommens-Bezieher). Ein Weißer in Südafrika verdient demnach im Durchschnitt etwa das 15-fache dessen, was ein Schwarzer im Durchschnitt an Einkommen hat. Zur Einkommenslage der Afrikaner in Südafrika stellt die NZZ weiter fest, daß 4/5 der in den Städten ansässigen afrikanischen Familien (4 von 5!) mit einem Einkommen wirtschaften müssen, daß unterhalb der behördlicherseits errechneten Armutsgrenze (bei etwa 280 DM) liegt. Hier ist daran zu erinnern, daß die materielle Not der Afrikaner in den Städten noch erheblich übertroffen wird durch die der in den sog. Homelands lebenden Afrikaner(vergl. Chronik Heft 41/42).

Den oben genannten Zahlen kommt zur Zeit insofern besondere Bedeutung zu, als gegenwärtig die Regierungspropaganda aus Südafrika im Verein mit verschiedenen bundesdeutschen Tageszeitungen (vergl. z.B. die „Süddeutsche Zeitung vom 4.4.) verstärkte Bemühungen zeigt, Beweise für eine sich neuerdings in Südafrika angeblich vollziehende „Angleichung schwarzer und weißer Einkommen" zu erbringen. Man nimmt hierbei selektiv Bezug auf gewisse Einkommensbereiche, wo eine (zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende) Elite von schwarzern Facharbeitern und sonstigen Spezialisten (beispielsweise schwarze Ärzte) Löhne oder Gehälter beziehen, die bereits an die unteren Einkommen weißer Lohn- oder Gehaltsempfänger heranreichen.

Kissinger sanktioniert Kursabweichungen in der amerikanischen Afrikapolitik
1.4.75 (NZZ)

Einen Proteststurm hat in Kreisen der Organisation für Afrikanische Einheit die Ablösung des amerikanischen Unterstaatssekretärs für afrikanische Angelegenheiten, Easum, ausgelöst.

Easum galt als hervorragender Afrika-Kenner. Er wurde von seinem Chef, Außenminister Kissinger, fallengelassen, nachdem er in Tansania erklärt hatte, es werde für die USA schwierig werden, durch ihr Veto weiterhin den Ausschluß Südafrikas aus der Uno zu verhindern, wenn Südafrika seine Apartheidpolitik beibehalten werde.

Easums Nachfolger, Davis, war unter anderem seit 1971 bei der chilenischen Allende-Regierung akkreditiert und hat an ihrem Sturz mitgearbeitet.

USA beliefert die SAR mit hochangereichertem Uran (für Atombombenbau verwendungsfähig)
16.4.75 (International Herald Tribune)

Die im Februar vom südafrikanischen Verteidigungsminister Botha gemachte Ankündigung, die SAR sei jetzt in der Lage, eigene Atombomben herzustellen (vergl. Chronik Heft 43/44), fußt offensichtlich auf realen Tatsachen. Wie jetzt vom amerikanischen Kongreßabgeordneten Les Aspin aufgedeckt, beliefert seit letztem Jahr die amerikanische „Nucelar Corp. of Oak Ridge" die SAR mit größeren

Mengen von nuklearen Spaltmaterial, das zu 80 Prozent mit Uran 235 angereichert ist. 21 kg dieses hochangereicherten Spaltmaterials sollen bereits an Südafrika ausgeliefert sein. Weitere 6 kg sollen noch nachfolgen. Im Gegensatz zu dem beispielsweise in nunklearen Kernkraftwerken verwendeten Brennstoff (drei-bis sechsprozentige Anreicherung mit Uran 235), eignet sich das genannte Spaltmaterial für die Herstellung von Atombomben. Aus der infrage stehenden Liefermenge wären nach Expertenaussagen 7 „kleinere" Atombomben herstellbar.

Die Nukleare Aufsichtsbehörde der USA hat nach Angaben von Les Aspin dem Export des Spaltmaterials zugestimmt. Ihr sei, so die Begründung der Behörde, von südafrikanischer Seite zugesichert worden, daß das Material ausschließlich für Forschungszwecke Verwendung findet. Experten betonen in diesem Zusammenhang, daß es für die USA keinerlei Möglichkeit gibt, die Verwendung des Urans seitens der SAR-Regierung wirksam zu kontrollieren.

R. v. Weizäcker torpediert Unterstützung für ISSA und AAB
18.4.75 (FR)

Offensichtlich aufgrund einer persönlichen Intervention seitens des CDU–Abgeordneten Richard v. Weizäckers entscheidet der Weltkirchenrat in Genf einen Antrag der Informationsstelle Südliches Afrika und der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung auf Unterstützung aus dem Sonderfond des Anti-Rassismus-Programms des Weltkirchenrates abschlägig.

SAR-Behörden unterbinden Wahlnachforschungen in Namibia
15.4.75 (Times)

Die Bischöfe der 3 Kirchen in Namibia beschuldigen die südafrikanischen Behörden, Bemühungen zu hintertreiben, erfolgversprechende Nachforschungen anzustellen zu den nachweislich erfolgten Wahlmanipulationen bei den im Januar dieses Jahres in Namibia abgehaltenen Ovambo-Wahlen (vergl. Chronik Heft 43/44). Mit der Forderung, ihre belastenden Aussagen vor einem öffentlichen Gericht vorzutragen, versuchten die Behörden, mögliche Zeugen dieser Wahlmanipulationen zum Schweigen zu bringen. Öffentlich auftretende Zeugen hätten nach Aussagen der Bischöfe mit massiven Repressionen seitens ihrer weißen Arbeitgeber zu rechnen.

SAR will die BRD mit nuklearem Brennstoff beliefern
22.4.75 (SZ)

Südafrika bietet der BRD an, die derzeitigen Engpässe bei der Uranversorgung der BRD durch Lieferung geeigneter Kernbrennstoffe aus eigener Produktion überwinden zu helfen. Die SAR weist dabei auf ein zur Zeit in Südafrika in der Entwicklung befindliches neues Uran-Anreicherungsverfahren hin. Dieses neue Verfahren fußt interessanterweise auf einem Prinzip, das unlängst im Kernforschungszentrum Karlsruhe entwickelt worden ist. Aus dem „Spiegel" (vom 28.4.) ist dazu weiter zu erfahren, daß Südafrikanische Wissenschaftler in den vergangenen Jahren als häufige Gäste in Karlsruhe zu registrieren waren. Darüber hinaus arbeitet , wie von der deutschen AAB im Januar gemeldet (vergl. Chronik Heft 41/42), zur Zeit das Kernforschungszentrum Karlsruhe („Gesellschaft für Kernforschung"; GFK) in Zusammenarbeit mit dem deutschen Energiekonzern STEAG und der südafrikanischen „Uranium Enrichment Corporation" (Ucor) an einer Studie zur Wirtschaftlichkeit des Baus einer Uran-Anreicherungsanlage in Pelindaba, Südafrika. Angesichts dieser Sachverhalte kann es wohl als wahrscheinlich gelten, daß das jetzt von südafrikanischer Seite in die Diskussion gebrachte neu-entwickelte Uran-Anreicherungsverfahren Ergebnis einer vermutlich schon seit Jahren bestehenden engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen deutschen und südafrikanischen Forschungsstellen ist.

siba

Tropisches Afrika

AFAR und ISSA (Französisch Somaliland)

Erfolgreiche Geiselnahme seitens der FLCS
25.3. - 28.3.75 (NZZ/SZ/Le Monde)/ 7.4.75 (Newsweek) / 20.4.75 (afrique-asie)

Im Austausch gegen die Freilassung ihres unlängst von der „Befreiungsfront für die Somalische Küste" (FLCS) entführten Botschafters in Somalia zahlt Frankreich den Entführern ein Lösegeld in Höhe von 100.000 Dollar, setzt 2 in Frankreich inhaftierte Mitglieder der FLCS auf freien Fuß und stellt den Entführern ein Flugzeug für die Flucht nach Aden (Volksrepublik Südjemen) zur Verfügung.
Die Befreiungsbewegung FLCS kämpft in Afar und Issa (Territorium der am Ausgang des Roten Meeres gelegenen Hafenstadt Djibuti und deren Nachbarschafts-Regionen) gegen die dortige französische Kolonialherrschaft in Afar und Issa (unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel; vergl. Chronik Heft 38) auf unbeschränkte Zeit hin aufrecht zu erhalten. Der Wert der Kolonie liegt in der strategisch bedeutsamen Lage von Djibuti. Von hier aus vermag Frankreich jederzeit Kontrolle über den Ausgang des Roten Meeres auszuüben.
Erst unlängst (Mitte letzten Jahres) verstärkte Frankreich seine militärische Präsenz in Djibuti erheblich. Begründet wird dieser Schritt u.a. mit dem von der Sowjetunion betriebenen Ausbau des somalischen Hafens Berbara zu einem Nachschubstützpunkt für Trägerschiffe von russischen Langstreckenraketen (NZZ vom 9.4.).

ÄTHIOPIEN
(vergl. dazu auch Chronik in den vorangegangenen Heften der „Blätter")

USA liefern Waffen an die Zentralregierung
18.3.75 (dpa)

Die USA haben nach Angaben eines Sprechers im Außenministerium beschlossen, Munition im Wert von sieben Millionen Dollar an Äthiopien zu verkaufen. Zugleich bemühen sie sich mit anderen (afrikanischen) Staaten um eine Verhandlungslösung im Eritreakonflikt.

Monarchie abgeschafft
22.3.75 (NZZ) / 24.3.75 (FR)

Der Militärrat hat jetzt auch offiziell die Monarchie für abgeschafft erklärt. Die Bevölkerung soll zu einem nicht näher bezeichneten Zeitpunkt über die zukünftige Regierungsform Äthiopiens entscheiden.

Fortgesetzte Kämpfe

Der Militärrat gab die Niederschlagung eines von General Tadessé geführten Aufstandes in der Galla-Provinz bekannt (Le Monde vom 15.3.).

Die Kämpfe in Eritrea gehen weiter. Da der Flughafen Asmara wieder für Inlandsflüge der äthiopischen Fluggesellschaft geöffnet ist (1.4. FR), haben sich die Bedingungen für den Nachschub der Regierungsarmee gebessert.

Die Grenzstadt Um-Hagar wird vier Tage lang von den eritreischen Befreiungsbewegungen besetzt gehalten. Nach ihrer Einnahme und Zerstörung durch Regierungstruppen registrieren sudanesische Behörden den Zustrom von weiteren 30.000 eritreischen Flüchtlingen („El Ayam"/Sudan/ vom 2.4.). Nach Angabe der sudanesischen Regierung von Mitte April beläuft sich die Zahl der in die Republik Sudan geflüchteten Bewohner aus Eritrea mittlerweile auf 140.000 (Le Monde vom 21.4.).

Das „ELF-Revolutionskommando" – gemeint ist vermutlich die ELF-PLF (vergl. Chronik Heft 43/44) – meldet weitere schwere Kämpfe im Westen Eritreas.

Landreform stößt auf Widerstand
3.3.75 (The Times) / 4.4.75 („jeune afrique") / 21.4.75 (Le Monde)

Während die Angehörigen der geschlagenen äthiopischen Feudalschicht, soweit sie noch auf freiem Fuß sind, sich in die Städte zurückziehen, entwickeln in einigen Regionen des Landes Gruppen von Kleinbauern Widerstand gegen das Anfang März von der Zentralregierung erlassene Landreform-Gesetz (vergl. Chronik Heft 43/44). So befinden sich in den Provinzen Godjan und Begemder mehrere tausend Bauern im Aufstand. Es soll sich hierbei zum überwiegenden Teil um Veteranen der äthiopischen Armee handeln, die von der alten Regierung mit (geraubten) Land beschenkt worden sind. Nach Angaben von Le Monde (21.4.) sind die Aufstände zum Teil auch religiös und ethnisch motiviert.

Widerstand aus den Reihen der Streitkräfte
29.4.75 (Le Monde)

Offiziellen Angaben nach ist der Chef der äthiopischen Sicherheitskräfte, Hailé Négussié, verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, versucht zu haben, den abgesetzten Kaiser Hailé Sélassié zu befreien (Sélassié befindet sich unter Hausarrest) und in Äthiopien ein rechts-gerichtetes Regime aufzurichten (auf Grund der unlängst erfolgten Ausweisung der ausländischen Presseberichterstatter aus Äthiopien ist es schwierig, Näheres über den gemeldeten Putschversuch zu erfahren).
Gleichzeitig wurden Berichte bekannt, nach denen 14 Tage zuvor Sprecher von zwei der insgesamt 4 äthiopischen Armee-Divisionen von der Militärregierung den Rücktritt verlangt haben. In einem Zehnpunkteprogramm soll darüber hinaus eine dieser Divisionen, die in Eritrea stationiert ist, sich für sofortige Verhandlungen mit den dortigen Befreiungsbewegungen eingesetzt haben. In dem Programm soll im Weiteren die Forderung erhoben worden sein, aktive Soldaten der äthiopischen Armee von der im Landreform-Programm der Regierung vorgesehenen Enteignung von Landbesitz auszunehmen.

DAHOMEY

Putschversuch sollte vermutlich der Aufdeckung eines Korruptionsskandals um Kérékou dienen
4.5.75 (iz3w)

Entgegen Meldungen verschiedener Zeitungen, denen zufolge Ende Januar in Dahomey ein von ausländischen Interessengruppen gesteuerter Putschversuch gegen Präsident Kérékou fehlgeschlagen ist (vergl. Chronik Heft 43/44), erfuhr jetzt die Redaktion der „blätter" aus gut unterrichteter Quelle, daß es sich bei dem Putschversuch in Wahrheit vermutlich um einen Konflikt innerhalb der in Dahomey regierenden Junta handelte – ein Konflikt, der sich an einen Bestechungsskandal um Präsident Kérékou entzündet hatte. Kérékou soll in der Vergangenheit aus Geschäftskreisen in Dahomey Bestechungsgelder in Höhe von umgerechnet 330.000 DM kassiert haben. Sein Finanzminister Capitain Assogba soll davon Kenntnis erhalten haben und die öffentliche Aufdeckung der Affäre angekündigt haben. Um einer ihm drohenden Verhaftung zuvorzukommen, setzte Assogba ihm unterstellte Truppen zu einem Aufmarsch vor dem Präsidentenpalast in Bewegung – dies vermutlich in der Absicht, den durch den Bestechungsskandal kompromittierten Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen. Wie bereits berichtet, mißlang dieses Unternehmen (vergl. Chronik Heft 43/44).

Mittlerweile sind in Verbindung mit den Vorfällen vom Januar zahlreiche Verhaftungen erfolgt und in einem nicht-öffentlichen Gerichtsverfahren 7 Personen zum Tode verurteilt worden; darunter Assogba und andere führende Politiker des Landes. (Zu den derzeitigen Herrschaftsverhältnissen in Dahomey vergl. nebenstehenden Kasten)

MADAGASKAR

Militärs gehen gegen bürgerliche Opposition vor
22.3.75 (NZZ) / 29.3. u. 18.4.75 (Le Monde) / 4.4. u. 2.5.75 (jeune afrique)

Die regierenden Militärs in Madagaskar sind offenbar bemüht, die politischen Hintergründe, die im Februar zur Ermordnung des linksgerichteten madegassischen Innenministers Ratsimandrava geführt haben (vergl. Chronik Heft 43/44), rückhaltlos aufzuklären und in diesem Sinne auch entschieden gegen die bürgerliche Opposition des Landes vorzugehen: In einem öffentlichen Prozeß, der unter Aufsicht internationaler Prozeßbeobachter stattfindet, werden insgesamt rund 300 unter Anklage stehende Personen verhört, unter ihnen eine Reihe von führenden Mitgliedern der von den Militärs 1972 aus der Regierung vertriebenen sog. „Sozialistischen Partei". So z.B. auch Ex-Präsident Tsiranana (vergl. Chronik Heft 43/44).
Die Militärs in Madagaskar bekräftigen erneut, daß sie das Reformprogramm Ratsimandravas (Aufbau ländlicher Genossenschaften, Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft und des Verwaltungsapparates (vergl. Chronik Heft 43/44) weiter vorantreiben wollen.

NIGERIA

VW nimmt Montagewerk in Betrieb
22.3.75 (FR) / 24.3.75 (NfA) / 2.4.75 (NZZ) / Mai 75 („Africa")

Während westdeutschen VW-Arbeitern Massenentlassungen bevorstehen, gibt VW in Nigeria (VW of Nigeria) die In-Betriebnahme eines Montagewerkes bekannt. Die Tagesproduktion von derzeit 60 Wagen soll bis zum Jahresende auf 120 Wagen gesteigert werden, später sind 12.000 bis 14.000 Einheiten pro Tag geplant. Die Belegschaft von derzeit 1.100 Arbeitern verrichtet gegenwärtig nur Montage-Arbeit (Zusammensetzung von Teilstücken, die vom Mutterwerk in der BRD produziert werden). Später soll 30 % des Produktionsausstoßes in Nigeria selbst hergestellt werden. Das Produktionskapital von drei Millionen Naira teilen sich im wesentlichen VW (40 %) und der nigerianische Staat (35 %). Zum Schutz der nigerianischen VW- (und Peugeot)-Montagewerke ist die Einfuhr von PKW unter 2.000 ccm Hubraum (PKW's kleiner und mittlerer Größe) verboten worden.

SENEGAL

Massive Investitionshilfe aus dem Iran
4.4.75 (jeune afrique)

Senegal und der Iran sind Anfang März übereingekommen, in Senegal eine Anzahl von Industrie- und Infrastrukturprojekten in Angriff zu nehmen: Geplant ist der Bau einer Ölraffinerie, einer petrochemischen Fabrik, eines Hafens für die Ausfuhr von Erdölprodukten und die Einrichtung neuer Phosphatminen.

SEYCHELLEN
(Inselgruppe im Indischen Ozean)

Tourismus zerrüttet Wirtschaft
18.4.75 (jeune afrique)

Seit neuem im Zugriff eines Oberschichts- und Massentourismus, sieht sich die Bevölkerung der Seychellen einer rapiden Steigerung der Lebenshaltungskosten (1974: 30 %) und einer Zerstörung ihrer überwiegend agrarischen Existenzgrundlage ausgesetzt. Kapitalkräftige Ausländer wie der südafrikanische Goldmagnat Oppenheimer, der zyprische Erzbischof Makarios oder der Schauspieler Peter Sellers kaufen ganze Inseln auf und bringen hier die Plantagenwirtschaft zum Erliegen.
Aus dem Tourismus selbst vermag die Bevölkerung kaum einen Nutzen zu ziehen. Die den Massentourismus kontrollierenden ausländischen Gesellschaften fliegen den Versorgungsbedarf für ihre Kunden aus dem Ausland ein. Die Devisen, die trotzdem noch im Land verdient werden, fließen mangels jeglicher Kapitalverkehrskontrolle wieder in die USA, die BRD, nach Südafrika oder in andere Länder zurück.
Nachdem es die englische Kolonialmacht verstanden hat, in den vergangenen Jahren die sozialistische Opposition des Landes auszu-

DAHOMEY: Beispiel einer militärbürokratischen Herrschaft

Die nachfolgenden Ausführungen gingen uns als Teil eines längeren Lageberichtes unmittelbar aus Dahomey zu.

Red.

Dahomey wurde bis 1960 als Kolonie von Frankreich unterentwickelt gehalten. Danach wurde das Land in raschem Wechsel (im Schnitt alle 18 Monate) von verschiedenen Equipen regiert. Drei – mit französischer Hilfe gegründete je regionsspezifische Parteien und verschiedene Offizierscliquen (zum Teil von der französischen Regierung genährt über geheime Gehaltszulagen mit Pensionsanspruch) lösten sich dabei ab. Ausbeutung und Abhängigkeit von Frankreich blieben gleich. Der Staatsapparat, dessen Träger im Bündnis mit den Franzosen, die koloniale Verwaltung weiterführten und für Ruhe unter Bauern und Arbeitern und Sicherheit der Investitionen sorgten, überstand alle Regierungswechsel unverändert und behielt seine parasitäre ökonomische Position bei. Für die Bauern zeigte sich der Imperialismus vor allem im Zwangsanbau von Exportprodukten. An ihrer Ausbeutung beteiligte sich darüber hinaus auch die einheimische Verwaltungsbourgeiosie, die ihnen Steuern und privat erhobene Abgaben (Bestechungsforderungen) abpreßte (notfalls mit Gewalt). In Dohomey, das ohnehin schon immer zu den 25 ärmsten Nationen gehörte, mußte die wirtschaftliche Abwärtstendenz der Dritten Welt insgesamt voll durchschlagen. Sie wurde durch keine inneren Reformen oder durch Investitionen gebremst.

Lange Zeit glaubten die vom Steuerertrag und französischen Hilfsgeldern lebenden Bürokraten und Militärs, ihre ökonomische Situation durch verstärkte Ausbeutung der Bauern verbessern zu können. 1972 etwa war aber deren Verarmung an einem Punkt angelangt, wo es offensichtlich wurde, daß auch der Wohlstand der militärbürokratischen Klasse (wie sie von den Maoisten in der JUD genannt wird) von den nationalen ökonomischen Bedingungen und insbesondere von der Leistungsfähigkeit der Bauern abhängt.
Da wurden dann antiimperialistische (genauer: antifranzösische) Bestrebungen, ein Trend zur Solidarität mit anderen Nationen der Dritten Welt und eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Bauern bestimmend. All dies äußerte sich in dem Militärputsch (der „Revolution") vom November 72. Die Offiziere, die die Macht übernahmen, waren sich einig in der Ablehnung ihrer im neokolonialistischer Abhängigkeit regierenden Vorgänger. Einige von ihnen zeigten freilich weiterhin Sympathien für eine Politik, die nichts anderes beinhaltete, als die bisherige Abhängigkeit von Frankreich gegen eine (neokoloniale) Bindung an die USA und die BRD auszutauschen. Zwei Offiziere – vor allen der Kultusminister Gbadjougoumé – versuchten den Regierungswechsel für die Initiierung einer antiimperialistischen Massenbewegung zu nutzen. Sie gaben den antiimperialistischen Jugend- und Gewerkschaftsorganisationen Spielraum für Agitation und förderten den Gedanken, durch Dorf-Revolutions-Räte dem Staat ein demokratisches Fundament zu geben. Auf Druck ausländischer Botschaften und „inländischer Wirtschaftskreise" hin mußten sie gehen. Die Veröffentlichung von Korruptionsfällen aus dem Ministerkreis brachte sie dann ins Gefängnis. Von dem Versuch, nach allgemeiner Grundsatz-Diskussion ein revolutionäres Programm zu formieren, blieb nichts als Phrasen. Die regionalen Revolutionsräte wurden zwar gewählt ... aber durch die Verwaltung. Ein Teil der Revolutionäre aus den Jugendorganisationen und Gewerkschaften paßte sich dem neuen Kompromiß-Trend an (vor allem die „Ligue patriortique", die schon immer die These vom revolutionären Potential der Bauernschaft abgelehnt hatte und sich eine „gewerkschaftliche" Basis unter den höheren Beamten geschaffen hatte). Sie steigen rasch in die wichtigen Verwaltungs- und Berater-Positionen auf.

Sicher ist Dahomey nicht mehr in dem Maße eine Neokolonie wie in den 60er Jahren. Eine sozialistische Entwicklung kann man dennoch nicht erkennen.
Der bestimmende Trend ist die Emanzipation der militärbürokratischen Klasse von der Ausländischenn Bevormundung. Außenpolitisch sowohl an Nigeria als auch an Guinea angelehnt, gelingt es der neuen Regierung weitgehend, sich gegen ausländische Politische Pressionen zur Wehr zu setzen. Wirtschaftlich werden erstmals die Grenzen der Kompromißmöglichkeiten mit den EWG-Ländern abgetastet. Man unterstellt ausländische Investitionen der gleichen steuerlichen und arbeitsrechtlichen Kontrolle, wie einheimische Unternehmen. Staatsbeteiligung wird gefordert und, wo möglich, auf dem Kompromißwege durchgesetzt. Zugleich wurden aber auch die Gewerkschaften wieder an die Kandare genommen. Die sehr starke Jugendorganisation (JUD (und ihre Vorläufer), die zuerst hofiert worden war, da sie schon lange antiimperialistische Agitation getrieben hatte und versuchte die Bauern für konkrete Ziele zu mobilisieren, wurde verboten, da sie auf Korruption und bürokratische Übergriffe mit Streiks und Demonstrationen und nicht mit „revolutionären Kompromissen" geantwortet hatte. In den Mittel- und Oberschulen des Landes ist sie aber heute noch die bestimmende Kraft.

Wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung ernsthafter als früher zum politischen Ziel erhoben wurde, so wird doch die Geschäftemacherei in der Verwaltung (spricht: Korruption) immer stärker.

Freilich: Die „Revolution" von 1972 hat Kräfte in Bewegung gesetzt, die sich schon sehr bald gegen die, genau die Personen wenden könnten, die über diese Revolution zur Macht gelangt sind. Von daher tut Geschlossenheit unter den regierenden Militärs not; und dazu gehört auch die Bemäntelung von Korruption in Regierung und Verwaltung. Wer da nicht mitmacht, wie im Januar Ex-Finanzminister Assogba, dem droht die Todesstrafe.

G. Yovo

schalten, sollen die Seychellen-Inseln im kommenden Jahr von Großbritannien politisch (besser: formal-politisch) unabhängig werden.

SOMALIA

Erstaunliche Entwicklungserfolge
11.3.75 (Guardian) / Mai 75 („Africa" /„afrique-asie")

Eine jetzt abgeschlossene (Anfang März) Alphabetisierungskampagne soll nach Angaben von Präsident Said Barré in Somalia den Anteil der lese- und schreibkundigen Bewohner des Landes auf 60 bis 70 % erhöht haben. Die Kampagne war Teil eines langfristigen Programms zur Integrierung der Nomaden (stellten den überwiegenden Teil der Bevölkerung) in den Wirtschaftsprozeß des Landes (Ansiedlung der Nomaden in festen Dörfern und Erhöhung der Produktivität ihrer Herden).
Auch Kritiker der somalischen Regierung, die 1969 über den Sturz eines korrupten prowestlich orientierten Regimes an die Macht gelangt ist, räumen ein, daß diese und andere Entwicklungsbemühungen der Regierung bislang erstaunliche Erfolge gezeigt haben – Erfolge, die das Land u.a. auch in die Lage versetzt hat, bislang wesentlich aus eigener Kraft mit den Folgen der sieben-jährigen Dürre fertig zu werden, von der Somalia in ähnlicher Weise betroffen war (und noch ist) wie die übrigen Länder des sog. Sahel-Gürtels (vergl. Chronik Heft 43/44).

TSCHAD

Tombalbaye Opfer eines Militärputsches
14.3.75 (FR/SZ)

Das Regime Tombalbaye wird von rebellierenden Armeeeinheiten gestürzt. Tombalbaye kommt dabei selbst ums Leben. Zunächst übernimmt der Führer der Putschisten, Odingar, die Macht, wird wenig später jedoch von einem „Obersten Militärrat" unter Leitung des früheren Oberbefehlshabers der Streitkräfte, Felix Malloum abgelöst (Zu den Hintergründen des Putsches vergleiche in diesem Heft den Artikel Thema: „Neue Herren im Tschad")

UGANDA

Rüstungshilfe für Amin aus der Sowjetunion und Frankreich
15.3.75 (Le Monde) / Mai 75 („Africa")

Während Staatschef Idi Amin sich in Uganda nur noch durch nackten Terror an der Macht halten kann, die Wirtschaft des Landes durch Korruption und der ständig weiter fortschreitenden Auflösung des staatlichen Verbandes total zerrüttet ist und die Nachbarregierungen Überlegungen darüber anstellen, wie dem Wahnsinnstreiben Amins in Uganda ein Ende gesetzt werden könnte (das letzte u.a. mit Blick auf die Amin demnächst turnusmäßig zustehende OAU-Präsidentschaft), liefern die Sowjetunion und Frankreich (gegen Bargeld!) weiterhin enormes Rüstungsmaterial nach Uganda und machen auf diese Weise das Amin-Regime zu einer zunehmenden Bedrohung für die Nachbarstaaten Ugandas.
Durch die von den genannten Ländern ermöglichte und geförderte Aufrüstung Ugandas mit großen Mengen von Panzern und Düsenjägern, sehen sich mittlerweile insbesondere Kenia und Tanzania (von Amin verbal am häufigsten bedroht) zu einem Wettrüsten herausgefordert, das weit über die Wirtschaftskraft dieser Länder hinausgeht. So mußte jetzt auch die zur Zeit wirtschaftlich stark bedrängte tanzanische Regierung mit dem Aufbau einer Luftwaffe beginnen.

VR KONGO (Kongo Brazzaville)

Zuckerabkommen gekündigt
24.3.75 (NfA)

Um nicht länger Preise akzeptieren zu müssen, die weit unter dem Weltmarkt-Preisniveau liegen, ist die Volksrepublik Kongo aus dem Zuckerabkommen frankophoner Staaten ausgetreten.
Neuentdeckte Erdöllager haben der VR Kongo im Ausland jetzt mehr Kreditfähigkeit verschafft. Als Geldgeber bieten sich die Sowjetunion und Frankreich an (Le Monde vom 2.5. / NZZ vom 1.4.).

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

Vorsters „Dialogpolitik" erfolgreich
Mai 75 („Africa")

Einer kürzlich getroffenen Regierungsvereinbarung nach wird Südafrika in den kommenden Jahren an die Zentralafrikanische Republik einen 250 Millionen-Dollar-Kredit vergeben. Hinzu kommt eine nicht zurückzahlbare Hilfe in Höhe von 2 Mill. Dollar. Vereinbart sind darüber hinaus umfangreiche südafrikanische Privatinvestitionen in der Zentralafrikanischen Republik. Im Rahmen der südafrikanischen Wirtschafts-„Hilfe" ist u.a. der Bau einer Eisenbahnlinie ins Auge gefaßt, über die die Zentralfr. Republik eine Eisenbahnverbindung (über das südafrika-freundliche Gabun) zum Atlantischen Ozean (als Häfen sind Port Gentil oder Libreville im Gespräch) erhalten soll. Pläne dieser Art sind bislang von anderen möglichen Geldgebern aus Rentabilitätsgründen immer wieder verworfen worden.

as

Neue Herren im Tschad – Zu den Hintergründen des Putsches"

Am 13.4. wurde Präsident Tombalbaye nach mehrstündigen Kämpfen von rebellierenden Armee-Einheiten getötet. Die Macht übernahm der Führer der Putschisten, Odingar. Er wurde später von einem Obersten Militärrat unter dem früheren Oberbefehlshaber der Streitkräfte Felix Malloum abgelöst. Malloum war erst durch den Putsch aus dem Gefängnis freigekommen.
Tombalbaye hatte sich mit unnachahmlichem Geschick zwischen alle erreichbaren Stühle gesetzt. Als Angehöriger der christlichen bzw. animistischen Negerbevölkerung des Südens gab er sich in letzter Zeit mit der Kontrolle des Südtschad und der Zentralregion, in der die Hauptstadt N'Djaména liegt, zufrieden. Die Nordgebiete, unter denen riesige Bodenschätze,vor allem Uranvorkommen, wahrscheinlich aber auch Gold lagern, hat er mit ihrer islamischen Bevölkerung aufgegeben. Die FROLINAT, die sich dagegen wehrt, daß der Tschad durch den Süden, zuletzt praktisch durch Tombalbayes Volk regiert wurde, mußte sich in das Tibesti-Gebirge zurückziehen, seit Tombalbaye den Sudan und Libyen verpflichtet hatte, ihre Grenzen für den Nachschub der FROLINAT zu schließen. Als Gegenleistung trat Tombalbaye einen 200 km breiten Grenzstreifen an Libyen ab, so daß dieses Land wieder auf die Größe kam, die es als italienische Kolonie in der Mussolini-Zeit gehabt hat[1].

Tombalbaye verdarb es aber auch gründlich mit der Negerbevölkerung des Südens, auf die er seinen Rest-Staat stützen mußte. Während das Land dem Bankrott entgegen steuerte, weil alle bedeutenden Wirtschaftszweige in ausländischer Hand waren, unterdrückte er die Bevölkerung mit konfiskatorischen Steuern[2].
Die Willkürherrschaft seines Regimes traf außer der Opposition immer mehr auch seine eigenen Anhänger.
Der Höhepunkt des bizarren Rückzugs auf seine engste Herrschaftsbasis war die Einführung des „Yondo"-Kultes seines Stammes als Staatsreligion. Die zwangsweise Duchführung

schmerzhafter und langwieriger afrikanischer Initiationsriten machte ihm die christliche Elite zum Feind. Offenen Widerstand der Justiz provozierte der Versuch, die frühere Präsidentin der aufgelösten Fortschrittspartei PPT, Guembang, wegen Hochverrats verurteilen zu lassen. Guembang wurde vorgeworfen, sie habe durch rituelle Schlachtung eines Hammels Tombalbaye zu töten versucht und Malloum – den späteren Chef des Militärrats – an seine Stelle beschwören wollen. Nachdem Frau Guembang im Hauptanklagepunkt freigesprochen worden war und „nur" sieben Jahre Zwangsarbeit erhalten hatte, mußte Tombalbaye durch sein Parlament das „empörende" Urteil wieder aufheben lassen [3].

Nichts geschieht im Tschad gegen Frankreich, doch hatte es Tombalbaye auch mit diesem Land, das den Tschad im Zustand neokolonialer Ausbeutung hält, verdorben. Unerträglich war es für Paris, zu erleben, wie Tombalbaye die reichen Bodenschätze des Nordens preisgab. Neuentdeckte riesige Erdöllager im Süden machten das Land noch wertvoller für Frankreich. Darüber hinaus ist der Tschad unentbehrliches Sprungbrett für die Versorgung Djibutis (s. Chronik zu Somalia). Schlimm genug für Paris, daß Tombalbaye immer mehr die Kontrolle über sein Land verlor.

Seit dem offiziellen Ende des Kampfes gegen die FROLINAT 1972 (die FROLINAT hatte durch die Schließung der Grenzen zum Sudan und auch Libyen schwere Rückschläge erlitten), sahen die Franzosen die Notwendigkeit der Reduzierung ihrer Armee im Tschad auf sich zukommen. Tombalbayes Versuch, die französische Präsenz zu verringern, mußte zu weiteren Spannungen führen [4].

Paris wußte von den Putschplänen, doch warnte es Tombalbaye nicht. Als die französische Armee am Tag des Putsches Tombalbaye helfen wollte, wurde sie angeblich vom französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zur Neutralität verpflichtet. [5]

Einer der neuen Machthaber machte sich öffentlich über Tombalbaye lustig: Er habe sich Söldner gehalten, um das Militär zu überwachen, aber in Wirklichkeit hätten diese Leute für die Putschisten gearbeitet. Dies ist eine Anspielung auf die Mannschaft des Camille Courvenec, die als Privatangestellte des Präsidenten einige Sondereinheiten und den Geheimdienst beherrschten. Es waren Zivilisten, aber sämtlich frühere Soldaten der französischen Armee. Gouvernec muß hervorragend über die Putschpläne Bescheid gewußt haben und konnte allein darüber entscheiden, welche Informationen wohin gelangten. Kein Wunder, daß alle Warnungen vor dem Putsch – ins Lager der Putschisten gelangten. Diese „Zivilisten" haben Tombalbaye bewußt im Dunkeln gelassen. [6]

Frankreich dagegen konnte sich von den Putschisten nur Vorteile erhoffen, waren sie doch sämtlich in der französischen Armee ausgebildet worden und Teil jener hochqualifizierten Elite, mit der Frankreich seine Herrschaft auch nach der formalen Unabhängigkeit seiner afrikanischen Gebiete sichern wollte.

Das Militär schließlich hatte, wie die Franzosen, eine Reduzierung seines Einflusses zu befürchten, da trotz einiger Erfolge [2], die Erfolge der FROLINAT begrenzt waren. Hauptgrund für den Putsch waren aber nach den Worten Odingars „die jahrelangen Demütigungen des Militärs." Tombalbaye hatte immer mehr Militärs in seine Gefängnisse und Konzentrationslager werfen lassen, vor allem, nachdem Malloum im letzten Jahr einen Putsch versucht hatte. Auslöser für den Putsch waren die Verhaftungen hoher Militärs am 3.4.[7]. Tombalbaye griff am 5.4. wütend im Rundfunk das Militär an und erklärte, daß die Armee sich wie ein Staat im Staate aufführe und daß man dieses „trostlose Schauspiel von Ineffizienz und Böswilligkeit" von oben herab radikal ändern werde[8]. Diesen kaum verhüllt angedrohten Massenverhaftungen mußte die Armee zuvorkommen.

Da die Armee im wesentlichen im eigenen und im Interesse der Französischen Regierung gehandelt hat, ist für die Bevölkerung nur der Übergang zu einer Art „aufgeklärten Neokolonialismus" zu erwarten, d.h. der Übergang zu einer weniger brutalen Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Landes. durch ausländische Interessen. Zwar feierte die Bevölkerung der Hauptstadt nach mehrtägiger Animierung durch den Rundfunk den Sturz Tombalbayes [9], doch bleibt ihr Anteil an den Früchten des Umsturzes gering. Die Armee beschränke sich zuerst darauf, die eigenen Leute aus der Gefangenschaft zu befreien[10]. Nachdem die profranzösische Armeeführung unter tatkräftiger Mitwirkung französischer Berater ihr Regierungsprogramm entwickelt hatten, konnten sie ihre Position als gefestigt betrachten. Man schärfte dem Volk ein, daß jede politische Organisierung verboten sei, da der Staat sich allein auf das Militär stützen werde, und ging dann zur Freilassung der politischen Zivilgefangenen über.[11]

— as —

Fußnoten

(1) Le Monde, 24.4.1975
(2) vgl. Chronik, Heft 43/44
(3) FR 26.2.1975; jeune afrique 11.4.1975; afrique-asie 20.4.1975
(4) Le Monde 24.4.1975
(5) jeune afrique, 9.5.1975
(6) Le Monde, 24.4.1975
(7) Le Monde, 5.4.1975
(8) Le Monde, 8.4.1975
(9) Le Monde, 18.4.1975
(10) Le Monde, 21., 23., 30.4.1975
(11) Le Monde, 30.4.1975

Arabische Länder und Vorderasien

Folter in Syrien und Israel
10.4.75 (FR)

Die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International wirft Syrien wie Israel die Folterung ihrer Kriegsgefangenen aus dem Oktoberkrieg 1973 vor. Die Angabe beruht auf Gesprächen, die drei Mitglieder der Organisation ein Jahr nach dem Krieg mit 25 israelischen und syrischen Kriegsgefangenen führten.

ÄGYPTEN
3.4.75(FR)

Die USA werden an Ägypten 300 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl im Wert von 102 Mio. Dollar (240 Mio. DM) liefern.

ALGERIEN
11.4.75 (SZ/FR)

Der algerische *Präsident Boumedienne* ist von den Vereinten Nationen *mit der Friedens-Goldmedaille ausgezeichnet* worden.

IRAK

Kurden im Irak weiterhin in existenzieller Bedrängnis
1.2. u. 9.4.75 (FR)

Bei ihrer Flucht aus Irak nach Iran (vgl. Chronik, Heft Nr. 39) sind nach Angaben der Kurdischen Demokratischen Partei mehr als 5000 kurdische Frauen, Kinder und ältere Leute umgekommen. Ferner seien mehr als 1000 kurdische Aufständische, die sich im Rahmen der vom Irak verkündeten Amnestie (vgl. Chronik, Heft 43/44) gestellt hätten, umgebracht worden.
Die Regierung in Bagdad hat indessen die am 1. April abgelaufene Frist für die kurdischen Flüchtlinge, die vom Iran zurückkehren möchten, um vier Wochen verlängert. Unter den etwa 250 000 nach Iran geflüchteten Kurden befindet sich auch der 72jährige Führer Mustafa Barzani mit seinen beiden Söhnen.



Die Türkei hat ihre Kontrolle an der Grenze zum Irak hin verstärkt. Die türkische Regierung will damit die illegale Einwanderung von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei stoppen. Die Regierung befürchtet, daß eine Masseneinwanderung von irakischen Kurden zu politischen Unruhen unter den 5 Millionen türkischen Kurden führen könnte (vergl. Chronik Heft 43/44 u. Heft 36/37).

Die „Gesellschaft für Bedrohte Völker" in Hamburg sieht auf die kurdische Zivilbevölkerung im Irak das „Schlimmste" zukommen. In den früher befreiten Zonen des Kurdengebietes im Irak drohe der Bevölkerung durch Vertreibungen, Exekutionen, anhaltenden Bombardierungen und Hungerblockaden die physische Vernichtung.

Konflikt mit Syrien um Euphrat-Wasser
18.4.75 (FR)

Irak wirft Syrien die unerlaubte Stauung grosser Mengen des Euphratwassers vor. Als Folge davon sei die Reisanbaufläche im Euphrattal von 136.000 auf 10.000 Hektar zurückgegangen. Teile der Bauern müßten bereits in das besser versorgte Tigristal umgesiedelt werden. Mit der exessiven Wasserentnahme aus dem Euphrat verletze Syrien ein vor 2 Jahren zwischen der Türkei (hier enspringt der Euphrat), Syrien (wird vom Euphrat durchquert) und dem Irak zustande gekommene vertragliche Übereinkunft über die Nutzungsrechte am Euphratwasser

Syrien wirft demgegenüber dem Irak vor, einen „faulen Wasserhandel" mit dem Iran gegroffen zu haben. Der Irak einigte sich vor kurzem mit dem Iran über den Verlauf ihrer umstrittenen Grenze im Gebiet des Schatt-el-Arab-Flusses, dem Zusammenfluß von Euphrat und Tigris im Süden Mesepotamiens. Dabei konnte sich der Iran die Kontrolle über die Hälfte des Flußlaufes sichern.

IRAN

Politische Gefangene „Auf der Flucht erschossen"

Amnesty International meldet in einem Telegramm an den Schah Zweifel an offiziellen Darstellungen aus Teheran an, denen zufolge sieben von Amnesty betreute politische Häftlinge in Iran „auf der Flucht" „erschossen" wurden. Die Organisation teilt mit, alle sieben seien vor ihrer Verurteilung im Januar 1969 (zu Haftstrafen zwischen 8 und 15 Jahren) schwer gefoltert worden. Einige von ihnen seien auch nach der Verurteilung weiterhin der Folter ausgesetzt gewesen. Man habe daher Grund zu der Annahme, daß sie in Wirklichkeit an den Folgen von Mißhandlungen gestorben seien.

PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGS-BEWEGUNGEN

PLO-Bedingungen für friedliche Lösung der „Palästinenser-Frage"
19.3.75 (NZZ)

Der Vertreter der Palästinensichen Befreiungsorganisation (PLO) in London, Said Hammani, nennt 3 Bedingungen für eine gewaltlose Errichtung eines palästinensischen Staates in den, wie es lapidar heißt, „von Israel zurückzugebenden Gebieten": 1) Umfassende ausländische Hilfe; 2) Rückkehr der Palästinenser aus dem Ausland und 3) Beginn eines Dialoges mit Israel über Formen einer friedlichen Koexistenz. Die PLO sei bereit, hierzu Vorschläge von Israel entgegenzunehmen und ihrerseits konkrete Vorschläge vorzulegen.

SAUDI ARABIEN

Feisal ermordet
26.3.75 (FR/SZ)

König Feisal fällt einem augenscheinlich nicht politisch motivierten Mordanschlag zum Opfer. Als Mörder wird ein Neffe des von Feisal einstmals von der Macht verdrängten Ibn Sauds verhaftet. Schon wenige Stunden danach bestimmt der Familienrat des Feisal-Clans den bisherigen Kronprinzen Khaled Ibn Abdul Aziz zum neuen König.
Die Ermordnung Feisals hat im „Westlichen" Ausland eine gewisse Nervosität ausgelöst. Dennoch gilt es hier allgemein als sicher, daß Saudi Arabiens neuer König Khaled das Land innerhalb der Arabischen Liga politisch weiter auf Rechtsaußen-Kurs halten wird.

23.4.75 (SZ)

Saudi-Arabien tätigt *Waffenkäufe im Gesamtwert von umgerechnet 6,7 Mrd. DM.* Lieferanten sind USA, England und Frankreich.

lin

Asien

ALLGEMEINES
ASEAN-Länder um Zusammenarbeit mit Indochina bemüht
5.5.75 (FR)

Die thailändische Regierung schlägt ein Wiederaufbauprogramm der Südostasiatischen Staatsgemeinschaft (ASEAN) der Thailand, Indonesien, Singapur, Malaysia und die Philippinen angehören, für die Länder Indochinas vor. Auf der Konferenz in Bangkok beraten die Vertreter der ASEAN über die gemeinsame diplomatische Anerkennung der Revolutionsregierung in Südvietnam und rufen Nordvietnam, Laos, Kambodscha und Birma zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz auf, um die neue Lage in Indochina und die regionale Verteidigung zu diskutieren. Die Initiative der ASEAN ist als indirekter Versuch der USA zu werten, auch nach ihrem erzwungenen Rückzug ihren Einfluß in dieser Region weiterhin aufrecht zu erhalten.

BANGLA DESH
Wirtschaftslage immer katastrophaler
28.2.75 (NZZ)

Die tiefe wirtschaftliche Krise, in der sich Bangla Desh seit geraumer Zeit befindet, nimmt immer größere Ausmaße an (vgl. dazu auch Chronik, Heft 40). Bedingt durch das Fehlen der wichtigsten Grundstoffe für die industrielle Produktion liegen viele Betriebe still, bzw. können nur mit stark verminderter Produktionsleistung weiter wirtschaften. Der drastische Mangel an Treibstoff führt zum weitgehenden Zusammenbruch des Transportwesens. Die wenigen noch hergestellten Waren können somit nicht an die Verbraucher oder in die Häfen zum Export weitergeleitet werden und verrotten in den Lagerhallen (Ein Beispiel: die lebenswichtige Juteproduktion – sie bringt 80 % der gesamten Devisen Bangla Deshs – ging seit 1972 um ca. 45 % zurück. Ähnlich steht es mit der Teeproduktion). Die verheerenden Folgen dieser katastrophalen Wirtschaftslage sind vor allem ein sprunghaftes Anwachsen der Arbeitslosen, ständig steigende Preise, ein blühender Schwarzmarkthandel und damit eine weitgehende Entleerung der lokalen Märkte.

Auf dem Landwirtschaftssektor sind die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise besonders fatal: Wegen der enorm hohen Schwarzmarktpreise für Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Dieselöl für die Wasserpumpen sehen sich die ärmeren und mittleren Bauern gezwungen, ihren Landbesitz zu Schleuderpreisen an die reichen Bauern zu verkaufen. Diese verhängnisvolle Umschichtung der Besitzstruktur äußert sich dann in einer ständig wachsenden Besitz- und damit Machtanhäufung in den Händen weniger Großbauern und in der gleichzeitig rapiden Zunahme der landlosen Landarbeiter, die im Moment ca. 40 % der arbeitenden Bevölkerung Bangla Deshs darstellt.

Diese Landarbeiter sind dazu verurteilt, bei einem Tageslohn von 5 Takas (1,75 DM) bei maximal 6 Monaten Arbeit pro Jahr ihr Leben zu fristen, was bei einem Reispreis von 10 Takas (3,50 DM) pro Kilo (seit 1972 ist der Reispreis um das Fünffache gestiegen!; der in der letzten Chronik laut FR angegebene Kilopreis von 1,25 DM ist weit untertrieben) und einem monatlichen Existenzminimum von 1500 Takas (525 DM) für eine fünfköpfige Familie permanenter Hunger bedeutet. (Zur Ernährungssituation, vgl. auch die Chroniken der vorangegangenen Hefte).

Die monatlichen Einkommen der anderen Lohnabhängigen sind zwar im Vergleich zu den Landarbeitern wesentlich höher (Polizist oder Lehrer: 250 Takas (87,50 DM), diplomierter Mechaniker: 500 Takas (175 DM), Chefbeamter der Regierung: 1000 Takas (350 DM)), doch reichen auch sie in keinster Weise zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung aus.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die weitverbreitete Korruption, die einer der Hauptgründe für das totale Versagen der staatlichen Administration darstellt, praktisch als eine Überlebensfrage für alle Lohnabhängigen. Diese „Mikro-Korruption" ist weitgehend eine F o l g e des Hungers und nicht ihre Ursache. Dagegen ist die „Makro-Korruption" der hauchdünnen, reichen und mächtigen Oberschicht nichts anderes als eine skrupellose Bereicherung dieser Leute und zugleich brutalste Ausbeutung des Volkes von Bangla Desh.

Steigende Pockenerkrankungen
8.4.75 (SZ)

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommen in Bangla Desh 71 % (5163 Fälle) aller Pockenerkrankungen der Welt (7223 Fälle) vor. Seit Jahresbeginn sind ca. 1500 Menschen in Bangla Desh an Pocken gestorben.

INDIEN
Hoesch investiert
22.1.75 (Blick durch die Wirtschaft)

Die Firma Hoesch wird in Rourkela ein Röhrenwerk errichten, das mit ca. 20 Mio DM veranschlagt ist. Die Produktion (geplant sind 55 000 Tonnen Röhren pro Jahr) soll schon Anfang nächsten Jahres anlaufen.

Nahrungsmittellieferungen der FAO
22.3.75 (NZZ)

Indien, Bangla Desh, Pakistan und Sri Lanka werden zusammen 300 000 Tonnen Lebensmittel (Wert: 76 Mio US-Dollar) von der Welternährungsorganisation (FAO) erhalten. Diese vier Länder sind als am schwersten von der Nahrungskrise in Asien betroffen eingestuft worden (zur Ernährungssituation dieser Staaten, vgl. die Chroniken der letzten Hefte).

Endgültige Annexion Sikkims durch Indien
vgl. dazu auch Chronik , Heft 38)
11.4.75 - 28.4.75 (NZZ/FR/SZ/Le Monde)

Das indische Parlament billigt mit überwältigender Mehrheit die Einverleibung des kleinen Himalaya-Staates Sikkim (ca. 210 000 Einwohner) als 22. Bundesstaat in die Indische Union und die Abschaffung der Monarchie in diesem Lande. Damit ist endgültig der Schlußstrich unter die schleichende Eroberung Sikkims durch Indien gezogen.

Bis zum August letzten Jahres war Sikkim noch ein Protektorat Indiens mit halbautonomen Status, wobei die indische Regierung für die Außenpolitik und Verteidigung sowie für das Verkehrswesen des Landes zuständig war. Unter geschickter Ausnützung der antiroyalen Bewegung in dem Königtum, die aus der Unwilligkeit des sikkimesischen Königs resultierte, die feudalistische Struktur und die absolutistische Regierungsform des Landes durch tiefgreifende Reformen zu ändern, gelang es im April 1973 der indischen Regierung unter ihrer „Aufsicht", d.h. durch Wahlmanipulationen, die proindische und antiroyale Sikkim Congress Party an die Macht zu bringen. Mit einer Ausnahme erlangte diese Partei alle Sitze im sikkimesischen Parlament. Unter der Führung des mächtigen Ministerpräsidenten Kazi Lhendup Dorji beschloß im vergangenen August das „gewählte" Parlament in völliger Übereinstimmung mit der indischen Regierung und gegen den Willen des Königs (dieser forderte stets mehr Autonomie für sein Königreich) die Assoziierung Sikkims an Indien, was aber faktisch eine Annexion des Landes durch Indien darstellte. Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten K.L. Dorji, das er mit angeblichen Mordplänen des Königs begründete, haben dann am 10. April dieses Jahres indische Truppen die Palastgarde entwaffnet und den König Palden Thondup Namyal verhaftet. Gleich am selben Tag (!) stimmte das Parlament von Sikkim für die Abschaffung des Königtums und für den völligen Anschluß des Landes an Indien. Bereits vier Tage (!) später soll eine Volksabstimmung über die Entscheidung des Parlaments stattgefunden haben (bezeichnenderweise durften während dieser Zeit keine Journalisten nach Sikkim einreisen; auch wurde bis heute kein detailliertes Ergebnis des Referendums bekanntgegeben; höchst-

wahrscheinlich hat es nie stattgefunden).
Die Legalisierung der Annexion Sikkims durch das indische Parlament zehn Tage später bildete den konsequenten Abschluß der schleichenden Eroberung des ehemaligen Königtums. Die ganzen scheindemokratischen Methoden, mit denen die Annexion Sikkims betrieben wurde, dienten denn auch nur dazu, der Hegemonial- und Expansionspolitik der indischen Regierung den Schein der Legalität zu verleihen.
Aufgrund der georgraphischen Lage Sikkims (gemeinsame Grenze mit China) und der Tatsache, daß eine der wenigen Himalaya-Paßstraßen nach China durch dieses Land geht, besitzt Sikkim einen sehr hohen militär-strategischen Wert für Indien. Gegenwärtig hat Indien 100 000 Soldaten in Sikkim stationiert.

Deutsche„Entwicklungshilfe"
30.4.75 (SZ/Handelsblatt)

Die BRD sagt Indien eine „Finanzhilfe" in Form von bilateralen Krediten (2 % Zins, 30 Jahre Laufzeit) in Höhe von 365 Mio DM für das laufende Haushaltsjahr (1.4.75 - 31.3. 76) zu. Hinzu kommen noch für technische Hilfe, Düngemittel- und Nahrungsmittellieferungen 93 Mio. DM, die als Zuschüsse gewährt werden. Damit beläuft sich der Gesamtbetrag (einschließlich der Aufwendungen (151 Mio. DM) über internationale Organisationen) der deutschen „Entwicklungshilfe" für Indien auf 609 Mio. DM, was rund einem Fünftel des Bonner Entwicklungshilfe-Etats entspricht. Der reale Zufluß an Geldern ist natürlich wegen der zu zahlenden Zinsen und Rückzahlungen von alten Krediten wesentlich geringer. Im laufenden Jahr muß Indien dafür allein 329 Mio. DM aufbringen, d.h. der Netto-Betrag der deutschen „Finanzhilfe" beträgt nur noch ganze 36 Mio. DM.

Indiens Militärbudget erneut erhöht
14.5.75 (iz3w)

Das kürzlich im indischen Parlament verabschiedete Militärbudget für April 75 bis März 76 sieht eine abermalige Steigerung der Militärausgaben von mehr als 5 % gegenüber dem letzten Haushalt vor und ist mit 24,3 Mrd. Rupien (8,1 Mrd. DM) veranschlagt. Für Beschaffung von militärischem Gerät, für Wartung und Reparaturen sowie für längerfristige Investitionen sind 11,1 Mrd. Rupien (3,7 Mrd. DM) vorgesehen.
Nachdem sich der Militärhaushalt in den sechziger Jahren vervierfachte, wurden die Militärausgaben in den letzten fünf Jahren nochmals um 100 % gesteigert. Ein Viertel aller Ausgaben der Zentralregierung entfällt damit auf das Militärbudget, in dem die Aufwendungen für die starken paramilitärischen Verbände nicht enthalten sind. Pro Kopf der Bevölkerung betragen allein die im Haushalt ausgewiesenen Mittel jährlich 40 Rupien (13,30 DM), während 63 % aller Inder unterhalb der mit 75 US-Dollar festgesetzten Armutsgrenze leben müssen. (Vgl. Chronik, Heft 43/44 und vor allem den Artikel „Informationen zur Aufrüstung", Heft 35).

Spende

Ich spende für Indien —
Indien hungert
nach Einfluß in Asien,
nach Macht über Nachbarn,
nach atomarer Bewaffnung —
ich spende für Indien
keinen Applaus.

DIETER HÖSS

KAMBODSCHA
Chau Seng: Phnom Penh wird von innen genommen
20.2.75 (iz3w)

Auf einer Pressekonferenz in Paris erläuterte Chau Seng, Mitglied der Leitung der FUNK (Front der Nationalen Eintracht Kambodschas), den Befreiungsplan der FUNK für Phnom Penh: Trotz der eindeutigen Überlegenheit der Befreiungsstreitkräfte wird die FUNK nicht gewaltsam von außen den Verteidigungsring der Regierungstruppen durchbrechen, um eine Zerstörung der Stadt und unnötige Opfer der dort zusammengepferchten Bevölkerung zu vermeiden. Die FUNK setzt vielmehr darauf, daß die Stadt von den in ihr Eingeschlossenen selbst befreit werden kann.

Studenten fordern Rücktritt Lon Nols
20.3.75 (NZZ)

Rund 1000 Studenten demonstrieren auf dem Gelände der Universität von Phnom Penh, um die Einstellung der amerikanischen „Militärhilfe" für Indochina und den Rücktritt Präsident Lon Nols zu fordern.

Weitere Militärhilfe für Lon Nol
19./24.3.75 (NZZ/FR)

Nach langen Verhandlungen bewilligt die US-Senatskommission einen Zusatzkredit von 82,5 Mio Dollar (anstatt der beantragten 222 Mio.) für militärische Hilfe mit der Auflage, daß nach dem 30. Juni keine weiteren Gelder mehr gezahlt würden.
Kongressabgeordnete erklären, daß jede neue Lieferung von Waffen, Munition und Reis in Phnom Penh nur den Todeskampf der dortigen Regierung verlängere und weitere sinnlose Opfer unter der Zivilbevölkerung fordere. Weiter wurde festgestellt, daß kambodschanische Beamte und Geschäftsleute sich eines steigenden Lebensstandards erfreuen, während die Bevölkerung nicht genügend Nahrungsmittel habe.

US-Gelder, die unter der Bezeichnung „Nachkriegswiederaufbau und -Entwicklung" gegeben werden (Ende März bewilligt der US-Kongress 100 Mio. Dollar), dienen fast ausschließlich der Militär- und Konsumgütereinfuhr, deren Verkaufserlös das Lon-Nol-Regime seinem Kriegsbudget einverleibt.

Lon Nol-Regime löst sich auf
31.3. - 16.4.75 (SZ/FR/NZZ/UZ)

Mit der Begründung, den Weg für einen Verhandlungsfrieden mit der GRUNK (Königöiche Regierung der Nationalen Union Kambodschas) freimachen zu wollen, setzt sich Präsident Lon Nol aus Kambodscha nach Hawaii (USA) ab. Kurz zuvor hatte Premierminister Long Boret das Kabinett umgebildet, konnte jedoch nicht alle Posten besetzen, da zahlreiche geeignete „Persönlichkeiten" sich bereits abgesetzt hatten oder wenig Interesse an einem Kabinettsposten zeigten.
Währenddessen verschlechtert sich die Lage der Regierung weiter; die Schließung aller Universitäten und Schulen wird angeordnet und die Polizei zu Hausdurchsuchungen ermächtigt. Mit der Befreiung der Stadt Neak Luong, der wichtigsten Militärbasis des Regimes, schwindet die letzte Hoffnung, die Blockade Phnom Penhs durch die Befreiungsstreitkräfte durchbrechen zu können.

Am 13.4. beendet die USA ihr Engagement in Kambodscha nach fünfjähriger Dauer und dokumentiert ihre Niederlage mit der Schließung ihrer Botschaft. Noch am gleichen Tag läßt der amerikanische Präsident Ford Prinz Sihanouk, den die USA fünf Jahre ignoriert hatten, eine Bitte übermitteln, nach Phnom Penh zurückzukehren, einen Waffenstillstand auszuhandeln und eine Koalitionsregierung (nach laotischem Vorbild) zu bilden. Prinz Sihanouk lehnt eine solche politische Lösung für sein Land jedoch strikt ab, da sie einem Verrat am kambodschanischen Volk gleichkäme.
Daß die Militärs in Phnom Penh zu diesem Zeitpunkt noch immer an eine solche „Lösung" glauben, zeigt die überstürzte Bildung eines militärischen „Führungskomitees", das die Verwaltungsfunktion der abgezogenen US-Botschaft für die „kommenden drei Monate" übernehmen will und weitere militärische Kampfhandlungen anordnet.
Während Teile der Regierungstruppen meutern, wird über Phnom Penh am 14.4. eine 24-stündige Ausgangssperre verhängt. Rebellierende Einheiten der Regierungstruppen unterbrechen die Verbindungsstraße zwischen dem Flughafen Pochentong und dem Stadtzentrum. Tausende Bewohner flüchten ins Stadtzentrum. Angehörige der kambodschanischen Luftwaffe bombardieren das Generalstabsgebäude. Nach unbestätigten Berichten beschießen Regierungstruppen die Hauptstadt mit Artillerie.
Zwei Tage später (16.4.75) bietet der amtie-

rende Präsident General Sak Sut Sakham Prinz Sihanouk einen sofortigen Waffenstillstand und die Übergabe der Regierungsgewalt an. Führende Militärs fliehen auf dem Luftweg nach Thailand.

Ende des Krieges in Kambodscha
18.4.75 (FR/Le Monde)

Am 17.4. erklärt das militärische Führungskomitee nach dreieinhalbmonatiger Belagerung Phnom Penhs die Kapitulation. Ohne auf Widerstand zu stoßen, ziehen die Befreiungsstreitkräfte in die Stadt ein. Von der Bevölkerung werden sie mit Begeisterung begrüßt. Regierungss oldaten schließen sich ihren Landsleuten an.

Falschmeldungen über Massaker
12.5.75 (FR)

In den folgenden zwei Wochen gibt es nur spärliche Meldungen über die Lage in Phnom Penh. Während die Nachrichtensperre weiterhin aufrechterhalten bleibt, geben in Thailand und Europa eintreffende Flüchtlinge sich widersprechende Darstellungen der Situation. Französische Geistliche berichten von „völkermordähnlichen Massakern", französische und britische Reporter bezeichnen dies als „Unsinn". Der französische Arzt B. Piquard dementiert Meldungen, wonach er angeblich über 300 Leichen mit durchschnittenen Kehlen auf dem Marktplatz von Phnom Penh und Hinrichtungen berichtet habe; er habe tatsächlich nichts desgleichen beobachtet. In der westdeutschen Presse – v.a. Bild und Die Welt – werden die offensichtlichen Falschmeldungen nicht berichtigt.

Sihanouks Führung bestätigt
29.4.75 (FR)

Auf dem vom 25. bis 28. April 1975 stattgefundenen Sonder-Nationalkongress fordert die GRUNK Prinz Sihanouk auf, als Staatschef und Vorsitzender der FUNK nach Kambodscha zurückzukehren. Der Kongress bekräftigt seine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit.

LAOS
Koalitionsregierung aufgelöst
15.4.75 (FR/NZZ)

Die Regierung der Nationalen Einheit in Laos wird von König Sri Savang Vathana offiziell für aufgelöst erklärt. Die genannte Regierung war eine Koalitionsregierung aus Vertretern der Befreiungsbewegung Pathet Lao und rechtsorientierten Politikern, die von amerikanischer Seite unterstützt wurden.

Die Regierung kam 1973 zustande, nachdem die Pathet-Lao-Bewegung bereits annähernd 80 % des Landes, wo ca. 50 % der laotischen Bevölkerung lebt, befreit hatte. Die USA und die damalige laotische Regierung mußten unter diesen Bedingungen einem Abkommen zustimmen, das den USA und der gleichfalls (auf amerikanischer Seite) in den laotischen Bürgerkrieg verwickelten thailändischen Regierung jede weitere Einmischung in Laos verbietet, insbesondere die amerikanischen Bombenangriffe auf Laos und die Stationierung von sog. ausländischem militärischen Personal in Laos. Ferner sah das Abkommen für 1976 die Ausschreibung von freien Wahlen vor.

Der Pathet Lao wehrt sich primär gegen die Vang-Po-Banden
25.4. - 30.4.75 (NZZ /SZ) 8.5.75 (Le Monde)

Jüngsten Pressemeldungen, in denen immer wieder der Pathet-Lao-Bewegung vorgeworfen wird, den Waffenstillstand von 1973 gebrochen und in diesem Zusammenhang auch die wichtige Verbindungsstraße zwischen Luang Prabang und Vientiane besetzt zu haben, stellt Le Monde vom 8.5. eine Meldung entgegen, in der es heißt, die Angriffe der Pathet Lao auf die genannte Straße galten weniger der königlichen Armee als vielmehr den bewaffneten Banden von General Vang Po. Diese Truppen seien ursprünglich vom amerikanischen CIA aufgestellt worden und würden bis zum heutigen Tag vom CIA finanziert. Darüber hinaus erhielten sie Unterstützung von thailändischen Söldnereinheiten. Die Existenz der Vang-Po-Truppen verstößt eindeutig gegen das Waffenstillstandsabkommen. In Artikel 4 dieses Abkommens heißt es wörtlich: „Die vom Ausland her organisierten, instruierten und befehligten Sonderstreitkräfte sollen aufgelöst werden".

Souvana Phouma erklärt den Krieg in Laos für beendet
9.5. - 12.5.75 (Le Monde/FR/SZ/NZZ)

Der Widerstand der Bevölkerung in den noch nicht befreiten Gebieten Laos nimmt zu: In Pakse, Südlaos, streiken Beamte, Studenten, Lehrer und Teile der armen Bevölkerung gegen steigende Preise. Die Streikenden nehmen den Provinz-Chef fest. Gleiches droht dem obersten Feudalherren des Südens, Prinz Boun Om. Als die Demonstrationen auf Vientiane, der Hauptstadt von Laos übergreifen, setzen sich 4 Minister des rechten Flügels der noch kommissarisch im Amt befindlichen Koalitionsregierung nach Thailand ab. Zugleich besetzen 150 Offiziersanwärter die laotische Militärakademie und fordern nicht mehr länger dem rechtsstehenden Verteidigungsminister, sondern unmittel-

bar dem neutralistisch orientierten Ministerpräsidenten unterstellt zu werden.

Angesichts dieser Situation gibt Ministerpräsident Prinz Souvana Phouma eine öffentliche Erklärung ab, in der er von „wichtigen Veränderungen in Laos" spricht und von einer „großen Chance", dem Land weiteres Blutvergießen zu ersparen, zu dem es kommen würde, mißachte man „den Gang der geschichtlichen Ereignisse". „Wir müssen, so Souvana Phouma wörtlich, „den Kämpfen ein Ende setzen. Der Krieg ist zu Ende."

NEPAL
Wirtschaftliche Pressionen Indiens
2.4.75 / 9.4.75 (NZZ)

Nachdem schon zu Beginn dieses Jahres die indische Regierung sämtliche Erdöllieferungen an Nepal eingestellt hatte, verlangt sie seit dem 1. April Weltmarktpreise für alle Güter, die Nepal aus Indien importiert und bisher auf der Basis der indischen Inlandpreise bezahlt hatte. Diese Maßnahme zeitigt für Nepal schwerwiegende Folgen: Da Indien der weitaus größte und wichtigste Handelspartner Nepals ist, werden sich die Importkosten in Zukunft fast verdoppeln und das ohnehin schon ständig steigende nepalesische Handelsdefizit im Warenverkehr mit Indien (im Finanzjahr 1974/75 betrug es ca. 70 Mio.DM) weiter verschlechtern. Wenn auch die Preise für die nepalesischen Reiseexporte nach Indien gleichzeitig angehoben wurden, so können diese aber auch nicht nur annähernd die neuen Importpreise ausgleichen.

Diese wirtschaftlichen Pressionen Indiens stellen zum einen eine direkte Folge der Kritik Nepals an der Annexion des benachbarten Fürstentums Sikkim durch Indien dar (zu den Vorgängen um Sikkim, vgl. Chronik Heft 38 und die entsprechenden Meldungen in diesem Heft) und zum anderen die Reaktion der indischen Regierung auf das Streben Nepals, den starken Einfluß Indiens und die daraus resultierende große politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes zu verringern, zumindestens jedoch nicht noch weiter anwachsen zu lassen. In diesem Sinne erklärte König Birendra Ende Februar Nepal zu einer neutralen „Zone des Friedens" – eine Erklärung, die von Pakistan und China sehr unterstützt wird. Die jetzt erfolgte Neuorientierung der indischen Wirtschaftspolitik gegenüber Nepal steht in engem Zusammenhang mit der auf Hegemonie und Expansion ausgerichteten Außenpolitik der indischen Regierung unter Indira Gandhi.

PHILIPPINEN
Moslems beenden Unabhängigkeitskampf
22.4.75 (SZ)

Die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Moslems im Süden der Philippinen scheinen den Kampf einzustellen und den Gedanken an einen selbständigen Staat aufzugeben. Nach längeren Verhandlungen einigen sich Vertreter der moslimischen Bevölkerung und der Zentralregierung auf ein Sechs-Punkte-Programm, das eine Wiedereingliederung der Moslems vorsieht. Die Moslems fordern u.a. einen Aktionsplan zur wirtschaftlichen Angleichung an die übrigen Bevölkerungsgruppen. (vgl. dazu auch die Chroniken in Heft Nr. 32/33, 34, 39 und 40).

SRI LANKA (Ceylon)
Deutsche „Entwicklungshilfe"
19.4.75 (Die Welt)

Die BRD wird sich mit 25 Mio. DM am Bau einer Düngemittelfabrik in Colombo (Hauptstadt Sri Lankas) beteiligen. Neben der BRD nehmen noch Iran mit 27 Mio. US-Dollar, die Asiatische Entwicklungsbank und Kuweit mit je 25 Mio. US-Dollar an dem Projekt teil. Die Errichtung der Düngemittelfabrik wird von deutschen Firmen zusammen mit anderen ausländischen Unternehmen durchgeführt.

SÜDKOREA
Repression nimmt weiter zu
7.4./ 14.5.75 (FR)

Unter der Beschuldigung, eine Spende von „Brot für die Welt" in Höhe von 203 000 DM veruntreut zu haben, werden vier prominente christliche Geistliche verhaftet. Die Anklage behauptet, das Geld sei zu „persönlichen Zwecken" verbraucht worden und nicht der notleidenden Bevölkerung zugute gekommen. In Wirklichkeit wurde das Geld für den Rechtsbeistand politischer Häftlinge und für den Unterhalt ihrer Angehörigen benutzt.

9.4./11.5.75 (FR/NZZ/SZ/ZDF)

Der südkoreanische Präsident Park ordnet mittels eines Notstandsdekrets die vorübergehende Schließung aller Universitäten und ein Verbot sämtlicher Kundgebungen an. Die Korea-Universität in Seoul wird von Militärs besetzt.

Diese neuen Unruhen brachen aus, nachdem amnestierte Gefangene, unter ihnen der prominente Schriftsteller Kim Chi Ha (vgl. Chronik Heft 43/44), öffentlich über ihre Folterungen im Gefängnis berichtet hatten.

Auf dem Höhepunkt der politischen Verfolgungswelle läßt Park am 10. April acht nichtbegnadete Häftlinge hinrichten. Die acht Personen, unter ihnen ein Militärpfarrer, waren beschuldigt, Angehörige der verbotenen Revolutionären Volkspartei zu sein und in Zusammenarbeit mit Nordkorea eine Verschwörung gegen das Park-Regime geplant zu haben. Als Beweis dafür diente lediglich ein einfaches Transistorradio (ZDF 11.5), mit dem angeblich nordkoreanische Nachrichten gehört worden seien. Die Familien der Hingerichteten erklären, die Angeklagten hätten jegliche Beteiligung an der angeblichen Verschwörung bestritten.

THAILAND
Wachende innenpolitische Spannungen
11.4. - 14.5.75 (FR/NZZ/Allg. Sonntagsblatt, Nationalzeitung Basel)

Die Niederlage der USA in Indochina zeigt ihre Auswirkungen in verstärktem Maße nunmehr auch in Thailand. An nahezu allen Grenzen, vor allem im Norden, steigern Truppen der „Patriotischen Front" (ca. 8 bis 10.000 Mann) ihre Aktivität und greifen Außenposten der Armee offen an. In 28 der 71 Provinzen Thailands herrscht das Kriegsrecht.

Die durch das Ende des Vietnamkrieges bedingte wirtschaftliche Rezession verschärft rapide die sozialen Gegensätze in der Bevölkerung. Die Obstruktion mit der der korrupte und unfähige Verwaltungsapparat die zaghaften Reformversuche der neuen Zentralregierung unter Kukrit Pramoj scheitern läßt, führt zu erheblichen Spannungen zwischen Bauern und Behörden.

Die Generäle besitzen nach wie vor eine politische Schlüsselstellung, die sie als eine Art Nebenregierung erscheinen läßt. Wie die Baseler Nationalzeitung schreibt, wollte Ministerpräsident Pramoj bei der Regierungsbildung das Verbot der Kommunistischen Partei Thailands aufheben, wurde jedoch durch den Einspruch des Oberbefehlhabers der Armee daran gehindert.

Regierung will neutrale Außenpolitik
7.5.75 (NZZ/FR/Handelsblatt)

Die US-Regierung kündigt an, gemäß dem Wunsch der Regierung Pramoj, bis Ende Juni 1975 7.500 Mann der Luftwaffe aus Thailand abzuziehen. Damit reduziert sich die Zahl der US-Soldaten auf offiziell 19.500 Mann. Der vollständige Rückzug, der nach Auffassung der amerikanischen Regierung nichts an den Verpflichtungen aus dem Südostasiatischen Sicherheitsvertrag (SEATO) ändert, soll bis März 1976 erfolgen. Offizielle Stellen des US-Verteidigungsministeriums erklären demgegenüber, daß 10.000 Mann in Thailand stationiert blieben. (vgl. auch Chronik, Heft 43/44).

24.4. - 13.5.75 (BZ/FR/SZ)

Thailand gewährt keinem der ehemals führenden Beamten und Ministern Kambodschas, Laos' und Südvietnams politisches Asyl. Hohe Beamte und Abgeordnete werden unter Polizeiaufsicht gestellt, und Flüchtlinge, denen trotz der Schließung und verschärften Überwachung der Grenzen die Einreise nach Thailand gelungen ist, erhalten nur einmonatige Aufenthaltsvisa.

Diese Maßnahmen der thailändischen Regierung liegen darin begründet, daß sie zum einen eine Ausweitung der Kampftätigkeiten auf Thailand befürchtet, und zum anderen gute Beziehungen zu den neuen kommunistischen Staaten pflegen will.

VIETNAM
(vgl. dazu auch die Beiträge in Heft 43/44)

Zunehmende Demoralisierung der Thieu-Armee
5./8.4.75 (NZZ/FR/SZ/Spiegel)

Angesichts des zunehmenden Zerfalls der südvietnamesichen Armee, leitet Präsident Thieu eine Säuberung ein. Dabei soll untersucht werden, ob und welche höheren Offiziere für den Zusammenbruch verantwortlich sind.

Absetzbewegung im Raum von Saigon

Binnen kurzer Zeit werden zwei Putschversuche gegen Thieu unternommen. Die Armee tritt an allen Fronten den Rückzug an und überläßt der Provisorischen Revolutionsregierung (PRR) kampflos große Gebiete. Die Armee, die Anfang des Jahres eine Stärke von 1,1 Millionen Mann hatte, ist auf 300.000 Mann zusammengeschrumpft. Der Rest ist entweder in die Heimatdörfer geflohen oder zur FNL übergelaufen.

USA schließt bewaffnete Intervention nicht aus
7.4. – 10.4.75 (FR/SZ)

Unter dem Vorwand, ihre Flüchtlingshilfe sowie die Evakuierung der rund 25.000 Militärberater, des Botschafts- und Geheimdienstpersonals sei bei einer völligen Eroberung Südvietnams durch die FNL gefährdet, treffen die USA Vorbereitungen für Militäraktionen in Südvietnam. US-Präsident Ford schließt eine bewaffnete Intervention nicht aus. Die Zustimmung des US-Kongress' steht jedoch noch aus.

45 US-Kriegsschiffe liegen in den Küstengewässern Indochinas bereit, um Amerikaner und „Flüchtlinge" aus Kambodscha und Vietnam aufzunehmen. Die Zahl der auf den Philippinen stationierten Marineinfantristen wird auf 4.000 erhöht. Gleichzeitig wird die US-Waffenluftbrücke nach Saigon verstärkt. Auch die Operation „Babylift", die am 7.4. offiziell von der südvietnamesischen Regierung verboten wurde, aber dessen ungeachtet von US-Fluggesellschaften fortgesetzt wird, dient dem Militärgütertransport und der Evakuierung von US-Botschaftspersonal.

PRR sichert freien US-Abzug und Generalamnestie zu
12.4. – 19.4.75 (SZ/FR)

In ihrer Erklärung vom 11. April betont die BRR, sie sei bereit, ihre Ziele unter bestimmten Bedingungen mit anderen als militärischen Mitteln zu verwirklichen. Die Anwendung von Gewalt hänge allein vom Verhalten der Gegenseite ab.
Am 15.4. erklärt die PRR, daß sie alle amerikanischen Zivilisten in Saigon als Angehörige des Militärs betrachte und ihren Abzug nicht behindern werde. Die sogenannte Evakuierung südvietnamesischer, „gefährdeter" Zivilisten betrachte sie aber als gewalttätige Entführung. Ferner sichert die PRR all denen Südvietnamesen, die aktiv mit dem Saigoner Regime zusammengearbeitet haben, eine Generalamnestie zu, wenn sie ihre Taten bereuen.

Präsident Van Thieu tritt zurück
19./22.4.75 (SZ/FR/NZZ)

Unter dem Druck der USA und angesichts der militärischen Niederlagen seines Regimes tritt Staatspräsident Van Thieu am 21.4. von seinem Amt zurück und flieht aus Südvietnam.
Mitentscheidend für diesen Schritt dürfte der Verlust der strategisch wichtigen Provinzhauptstadt Xuan Loc (60 km von Saigon) und die Zerstörung der Landebahnen des Flughafens Bien Hoa gewesen sein. In einer heftigen Anklagerede gegen die USA begründet Thieu seinen Rücktritt mit mangelnder Rückendeckung im eigenen Land und politischem Druck der USA. Der frühere US-Präsident Nixon habe ihm zugesichert, bei einer „kommunistischen Bedrohung" werde Südvietnam alle notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Hilfen erhalten. Am Schluß seiner Rücktrittsrede appelliert Thieu an die USA, nur wenn weitere Militärhilfe geleistet werde, könne Saigon den „nordvietnamesischen Kommunisten" standhalten. Krampfhaft hält er an der Fiktion fest, Vietnam falle wegen der Politik des US-Kongress' in die Hände des Gegners.
Die PRR bzeichnet den Rücktritt als plumpes Verschleierungsmanöver, das von den USA initiiert worden sei, um ein „Regime Thieu ohne Thieu" an der Macht zu halten. Die USA beabsichtigten mit anderen Mitteln den Krieg fortzusetzen und das Pariser Abkommen zu sabotieren.

Der Kandidat der Neutralisten für das Amt des Staatschefs, Duong van Minh („Big Minh"), fordert eine neue Führung auf der Grundlage der vom Volks unterstützten Bewegungen. Der neuernannte Staatspräsident und ehemalige Stellvertreter Thieus, Tran va Huong, wird von der PRR nicht als Verhandlungspartner akzeptiert.

Keine „Nordvietnamesische Offensive"
21.4.75 (Der Spiegel)

Um ihre imperialistische Politik in Südvietnam vor der Öffentlichkeit zu legitimieren bezichtigt die US-Regierung Nordvietnam permanent der Verletzung des Pariser Abkommens. Angesichts der militärischen Erfolge der südvietnamesischen Befreiungsstreitkräfte (FNL), stellt sie die Behauptung auf, in Südvietnam finde eine „Nordvietnamesische Offensive" statt.
Wie Meldungen über die große Anzahl nordvietnamesischer Divisionen in Südvietnam zustandekommen, enthüllt der SPIEGEL.

Der ehemalige CIA-Agent Adams habe erklärt, die „wahre Stärke des Vietcong" hätten die US-Militärs „jahrelang verschwiegen". So sei 1966 behauptet worden, die Truppenstärke des Vietcong betrage 299.000 Mann, während tatsächlich 600.000 Südvietnamesen sich den Streitkräften der FNL angeschlossen hätten. Alle größeren Aktionen der FNL seien regelmäßig als Angriffe der nordvietnamesischen Truppen dargestellt worden.

US-Kongress stimmt Intervention zu
26.4. (FR/SZ)

Beide Häuser des US-Kongresses haben Gesetzesvorlagen zugestimmt, die den begrenzten Einsatz amerikanischer Truppen zur Evakuierung von Amerikanern und Ausländern aus Südvietnam gestatten. Die PRR verurteilt diese Beschlüsse als Manöver zur Fortsetzung der amerikanischen Einmischung

ERKLÄRUNG
der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam über ihre Politik gegenüber den befreiten Gebieten (10-Punkte-Programm vom 1. April 1975)

Seit mehr als zwei Jahren setzen der US-Imperialismus und die Marionettenverwaltung Nguyen Van Thieu den Krieg fort, sabotieren unaufhörlich und schwerwiegend das Pariser Vietnam-Abkommen und begehen unzählige Verbrechen an unserer Bevölkerung. Unsere Befreiungsstreitkräfte und unsere Bevölkerung haben heldenhafte Angriffe und Erhebungen unternommen, um sie dafür zu bestrafen, und außerordentlich große Erfolge errungen, zahlreiche Provinzen, Großstädte, Provinz- und Kreishauptstädte sowie zahlreiche große ländliche Gebiete im Bergland und in den Ebenen befreit. Die eben befreiten Gebiete wurden zu unabhängigen und freien Territorien, die sich nun unter dem Kontrollrecht der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam befinden.

Um die Errungenschaften der Revolution zu schützen und zu verteidigen, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren, das Pariser Vietnam -Abkommen aktiv zu verteidigen und es zu verwirklichen, die südvietnamesische Revolution zu neuen, noch größeren Erfolgen zu führen, verkündet die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam folgende zehn politische Grundsätze für die befreiten Gebiete:

1. Völlige Abschaffung des Regimes und des Herrschaftsapparates, der Streitkräfte und aller Organisationen, aller Verordnungen und aller Formen der Unterdrückung und der Repressalien der Marionettenverwaltung; rasche Bildung der revolutionären Volksverwaltung auf allen Ebenen in den eben befreiten Gebieten. Alle Dienststellen der ehemaligen Marionettenverwaltung werden von der revolutionären Verwaltung übernommen. Beamte der Marionettenverwaltung dürfen unter der revolutionären Verwaltung weiter arbeiten und müssen sich strikt an deren Richtlinien und politische Grundsätze halten. Alle reaktionären Parteien und anderen politischen Organisationen, die mit den USA-Imperialisten und der Marionettenverwaltung kollaboriert haben, werden aufgelöst.

2. Verwirklichung der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter.
Garantie der Glaubensfreiheit sowie der Einheit und Gleichheit der Religionen. Die Freiheit der Bevölkerung zur Religionsausübung wird respektiert. Pagoden und Kirchen, heilige Stätten und Tempel werden geschützt.

3. Durchführung einer Politik der großen Einheit des ganzen Volkes, der nationalen Versöhnung und Eintracht und gegen den aggressiven Imperialismus. Strenges Verbot aller Handlungen, die zu Zwietracht, Feindseligkeit und Mißtrauen in der Bevölkerung und unter den verschiedenen ethnischen Volksgruppen führen können.
Alle, ob reich oder arm, ungeachtet ihrer Nationalität, Religion und politischer Einstellung, müssen sich in gegenseitiger Achtung, Liebe und Hilfsbereitschaft zum Aufbau der befreiten Gebiete und des neuen, glücklichen und gesunden Lebens vereinen.
Verwirklichung der Gleichheit zwischen der ethnischen Mehrheitsgruppe und nationalen Minderheiten. Angehörige der nationalen Minderheiten erhalten hingebungsvollen Beistand bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur sowie bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

4. Allen in den befreiten Gebieten lebenden Einwohnern steht es frei, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Sie sind verpflichtet, die Ordnung und Sicherheit zu bewahren und die Revolution zu unterstützen.
Die revolutionäre Volksverwaltung wird entschlossen und rechtzeitig alle Sabotagepläne oder -handlungen und Gegenangriffe des Feindes zerschlagen. Elemente, die Aktivitäten gegen die revolutionäre Verwaltung unternehmen, die Ordnung und Sicherheit stören sowie sich gegen Leben, Eigentum und die Würde der Bürger und gegen öffentliches Eigentum unter der Obhut der revolutionären Verwaltung vergehen, werden schwer bestraft.

5. Von der Marionettenverwaltung zurückgelassenes Eigentum wird von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam verwaltet.

6. Alle Industrie- und Handwerksbetriebe, alle Handels-, Verkehrs- und Transporteinrichtungen, sowie alle anderen Einrichtungen der öffentlichen Dienstleistung müssen im Interesse der Volkswirtschaft und des normalen Lebens weiter geführt werden.
Große Aufmerksamkeit wird der Wiederaufnahme der Produktion und der Normalisierung des Lebens der städtischen Bevölkerung gewidmet. Arbeitslosen und anderen Werktätigen werden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.
Geschäftsleuten wird ihr Eigentum garantiert, und es wird ihnen erlaubt, ihre Geschäfte im Interesse der Volkswirtschaft und zum Nutzen der Lebensverhältnisse der Bevölkerung weiterzuführen.

7. Bauern werden bei der Wiederaufnahme und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt und gefördert. Außerdem werden Unterstützung und Förderung der Fischerei, Salzgewinnung und Forstwirtschaft gewährt.
Die Besitzer von Industriepflanzen- und Obstplantagen werden ermuntert, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

8. Alle kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, alle Schulen und Krankenhäuser werden im Dienste der Bevölkerung wieder geöffnet. Alle Organisationen und Aktivitäten, die der reaktionären, dekadenten und auf die Versklavung der Bevölkerung gezielten Kultur des USA-Imperialismus und der Marionettenverwaltung dienten, werden streng verboten.
Aktivitäten im Interesse einer nationalen und gesunden Kultur werden gefördert und entfaltet.
Wissenschaftler und Techniker, die ihre hervorragenden Fähigkeiten zum Nutzen und Aufbau des Vaterlandes zur Verfügung stellen, werden mit wichtigen Aufgaben betraut.

9. Konsequente Verwirklichung der am 25. März 1975 von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam verkündeten Grundsätze hinsichtlich der Offiziere und Soldaten der Marionettenverwaltung.
Soldaten, Offiziere und Angehörige der Polizei, Kriegsversehrte, Kriegsveteranen und Beamte der Marionettenverwaltung, die die feindlichen Reihen verlassen und in die befreiten Gebiete gehen oder freiwillig in den befreiten Gebieten zurückbleiben und sich bei der revolutionären Verwaltung ordnungsgemäß melden sowie Recht und Gesetz der revolutionären Verwaltung strikt einhalten, erhalten Hilfe bei der Aufnahme von Arbeit und können in ihre Heimat zurückkehren oder entsprechend ihrem Wunsch und ihren Fähigkeiten von der neuen Verwaltung beschäftigt werden. Wer Verdienste hatte oder Verdienste erwirbt, um für seine Straftaten wiedergutzumachen, wird belohnt werden. Wer sich der Revolution widersetzt, wird schwer bestraft. Straftäter, die echte Reue zeigen, werden begnadigt.

10. Leben und Eigentum von Ausländern sind geschützt. Alle im Lande lebenden Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und sämtliche Richtlinien und Maßnahmen der revolutionären Verwaltung strikt einhalten. Ausländische Einwohner, die sich am Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung um Unabhängigkeit, Freiheit und Aufbau des Landes beteiligen, sind willkommen geheißen.

Die befreiten Gebiete in Südvietnam sind das glänzende Ergebnis des Kampfes des gesamten vietnamesischen Volkes und die zuverlässige Stütze für die revolutionäre Sache der völligen Befreiung Südvietnams.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam ruft alle Landsleute auf, diese Grundsätze in vollem Umfang zu respektieren und sie gewissenhaft zu erfüllen, sich wie ein Mann zusammenzuschließen und große Anstrengungen zu unternehmen, um die befreiten Gebiete mit aller Entschlossenheit zu schützen, aufzubauen und zu festigen. Alle Kader, Kämpfer und Mitarbeiter der revolutionären Verwaltung müssen sich beispielgebend an die Grundsätze halten, sie der Bevölkerung intensiv erläutern und zeigen, wie sie am besten realisiert werden können. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam wird die Personen, die Verdienste an der Revolution erwerben oder hervorragende Leistungen beim Schutz und Aufbau der befreiten Gebiete vollbringen, gebührend auszeichnen. Südvietnam, den 1. April 1975

in die inneren Angelegenheiten Vietnams.

Forderungen der PRR zur Beendigung des Krieges
26.4.75 (FR)

Die PRR-Vertretung in Paris nennt die Voraussetzungen für eine Lösung der Probleme in Südvietnam:
1) Bildung einer neuen Regierung in Saigon, der kein Mitglied der Mannschaft des zurückgetretenen Präsidenten Van Thieu angehören darf.
2) Diese Regierung muß sich für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Eintracht, sowie für die Anwendung des Pariser Abkommens einsetzen.
3) Sie muß den Abzug der US-Militärs fordern, die als Zivilisten getarnt sind, sowie den Abzug der US-Kriegsschiffe aus den südvietnamesischen Gewässern.
4) Schließlich soll sie die demokratischen Freiheiten garantieren und alle politischen Gefangenen freilassen.

Van Minh neuer Staatspräsident
28.4.75 (SZ/FR)

Das südvietnamesische Parlament beschließt einstimmig, General Duong Van Minh zum neuen Staatspräsidenten zu ernennen.
Minh ruft die PRR auf, einem Waffenstillstand zuzustimmen und Friedensverhandlungen einzuleiten. Diese lehnt jedoch ab und fordert gleichzeitig das Ende der Saigoner Verwaltung und die Entwaffnung der Regierungstruppen und damit die bedingungslose Kapitulation der Saigoner Regierung.
Wie weit schon zu diesem Zeitpunkt der innere Zerfall des südvietnamesischen Regimes vorangeschritten ist, zeigt der Bombenangriff einer Maschine der südvietnamesischen Luftwaffe auf den Präsidentenpalast.

Kapitulation der Saigoner Regierung
29.4./30.4.75 (FR/SZ/NZZ)

Der Saigoner Vizepräsident beginnt, Verhandlungen mit Vertretern der PRR zu führen. Kurz danach fordern die PRR und die Saigoner Regierung ultimativ den Abzug aller Amerikaner binnen 24 Stunden. Die südvietnamesische Armee soll entwaffnet und aufgelöst werden.
Die US-Evakuierungsaktion ist in wenigen Stunden abgeschlossen. Offiziere und Politiker setzen sich mit Maschinen der Luftwaffe nach Thailand und den Philippinen ab. Zivilisten und Soldaten der führungslosen Armee plündern die von den US-Militärs verlassenen Amtsgebäude und Wohnungen.
Zwei Stunden nach dem Abflug der letzten Amerikaner gibt van Minh die bedingungslose Kapitulation bekannt. An den Regierungsgebäuden werden weiße Fahnen gehißt. Wenig später beginnt der Einmarsch der Sieger, der von der Bevölkerung mit Beifall begrüßt wird.

Vietnamesen in USA unerwünscht
3.5.75 (FR/SZ)

Die Gesamtzahl der aus Indochina Evakuierten beträgt offiziell 117.500 Menschen. Von den mehr als 70.000 Südvietnamesen werden ca. 90 % in den USA leben müssen. Nur wenige Staaten geben Zusagen, eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen (Kanada, Australien, einige westeuropäische, lateinamerikanische und einige französischsprachige afrikanische Staaten).
Die Mehrheit der Amerikaner steht dem Flüchtlingsstrom aus Vietnam feindselig gegenüber. In einer Meinungsumfrage sprechen sich 54 % gegen eine Aufnahme aus. Die amerikanische Presse berichtet, zahlreiche Flüchtlinge seien mit Koffern voll Schmuck und anderen Wertsachen eingetroffen.
10 % der mit der Operation „Babylift" eingeflogenen Kinder sind keine Waisen, sondern Verwandte geflohener südvietnamesischer Regierungsbeamter. Bei den anderen Kindern finden sich z.T. Briefe ihrer Eltern, in denen sie mitteilen, daß die Kinder keine Waisen und gegen den Willen der Eltern verschleppt worden seien.

5.5.75 (SZ)

45 südvietnamesische Luftwaffentechniker fordern Präsident Ford auf, ihnen die Rückkehr zu ihren Familien in Südvietnam zu gestatten. Die 45 Männer erklären, sie seien zum Flug ins Ausland gezwungen worden.

Revolutionsregierung kündigt Verstaatlichungen an
3.5.75 (FR/SZ)

Die neue Regierung in Saigon, die sich jetzt „Revolutionsregierung Südvietnams" nennt, kündigt die Verstaatlichung großer Bereiche der Wirtschaft an: Banken, Verkehrswesen, Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen, die bisher in amerikanischem BEsitz waren, sowie Übernahme von Eigentum von Mitgliedern der alten Regierung.

Südvietnam wird unabhängige Politik betreiben
2.5.75 (FR)

Der Delegationsleiter der PRR in Paris erklärt die zukünftige Politik seines Landes: Südvietnam werde unter der PRR eine Politik des Friedens und der Bündnisfreiheit verfolgen. Südvietnam wolle mit allen Staaten, ungeachtet ihrer politischen oder gesellschaftlichen Ordnung, Beziehungen des gegenseitigen Respekts, der Unabhängigkeit und Souveränität aufnehmen. Südvietnam wolle wirtschaftliche und technische Hilfe von jedem Land annehmen, unter der Voraussetzung, daß keine politischen Bedingungen daran geknüpft seien. Südvietnam sei von nun an frei und unabhängig. „Das Testament unseres verehrten Präsidenten Ho Tschi Minh ist erfüllt."

Lot/jür

Wolf Schneider, Redakteur der „Welt", in einer Fernsehdiskussion zum Thema: ‚Militante Anarchisten – ein Polizeiproblem oder mehr?" (ARD, 5.12.74)

„Es wird Zeit, daß man begreift, daß ‚Law and Order', was ja heißt, Gesetz und Ordnung, etwas sehr Schönes, etwas sehr Notwendiges ist und daß man dieses Wort nicht mehr länger verkniffen, sondern fröhlich ausspricht."

Lateinamerika

ARGENTINIEN

Allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage – die Regierung Isabel Peron gerät in zunehmend größere Schwierigkeiten
17.3./5.4.75 (NZZ)

Die wirtschaftliche Lage Argentiniens ist durch Inflation, sinkenden Reallohn und Mangelerscheinungen bei der Konsumgüter- und Produktionsgüterversorgung geprägt. Zahlreiche wichtige Konsumgüter wie Zukker, Mehl, Speiseöl, Waschmittel, Watte und Toilettenpapier sind nur schwer erhältlich. Die Produktion leidet unter Zufuhrproblemen wichtiger Rohstoffe und Zwischenfabrikate, die allenfalls über den Schwarzmarkt zu erhalten sind. Agrarproduzenten und Industrieunternehmen sind mit der Preispolitik der Regierung Isabel Peron unzufrieden, die Ende Februar auf Druck der Gewerkschaften erneut alle Preise eingefroren hat. Die Exporteure halten die vor kurzem vorgenommene Abwertung des Pesos für unzureichend. Nach einem Streik der Agrarproduzenten hat nun auch der Kleinhandel von Buenos Aires zum offenen Kampf aufgerufen. Er will am 7. u. 8.4. die Geschäfte schließen.
Die offene Kritik an der Regierung erstreckt sich bis in die Regierungspartei selbst hinein. Die rechten Gewerkschaftsführer fordern einen größeren Machtanteil.
Infolge der allgemeinen Unzufriedenheit erhalten Putschgerüchte laufend neue Nahrung. Ein Eingreifen der Militärs, die 1973 von der direkten Macht abgetreten waren und dem Peronisten Campora Platz gemacht hatten, scheint nicht ausgeschlossen zu sein. So wird am 4.4. der Korrespondent der brasilianischen Zeitung „Journal do Brasil" aus Argentinien ausgewiesen, weil er von einem Komplott zum Sturz der Regierung Peron berichtet hatte.

Formierung der linken Peronisten in einer neuen Partei
15.3. 75 (NZZ); 6.4.- 17.4.75 (Le Monde)

Am 12.3. wird in Buenos Aires die Authentische Peronistische Partei gegründet, die eine Wahlalternative für die linken Peronisten

darstellen soll und der Guerilla-Organisation „Montoneros" nahesteht. Die Partei will „die Monopole bekämpfen, die Mitsprache der Arbeiter bei der Planung und der Kontrolle der Wirtschaft vorantreiben und die Kompromisse mit dem Imperialismus auf dem Buckel des argentinischen Volkes verurteilen". Die Regierung Peron wird beschuldigt, den Peronismus verraten zu haben.
Die Reaktion Isabel Perons war es, etliche linke Peronisten aus der Justizialistischen Partei auszuschließen und der Authentischen Partei Verrat und Spaltertum vorzuwerfen.

Bei den Provinzwahlen in Misiones (April 74) erreicht die Authentische Peronistische Partei, die auch von nichtperonistischen Linken unterstützt wird, nur etwa 10 % der Stimmen.

Versuch der Regierung, linke Gewerkschaftsführungen auszuschlaten – der Kampf der Arbeiter von Villa Constitución

Nachdem vor einigen Monaten in Cordoba die einflußreichsten nicht-peronistischen, marxistischen Gewerkschaftsführer Tosco und Salamanca aus ihren Gewerkschaftsfunktionen in den Untergrund getrieben worden waren, bleibt als letzte bedeutende Bastion der klassenkämpferischen Gewerkschaftsvertreter die Metallarbeitergewerkschaft UOM von Villa Constitución (Provinz Santa Fé). Bei den Wahlen Ende letzten Jahres hatte die Liste der „Klassisten" (der klassenkämpferischen Gewerkschaftsvertreter) gewonnen und stellte somit den lokalen Gewerkschaftssekretär Piccinini). Unter dem Vorwand, es existiere ein groß angelegter Subversionsplan (nach dem von Villa Constitución die gesamte Schwerindustrie der Region zwischen Rosario und Buenos Aires lahmgelegt werden solle) werden nun über 200 Arbeiter, darunter die gesamte Führung der lokalen UOM von der Polizei verhaftet, um die Gewerkschaft wieder unter die Kontrolle der rechten Zentrale in Buenos Aires zu bringen. Daraufhin treten am 20.3. über 20.000 Arbeiter der Metallbetriebe Acindar, Marathon, Metcon und Vilber in den Streik und besetzen die Fabriken. Die gesamte Stadt mit 37.000 Einwohnern sowie Arbeiter anderer Betriebe und in anderen Städten solidarisieren sich und drücken dies z.T. in Streiks aus.
Am 24.3. belagern über 100 von der Polizei als Guerilleros bezeichnete Männer eine Polizeistation, um so die Freilassung der Gewerkschaftsführer zu erreichen. Nach einem Feuerwechsel ziehen sich die Belagerer wieder zurück.
Der Arbeitskonflikt hat für die augenblickliche Lage in Argentinien große Wichtigkeit. Wirtschaftlich hat er Auswirkungen auf die Stahl- und Automobilproduktion und alle damit zusammenhängenden Betriebe. Politisch stellt er eine bedeutende Kraftprobe zwischen Arbeitern und ihren Gewerkschaftsvertretern auf der einen Seite und Unternehmern und Regierung auf der anderen Seite dar. Nach Aussage der argentinischen Automobilproduzenten zeigt der Streik bereits größere Folgen für die Wirtschaft. Die Stahlvorräte zahlreicher Industrien, vor allem der Autobranche, sollen in den nächsten Tagen zu Ende gehen (NZZ 5.4.). Drosselung und später auch völlige Stillegung der Produktion seien bei Fortgang des Streiks unvermeidbar. Mit dem Streik hängt die Arbeit von 56.000 Arbeitern der Endfabrikationsbetriebe und rund 400.000 Arbeitern der Zuliefererindustrie zusammen.

Der Terror rechtsgerichteter Mordkommandos nimmt zu – Militär und Polizei verstärken den Kampf gegen linke Guerilla-Organisationen
17.3. - 10.4.75 (SZ/NZZ)

Der Terror der rechten Mordorganisation AAA („Argentinische Antikommunistische Allian") richtet sich in letzter Zeit nicht nur gegen prominente Personen, sondern auch gegen zahlreiche „namenlose" Linksperonisten, sowie gewerkschaftlich und politisch aktive Personen. So wurden z.B. am 23.3. südlich von Buenos Aires 8 Mitglieder einer linken peronistischen Jugendorganisation von etwa 15 Kapuzen tragenden Männern mit automatischen Waffen niedergemäht.

Die Tatsache, daß die längere Zeit dauernden Aktionen ohne Hast und unbehelligt durchgeführt werden und noch kein einziger Angehöriger der AAA festgenommen wurde, bestätigt die allgemeine Auffassung in Argentinien, daß die AAA sich aus Polizisten, Angehörigen der Geheimdienste und faschistischen Zivilisten zusammensetzt und von staatlichen Behörden unterstützt wird.

Die linken Guerilla-Organisationen „ERP" und „Montoneros" liefern sich weiterhin zahlreiche Feuergefechte mit den Streitkräften und der Polizei, überfallen Polizeiposten, befreien Mitglieder ihrer Organisationen aus dem Gefängnis und erschießen bekannte Folterknechte und Mordspezialisten.

Militär und Polizei versuchen verstärkt, die Guerilla-Organisationen zu zerschlagen. Noch immer stehen mehrere Tausend Soldaten im Kampf gegen die Landguerilla in der Nordprovinz Tucuman. Insgesamt sollen nach Polizeiangaben allein in diesem Jahr bisher 190 Menschen wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit sowie wegen ihrer Zugehörigkeit zum Militär oder zur Polizei getötet worden sein (davon 130 Mitglieder der „ERP" und der „Montoneros"). In der Woche vor Ostern erreichte das Morden einen vorläufigen Höhepunkt, als in weniger als 48 Stunden 25 Menschen getötet wurden.

BRASILIEN

Steigende Automobilproduktion
11.2.75 (Handelsblatt)

Der brasilianische Automobilsektor hat 1974 eine Wachstumsrate von 18,1 % in der Produktion erreicht. Der Export von Kraftfahrzeugen weist mit 200 Mio. US-Dollar eine Zuwachsrate von über 200 % gegenüber dem Vorjahr auf.
Zur Zeit sind in Brasilien 108.000 Personen bei Fahrzeugherstellern beschäftigt, davon allein 40.000 bei VW do Brasil (bei 92 Mio. Einwohnern).

Deutsche Beteiligung an brasilianischer Zigarrenfabrik
4.4.75 (SZ)

Eine zur Melittagruppe gehörende Zigarrenfabrik (August Blase, Lübbecke), hat 48 % des Aktienkapitals der großen brasilianischen Zigarrenfabrik Suerdieck S.A., Bahia, gekauft. Dabei geht es vornehmlich um die Sicherung des Rohstoffes Brasil-Tabak, sowie um den Absatz von Zigarillos in Südamerika.

Anklage gegen Elektrokonzerne
4.4.75 (NZZ)

Ein brasilianischer Unternehmer klagt elf Tochtergesellschaften internationaler Elektrokonzerne (darunter: AEG-Telefunken, Siemens, BBC, . . .) wegen Kartellabsprachen und Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht an.

Sojabohne: Ertragsverlust trotz Mehrproduktion
10.4.75 (FR)

Die Sojabohne hat in Brasilien den Kaffee als wichtigstes Exportgut verdrängt (Produktion 1968: 750.000 Tonnen; 1974: 7 Mio. Tonnen). Damit hat Brasilien die VR China überrundet und ist heute nach den USA der größte Sojaexporteur. Trotz enormer Absatzsteigerung spricht die Regierung von Verlusten. Wie kam es dazu?
Im Frühjahr 1974 kündigten die USA für 74 (gezielt) eine Rekordernte bei Sojabohnen an. Daraufhin fiel der Preis für Soja auf den internationalen Märkten. Wegen beschränkter Lagerkapazität wurden daher die brasilianischen Produzenten (die die Sojabohne im Frühjahr ernten) gezwungen, die Exportverträge auf niedrigem Preisniveau abzuschließen. Kurz nach Abschluß dieser Lieferverträge stieg der Preis für Soja an der Chicagoer Börse.

Neue politische Gefangene
24.3.75 (NZZ/FR)

Angehörige der verbotenen „Allianz für die nationale Befreiung" (ALN) sind aufgrund ihrer kommunistischen Haltung von einem

Militärgericht zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Polizeigewalt gegen Anwälte
3.4.75 (FR/NZZ)

Der Präsident der brasilianischen Anwaltskammer berichtet, daß die ständige Verletzung der Menschenrechte unter der Militärregierung andauere. Er protestiert ferner gegen „illegale, gewalttätige und willkürliche Methoden" der Polizei, die diese gegenüber brasilianischen Anwälten anwendet, um so Auskünfte über den Aufenthalt der Mandanten aus ihnen herauszupressen.

CHILE

Scheitern der Umschuldungsverhandlungen – kein Ausweg in der Wirtschaftspolitik

Die für Ende März vorgesehenen Verhandlungen zwischen der Junta und den im „Pariser Club" zusammengefaßten Gläubigerländer Chiles über den Rückzahlungsmodus der chilenischen Verbindlichkeiten für 1975 (ca. 300 Mio. Dollar) sind an dem Protest der Regierungen von Großbritannien, Italien, der Niederlande, Belgien, Norwegen und Dänemark gegen die Mißachtung der Menschenrechte in Chile gescheitert und wurden auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Die Bundesregierung – mit 70 Mio. Dollar Forderungen der zweitgrößte Gläubiger Chiles – sieht die Verhandlungen als „rein finanztechnische Operation" an und erstrebt eine baldige Aufnahme der Verhandlungen (Brief des Bundeskanzlers an das Chile-Komitee Hochrhein, Chile-Nachr. 3/75 des Chile-Kom. Hochrh.), SZ 27.3.75, Habla 20.1.75, FR 11.3.75).

Seit den letzten Umschuldungsverhandlungen,bei denen die Junta bessere Ergebnisse erreichen konnte als zuvor die Regierung Allende, konnte die Junta die Erwartungen seiner Gläubigerländer in einen ökonomischen Aufschwung nicht erfüllen: Angesichts der wirtschaftlichen Katastrophe kann die Junta selbst mit der uneingeschränkten Unterstützung des Unternehmertums nicht mehr rechnen (NZZ 2.4.75).
Die Kaufkraft einer Familie mit niedrigem Einkommen, die während der Regierung der Unidad Popular stark angestiegen war, lag 1974 fast 38 % unter dem Niveau von 1968/69. Das Bruttosozialprodukt stagnierte 1974 und die Industrieproduktion fiel in konsumorientierten Bereichen bis zu 30 % (Chile-Nachr. Nr. 24).

Während die Junta im gesamten sozialen Bereich drastische Haushaltskürzungen vornahm und demnächst 15.000 Beamte aus dem öffentlichen Dienst in die Arbeitslosigkeit entlassen wird, sieht sie für 1975 Waffenkäufe vor, die um 20 % höher liegen als die veranschlagten Ausgaben für Bildung und Gesundheit (SZ 25.4.75, Chile-Nachr. 24). Die Arbeitslosigkeit beträgt nach inoffiziellen Angaben 20 %. Von der Arbeitslosenunterstützung, die weit unter dem offiziellen Existenzminimum liegt, sind politische Gegner der Junta sowie Jugendliche ausgeschlossen (FR 5.4.75).

Die internationalen Finanzinstitutionen haben nur noch geringes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Junta. Zwar gewährte der Internationale Währungsfond (IMF) Chile nach dem Scheitern der Umschuldungsverhandlungen einen Standby-Kredit von 79 Mio. Dollar zu Sonderziehungsrechten, jedoch verzögert die Weltbank z.Zt. die Zusage eines Landwirtschaftsprojekts von 20 Mio. Dollar. (NZZ 21.3.75, 2.4.75).

Das ausländische Kapital fließt nur noch spärlich und konzentriert sich im wesentlichen auf die exportorientierte und wenig Arbeitsplätze schaffende Ausbeutung von Rohstoffen. Seit dem Inkrafttreten des Auslandsinvestitionsgesetzes Ende 1974 – das den ausländischen Firmen u.a. uneingeschränkte Gewinntransfer ermöglicht (vgl. Chronik iz3w 39) – wurden ausländische Investitionen über 119 Mio Dollar vereinbart. BRD-Firmen sind mit 36 Mio. Dollar beteiligt. (NZZ 8.4.75, KVZ 24.4.75).

Trotz dieser Lage hält die Junta weiterhin an einem liberalistischen Wirtschaftsmodell der freien Konkurrenz und Preisbildung fest. (Le Monde, 19.4.75).

Die Christdemokratie distanziert sich von der Junta
2.4.75 (NZZ)

Mit der 10-tägigen Schließung des christdemokratischen Senders Balmaceda erreichen die Spannungen zwischen Christdemokraten und der Junta einen neuen Höhepunkt. Der Sender hatte über die Konfiszierung eines Buches des Parteimitglieds Claudio Orrego über den europäischen Faschismus berichtet.

19.4.75 (SZ/Le Monde)

Der Kongreß der Christlichen Demokraten Chiles, die zur Zeit der Regierung Allende aktiv auf den Putsch hingearbeitet hatten, distanziert sich erstmals von der Junta. In einem Dokument wird die Junta als „rechtsgerichtete Diktatur mit faschistischen Merkmalen" bezeichnet, andererseits aber aktiver Widerstand und Zusammenarbeit mit den linken Parteien im Untergrund abgelehnt.

Streit um 45 Mio - Kredit
10.4.75 (SZ)

Der Konflikt zwischen dem CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer und Forschungsminister Matthöfer (SPD) um die Frage, der Auszahlung eines einst Allende unverbindlich zugesagten 45 Mio. DM Kredits an Chile gipfelt in der Forderung der CDU/CSU-Opposition nach Entlassung Matthöfers aus dem Kabinett. Todenhöfer hatte nach einem Aufenthalt in Lateinamerika die Auszahlung des Kredits gefordert, da die Junta entschlossen sei, Chile „zur Demokratie zurückzuführen" und „fast alle" politischen Häftlinge zu entlassen (FR 2.4.75). Matthöfer sprach sich daraufhin gegen die Auszahlung aus und bezeichnete die Junta als „Mörderbande".



Im Gegensatz zu den Angaben Todenhöfers erklärte der chilenische evangelische Bischof Frenz, die Junta sei nur bereit – unter der Voraussetzung von Aufnahmeangeboten im Ausland – 1107 Häftlinge abzuschieben, die jedoch meist „harmlose Allende-Sympathisanten" seien. Insgesamt gebe es z.Zt. 6.000 bis 8.000 politische Häftlinge. Dazu kämen noch 2.000 bis 2.500 spurlos Verschwundene und kurzfristig festgenommene Präventivhäftlinge. Wirklich gefährdet seien Untersuchungshäftlinge, bereits Verurteilte und Gefangene, über die die Junta jede Auskunft verweigert. (SZ/FR 4.4.75)

Widerstand
1.4.75 (FR)

Die BRD-Presse berichtet nur vereinzelt von Widerstandsaktionen. Im März wurden 16 KP-Mitglieder zu Haftstrafen verurteilt. Sie hatten im Untergrund Flugblätter verbreitet.

Kirchenaustritt deutschsprachiger Gemeiden
30.4.75 (SZ)

Aufgrund der ablehnenden Haltung der meisten evangelischen Pastoren gegenüber der Junta treten 9 deutschsprachige Gemeinden aus der evangelisch-lutherischen Kirche Chiles aus. Ihr Protest richtet sich u.a. gegen Probst Helmut Frenz, der sich aktiv für die Freilassung von Häftlingen und für Ausreisegenehmigungen für Flüchtlinge einsetzt.

HONDURAS

Bestechung durch Bananenkonzern
10.4.75 - 30.4.75 (FR/SZ)

Mit dem Selbstmord von E. Black, Präsident des US-Konzern United Brands Company (ehem. United Fruit Co.), wird eine Bestechungsaffäre aufgedeckt.

Der Skandal hat seinen Ursprung in der Bildung eines Kartells der bananenexportierenden Nationen Lateinamerikas (UPEB) Honduras, Costa Rica und Panama.
Diese Union erhob eine Sondersteuer für den Export von Bananen.
Nach Angaben des Konzerns hatte Black den honduranischen Staatspräsidenten Lopez mit 4,75 Mio. DM bestochen, damit dieser die Ermäßigung der Sondersteuer erwirke.
Honduras reduzierte daraufhin seinen Sonderexportzoll um 70 %; damit zerbrach das Kartell der bananenexportierenden Staaten.
Der Bestechungsskandal hatte seine politischen Folgen. Eine „konservative" Militärjunta stürzte in einem Putsch den „linksgerichteten" Staatspräsidenten Lopez.

KOLUMBIEN
26.3.75 (SZ)/ 15.4.75 (FR)

Die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) haben auf verschiedene Städte Angriffe durchgeführt. Es wurden dabei einige Guerrilleros und Polizisten getötet.

MEXIKO

Trotz Preiskontrolle Verschlechterung der Zahlungsbilanz
2.4.75 (NZZ)

Um einer Verminderung des inneren Geldwertes zu entgehen hat die Regierung Preiskontrollmaßnahmen durchgesetzt. Trotz der Preiskontrolle und Mexikos Aufstieg zum Erdölexporteur hat sich der Passivsaldo der Handelsbilanz erhöht. Das Defizit stieg von 1972 mit 1053 Mio. US-Dollar, 1973 mit rund 2.000 US-Dollar, auf 1.420 Mio. US-Dollar in der ersten Jahres hälfte 1974 an.

PANAMA
26.3.75 (NZZ)

Die Beendigung der nordamerikanischen Kontrolle über den Panama-Kanal fordern Panama, Costa Rica, Kolumbien und Venezuela in der offiziell unterzeichneten „Erklärung von Panama". (siehe ‚Blätter des iz3w' Nr. 32/33, Chronik S. 11)

PARAGUAY
2.4.75 (FR)

Die Bauernbewegung (siehe: iz3w Nr. 40, S. 22 f; iz3w Nr. 43/44, S. 28) beschuldigt Stroessner 24 Agenten des nordamerikanischen Geheimdienstes CIA nach Paraguay geholt zu haben, die als „Sozialhelfer des Peacekorps" getarnt, die Anführer der „Ligas Agrarias" aufspüren sollten. Die Repression, die das paraguayische Regime den Ligen entgegensetzte, führte zu einer Spaltung der Kirche und damit zu einer Schwächung der Stellung der Bauernbewegung. (siehe dazu auch den Hinweis am Schluß dieses Heftes).

PERU

Erneutes Presseverbot
26.3.75 (FR)

Aufgrund eines kritischen Berichts über die Zustände in einem staatlichen Krankenhaus verbietet die Regierung die Zeitschrift „Caretas". Damit ist das letzte bürgerlich-konservative Presseorgan verschwunden, das sich eine kritische Haltung gegenüber der Militärjunta bewahrt hat. (vgl. auch den Artikel in Nr. 43/44, S. 68 ff.)

Das peruanische Alphabetisierungsprogramm in der Krise
30.3.75 (La Prensa)

Die Mitarbeiter des staatlich organisierten Alphabetisierungsprogramms ALFIN (Alfabetisacion Integral) weisen in einem Manifest auf die katastrophale Lage dieses Programms hin. Sie erklären, daß das ALFIN-Programm zwei Jahre nach seiner Initiierung gescheitert ist, ohne das Analphabetentum beseitigt oder die Bedürfnisse des Volkes nach Bildung befriedigt zu haben. Die Etatkürzungen für die Alphabetisierung um 50 %, die Einführung immer stärkerer reaktionärer Richtlinien und Repressalien, sowie das zunehmende Außerachtlassen der bewußtseinsbildenden Elemente zugunsten einer technischen Ausbildung zeige den starken Rechtsruck des Programms.

Als Konsequenz aus dieser Lage rufen die Mitarbeiter des ALFIN-Programms zum gemeinsamen Kampf gegen die „Formen der Herrschaft und Kontrolle", die gegen die Interessen des Volkes gerichtet sind, auf.

URUGUAY
3.4.75 (NZZ)

Durch *starke Fleischkäufe Brasiliens* war es möglich, die Fleischausfuhr 1974 gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Die Fleischausfuhr beträgt 42,5 % der Gesamtausfuhr Uruguays.

30.4.75 (SZ)

Aus Angst vor 1. Mai Demonstrationen sind in Montevideo über 1.500 Menschen unter Arrest gestellt worden.

bast/bsm/wfi/wawi

Aufruf zu Paraguay

In den „blättern des iz3w" Nr. 40 (S.22-26) berichteten wir über die Ziele und die Arbeit der Basiskommunitäten in Paraguay. Seit Februar 1975 sind diese Bauerngemeinschaften, die sich aufgrund ihres radikalen Glaubens für die Durchsetzung von Gerechtigkeit einsetzen, einer Welle grausamer Unterdrückung ausgesetzt. Unter anderem wurde die Bauernkooperative von Jejui von der Armee überfallen; das Dorf niedergebrannt und 8 Bauern getötet (siehe Chronik in Nr. 43/44). Anläßlich dieser Repressionswelle ruft das Koordinationszentrum der lateinamerikanischen gewaltlosen Befreiungsbewegungen dazu auf, sich mit den christlichen Bauerngemeinschaften Paraguays zu solidarisieren und Proteste an die paraguayische Regierung zu schicken. In dem Aufruf heißt es u.a.:
„Dieser Aufruf internationaler Solidarität zur Verteidigung der Menschenrechte will dazu beitragen, die Beendigung von Bauern, Priestern und Ordensleuten herbeizuführen. Die Kirche von Paraguay erleidet in verschiedenen Teilen des Landes offene Gegnerschaft und Verfolgung durch die Regierungsbehörden. .... Wir fordern:

1. Die Aufhebung der Besetzung der Bauerngemeinschaft von San Isidro de Jejui durch die Armee und die Polizei. Normalisierung des Lebens der Gemeinschaft. Erlaubnis, die Ernte einzubringen.
2. Die Beendigung der Repression und der Verfolgung, die andere Gemeinschaften wie z.B. Acaray, Yvyrugua, Caaguazu und die Pfarrschule von Tuna, Santa Rosa durch die Regierung erleiden. ...."

Nähere Informationen zu dieser Aktion sind zu erhalten bei:
Josef Geue / Herbert Froehlich.
5 Köln 1, Königstraße 3; Tel. 0221/230794

Außerdem ist bei der AGG (53 Bonn, Rheinweg 35) eine Dokumentation zu dem Überfall auf Jejui erhältlich.

Landreform in Lateinamerika

VORBEMERKUNG

Lateinamerika braucht seine Landreform! An dieser Erkenntnis haben sich schon Anfang der sechziger Jahre die Berater des amerikanischen Präsidenten Kennedy nicht vorbeimogeln können und mittlerweile haben auch eine wachsende Zahl von den in lateinamerikanischen Ländern herrschenden Oligarchien und militär-bürokratischen Regimes die politische und ökonomische Notwendigkeit eines solchen Schrittes begriffen und Landreformen bestimmten Charakters in Angriff genommen. Ohne Zweifel sind es in erster Linie herrschafts- und entwicklungspolitische Erfordernisse, *die dieser Erkenntnis in den herrschenden Schichten Lateinamerikas und in der imperialistischen Metropole USA zur Verbreitung verholfen haben.*

Zunächst zum herrschaftspolitischen Aspekt: *Seit den fünfziger Jahren nehmen die politischen Unruhen in den ländlichen Bevölkerungsmassen Lateinamerikas spürbar zu. Unter dem Druck ihrer wachsenden Verelendung kommen unter Pächtern, Landarbeitern und Kleinbauern politische Bewußtseins-Prozesse in Gang, die die in lateinamerikanischen Ländern vorfindbaren politischen und ökonomischen Machtstrukturen in Frage stellen und damit auch den von den USA einstmals in Lateinamerika angetroffenen (bzw. mit ökonomischer und militärischer Gewalt geschaffenen ...) Ausbeutungsfrieden gefährden (bzw. bereits zerstört haben). Cuba war in dieser Hinsicht die erste schmerzliche Lektion. Chile drohte zeitweilig eine zweite zu werden.*

Zum entwicklungspolitischen Aspekt: *Einer kapitalistischen Entwicklungsstrategie – und nur eine solche steht ja in den herrschenden Kreisen lateinamerikanischer Länder zur Diskussion – stellt sich insbesondere in den Ländern, in denen die total verarmte ländliche Bevölkerung den überwiegenden Anteil der Gesamtbevölkerung des Landes stellt, ein eklatanter Mangel an Kaufkraft für eine im Lande selbst anzusiedelnde industrielle Güterproduktion in den Weg. Gelingt es in diesen Ländern nicht, durch eine materielle Besser-Stellung der ländlichen Bevölkerung (oder von Teilen dieser Bevölkerung) neue Kaufkraft zu schaffen, scheitert notwendig auch die in Frage stehende Entwicklungsstrategie.*

Genau an den vorweg genannten Überlegungen sind die in den nachfolgenden Beiträgen am Beispiel Peru und Kolumbien vorgestellten regierungs-offiziellen Landreformen in ihrer Konzeption festgemacht. Ihrer unmittelbaren Zielsetzung nach ist ihnen vor allen Dingen dies gemeinsam: die Kulakkisierung einer „schlagkräftigen" Minderheit von besitzlosen Bauern, d.h. die Schaffung eines bäuerlichen Mittelstandes, der sich in der Bodenbearbeitung kapitalistischer Ertragsprinzipien bedient.

Eine in diesem Sinne erfolgreiche Land-„Reform" vermag im Ergebnis sicher zu stellen:

1) *Spaltung der zu politischen Bewußtsein erwachten ländlichen Bevölkerungsmassen: Der neu geschaffene bäuerliche Mittelstand verhält sich mit ziemlicher Sicherheit regierungsloyal (der Regierung verdankt man das Land und sie ist es, die das erworbene Bodeneigentum gegen die Besitzlosen schützt) und wird sich im Konfliktfall wohlmöglich offen gegen die weiterhin Besitzlosen stellen;*
2) *der nach kapitalistischen Ertragsmethoden wirtschaftende Mittelstand entfaltet die für den industriellen Aufbau geforderte Kaufkraft;*
3) *aus der Klasse der noch immer Besitzlosen vermögen die Eigentümer des nicht zur Verteilung gelangten Großgrundbesitzes auch künftig in ausreichender Zahl billige Arbeitskräfte zu rekrutieren;*
4) *gleichzeitig steht für die industrielle Entwicklung in den städtischen Zentren weiterhin jederzeit ein „überschüssiges" ländliches Proletariat abrufbereit.*

Das nachfolgend behandelte Beispiel der peruanischen Landreform zeigt allerdings, daß Land-„Reformen" dieser Art zumindest dort, wo sie in spektakulären sozialistischen Parolen verpackt der Öffentlichkeit angepriesen werden, sich unerwartet auch gegen ihre Initiatoren in Regierung und Verwaltung wenden und sich in ihrem Verlauf zu einer revolutionären Bewegung ausweiten können. *Red.*

Kolumbien: Die Landreform von oben scheiterte

von Ingrid Becker-Ross, Wolfgang Hotzel, Hartmut Kärner, Michael Samlowski

I. DIE KOALITION DER NATIONALEN FRONT SEIT 1957

Seit 16 Jahren wird Kolumbien von dem Machtkartell der „frente nacional" (nationale Front), dem Zusammenschluß der liberalen und konservativen Partei, regiert. Mit diesem Zusammenschluß beendeten die beiden großen politischen Parteien ihre langjährigen blutigen Auseinandersetzungen. Unter diesen Auseinandersetzungen hatte besonders die Landbevölkerung zu leiden. 300 000 Tote war das Ergebnis der Streitigkeiten zwischen einigen wenigen Großgrundbesitzern und Industriekapitalisten.

1974 lief der Vertrag der „frente nacional" aus; eine „demokratische" Wahl bestimmte den Liberalen Alfonso Lopez Michelsen zum neuen Präsidenten. Trotz intensivsten Propagandaaufwands konnten aber nur knapp 50% der Bevölkerung für diese Wahlen mobilisiert werden. Einerseits ein Zeichen für das tiefe politische Mißtrauen weiter Bevölkerungskreise gegenüber den herrschenden Cliquen, andererseits auch Ausdruck der durch die jahrhundertlange Unterdrückung verursachten Lethargie der ärmsten Teile der Bevölkerung.

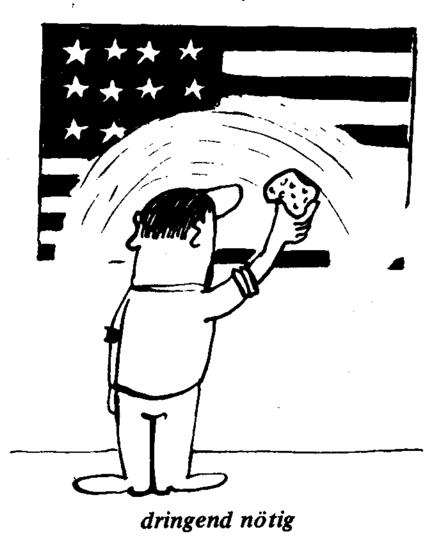
Kaum gewählt, verkündete Lopez Michelsen allerdings, er wolle nicht gegen die Konservativen regieren, sondern sie an der Regierung beteiligen. Sogar konservative Minister fanden Aufnahme in sein Kabinett. Das Machtkartell der „frente nacional" wird fortgesetzt. Daß es Lopez Michelsen besser gelingen wird als einen konservativen Partnern, die die letzte Regierung stellten, der gewaltigen ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten Herr zu werden, ist nicht zu erwarten.

II. DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION DES LANDES UNTER DER KOALITION

Bezeichnend ist, daß Lopez bereits in den ersten Wochen seiner Regierung den ökonomischen Notstand ausrufen ließ.
Die Diskrepanz zwischen dem wachsenden Reichtum der Oligarchie und der durch Inflation, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit ständig wachsenden Armut der hungernden Bevölkerung wird zunehmend größer. Die Interessen der beiden großen Kapitalfraktionen – der modern-kapitalistisch produzierenden Großgrundbesitzer und des Industrie- und Finanzkapitals – werden auch durch die neue Regierung nicht angetastet. Der Präsident Lopez Michelsen selbst ist am Bankgeschäft beteiligt.
Die Inflationsrate steigt weiter. Von August 1973 bis August 1974 betrug sie ca. 22% (konservative Schätzung des kolumbianischen Statistikinstituts DANE).
Die Löhne bleiben hinter der Inflationsrate zurück. Ein Landarbeiterverdient zwischen 20 und 25 $ pro Tag, ein Bauarbeiter in der Stadt zwischen 30 und 40 $ (kolumbianische Pesos). Ein Pfund Reis kostet 5 $, ein Kilo Fleisch zwischen 30 und 40 $. Die durchschnittliche Familiengröße der Arbeiter und kleinen sowie mittleren Angestellten liegt bei 8 – 10 Mitgliedern. Selten verdienen mehr als 2 Personen in einer Familie.
Nach einer 1970 von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UNO) durchgeführten Studie leben allein in den Städten 33% der Bevölkerung in äußerstem Elend (Monatseinkommen 1970 bis zu 200 $), und 25% der Stadtbevölkerung suchen Arbeit. Für die Arbeitslosen- und Armutsrente auf dem Lande gibt es keine Statistiken. Sie sind aber mit Sicherheit höher als die in der Stadt.
23% der Bevölkerung besuchen niemals eine Schule; hinzu kommen 41%, die mit höchstens 2 Jahren Grundschulbildung zu den Analphabeten zu rechnen sind (funktionrlle Analphabeten).

III. DIE AGRARPOLITIK DER KOALITION UND IHRE AUSSENPOLITISCHEN EINFLÜSSE

Ohne auf die beiden konstituierenden Elemente der kolumbianischen Gesellschaft einzugehen – auf die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Metropolen, die Unterentwicklung sowie das ständige Anwachsen der marginalen Bevölkerung – soll im folgenden von einem Reformversuch berichtet werden, mit dem die Herrschenden versuchen, die keimende oder teilweise schon offen zutage getretene Reaktion der Landbevölkerung auf die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen in den Griff zu bekommen.
Das Gelingen der cubanischen Revolution wirkte als alarmierendes Signal auf die Regierungen der amerikanischen Staaten. Die USA sahen die Ruhe und politische Stabilität in ihrem traditionellen Einflußbereich bedroht.
1961 berief die amerikanische Regierung unter Präsident Kennedy sämtliche lateinamerikanische Staaten zu einer Konferenz ins uruguayische Punta del Este. Dort sollte ein gemeinsamer Plan ausgearbeitet werden, um der drohenden Gefahr weiterer Revolutionen im Subkontinent zu begegnen. Unter dem Druck der USA unterzeichneten dort alle lateinamerikanischen Staaten in der „Carta de Punta del Este" die Verpflichtung, „eine integrale Landreform einzuleiten, die eine effektive Umwandlung der Strukturen und ungerechten Systeme des Bodenbesitzes und der Bodennutzung gewährleistet, mit dem Blick auf die Ablösung des Großgrundbesitzes und der Zwergbetriebe durch ein gerechtes System des Bodenbesitzes". Die Drohung der USA, keinem Land, das die Landreform nicht in Angriff nimmt, Industriekredite zu gewähren, verlieh der Verabschiedung entsprechender Gesetze Nachdruck.
Die USA hat großes Interesse daran, über eine Landreform
- die Unzufriedenheit der bäuerlichen Massen zu besänftigen und durch Landumverteilung revolutionären Bewegungen zuvorzukommen
- die Kaufkraft auch der Landregionen zu heben, um die Industrialisierung in den einzelnen lateinamerikanischen Ländern nicht nur zu sichern, sondern voranzutreiben.



dringend nötig

URGENCIA

Auch dem nationalen Industriekapital Kolumbiens kamen solche Pläne entgegen, da die überwiegend Konsumgüter produzierende Industrie auf Expansion hoffen konnte.
Wie notwendig es auch in Kolumbien war, eine solche Befriedungsaktion zu starten, zeigt die jüngere Geschichte: Besonders im Departamento Tolima, hatten schon in den fünfziger Jahren Teile der Bauernschaft versucht, den herr-

Für Freunde und Bekannte:
Bestellschein
S. 53

schenden Parteien eine Landreform abzutrotzen. Doch der Einsatz von 10 000 bis 15 000 Soldaten, von Bombern und Panzern zerschlug diese Ansätze. Mitte der sechziger Jahre hatten in relativ abgelegenen Regionen Bauern sogenannte „republicas independientes" (unabhängige Republiken) gegründet, in denen sie das Land kollektiv bewirtschafteten. Polizei und Heer vernichteten auch diese Ansätze. Der militärische Einsatz gegen die „republicas" blieb weitgehend unbekannt.

IV. ANSPRUCH UND REALITÄT DER LANDREFORM

Im Artikel 1 des kolumbianischen Landreformgesetzes von 1961 heißt es: daß „die Sozialstruktur auf dem Land mit solchen Maßnahmen reformiert werden soll, die geeignet sind, eine ungleiche Bodenkonzentration zu beseitigen und auch in Zukunft zu verhindern. Angemessene Landeinheiten sollen zur Nutzung des Bodens an Personen vergeben werden, die kein Land besitzen – bevorzugt an die Personen, die das Land bereits bearbeiten."

In der Praxis bedeutete das aber nicht, daß die großen Latifundien aufgeteilt wurden, geschweige denn von größeren Bauerngruppen kollektiv bearbeitet werden sollten. In späteren Ergänzungen zu den Gesetzen werden die Kompetenzen von INCORA (Institut zur Durchführung der Landreform) zur Umverteilung des Landes erheblich eingeschränkt. So wurde zu Beginn in der Hauptsache unkultiviertes Land aus Staatsbesitz verteilt. Als es notwendig wurde, Land aus dem Privatbesitz von Großgrundbesitzern anzugreifen, wurde folgende Prioritätenskala aufgestellt: Die Großgrundbesitzer müssen zwangsweise an das Institut der Landreform verkaufen

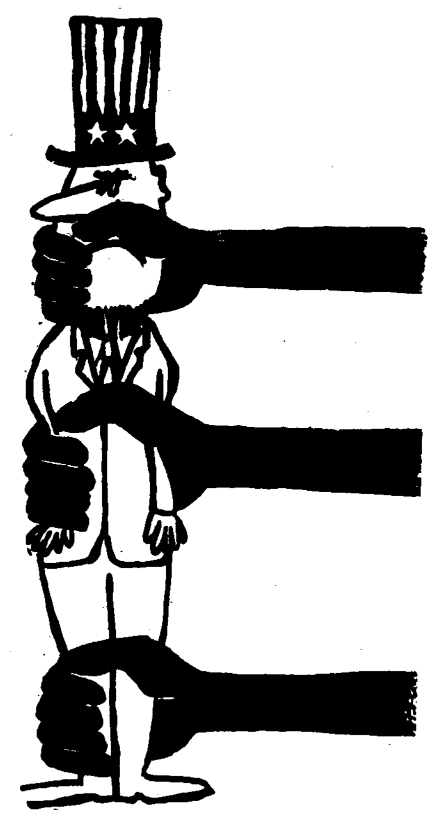
1. ungenutztes Land,
2. unzureichend genutztes Land,
3. Land, das schon lange Zeit von kleinen Pächtern und Tagelöhnern bearbeitet worden ist.

Wie allerdings die Begriffe „ungenutztes" und „unzureichend genutztes" Land zu verstehen sind, definiert das Gesetz nicht. So ist es schon zur Regel geworden, daß die Latifundienbesitzer die Nutzung ihres brachliegenden Boden dadurch unter Beweis stellen, daß sie einmal im Jahr ein paar Stück Vieh auf die Flächen treiben oder zum Zeichen der Bearbeitung die Erde von einem Bulldozer aufreißen lassen. Es dürfte wohl kaum vorgekommen sein, daß ein Großgrundbesitzer auf Grund der Landreform freiwillig seinen Pächtern und jornaleros (Tagelöhner) das von ihnen bearbeitete Land übereignete. Im Gegenteil, aus Furcht vor dem Gesetz vertrieben sie massenweise die Pächter und Tagelöhner samt ihren Familien von den Parzellen oder verlängerten die meist nur einjährigen Pachtverträge nicht. Obstbäume ließen sie abholzen und langfristige Pflanzungen zerstören, damit die Vertriebenen ihren legalen Anspruch nicht beweisen konnten. Immer wieder berichteten uns Bauern von der Zuspitzung ihres Elends gerade in den ersten Jahren der Reform.

Aber auch Bauernfamilien, denen von INCORA Land und Kredite zu seiner Bearbeitung zugeteilt worden waren, konnten ihre wirtschaftliche Situation nicht grundlegend verbessern. Dafür sollen die wichtigsten Gründe genannt werden:

Häufig fehlte es den früheren Tagelöhnern, die immer nur zu begrenzten Arbeiten wie z.B. den Ernten eingesetzt worden waren, an den notwendigen Erfahrungen in Anbau und Planung.

Weiter hatte INCORA versäumt, einen Markt zum Absatz der Produkte der neuen Kleinbauern zu organisieren.



Als die größte Schwierigkeit stellte sich die zu geringe Größe der ausschließlich individuell vergebenen Parzellen heraus. 3–10 ha Land sind zu klein, um mit rentablen Methoden bearbeitet zu werden. So konnten z.B. die Grundstücke einer vor 114 Jahren parzellierten finca (kleinen Länderei) trotz der damals günstigen Boden- und Kreditpreise bis heute nicht abbezahlt werden.

Die neuen Kleinbauern hatten wirtschaftliche Schwierigkeiten und verschuldeten sich zunehmend. In dieser Situation fanden die gegen die Landreform gerichteten Parolen der Großgrundbesitzer viel Gehör. Das Interesse der Landbevölkerung an der von der Regierung angebotenen Landverteilung wurde immer schwächer.

V. AGRARPOLITISCHE MASSNAHMEN NACH 1968 UND DEREN MOTIVE

Die Regierung sah, daß unter diesen Umständen ihr Reformversuch zum Scheitern verurteilt war. Unter dem liberalen Präsidenten LLeras Restrepo – einem Vertreter des Industriekapitals, der auf das Wohlwollen der USA zur Gewährung von Krediten angewiesen war – beschloß man 1968, die aktive Unterstützung der Landreform durch die Besitzlosen und Kleinbauern dennoch zu erreichen, indem man mit großem finanziellen Aufwand und Propaganda-Kampagnen eine Bauerngewerkschaft gründete – die

ANUC (asociación Nacional de Usuarios Campesinos). Gleichzeitig begann INCORA vorsichtig, das Land an Bauerngruppen zur gemeinsamen Bearbeitung zu vergeben. Mit der Gründung solcher empresas comunitarias (Bauerngenossenschaften) hoffte man, die so entstehenden größeren Flächen moderner und gewinnbringender bewirtschaften zu können. Gleichzeitig entsprach INCORA damit eher den Wünschen der Bauern.
Das extreme Elend der von den Großgrundbesitzern vertriebenen Bauern hatte sie dazu gezwungen, in zunehmendem Maße Land zu besetzen und zu beginnen, es kollektiv zu bearbeiten. In den meisten Fällen wurden diese „invasiones" von Polizei und Militär niedergeschlagen und viele Bauern wanderten ins Gefängnis. Allerdings kann die Inbesitznahme des Landes auch nachträglich von INCORA legalisiert werden. D.H. den Großgrundbesitzern wird vom Institut für die Landreform der Boden abgekauft und die Bauern erhalten vom Institut Boden- und Produktionskredite.
So hoffte die Regierung, die Unzufriedenheit und das wachsende revolutionäre Potential aufzufangen. Ein Eingreifen von INCORA – damals wie heute – in Regionen, in denen die Bauern verstärkt zur Selbsthilfe greifen und ein politisches Bewußtsein entwickeln, kennzeichnet den Charakter des Landreformgesetzes:
nicht die „ungleiche Bodenkonzentration" soll aufgehoben werden, sondern die Bauern sollen mit Hilfe kreditpolitischer Maßnahmen ruhig gehalten werden. Sind die Kreditverhandlungen erst einmal abgeschlossen, stempelt das Gesetz die Kreditempfänger zu abhängigen Angestellten von INCORA.



Das Land geht erst nach 15 Jahren – unter der Bedingung, daß der Bodenkredit zurückgezahlt worden ist – in den Besitz der Bauern über. Bis dahin behält sich das Institut vor, über den Verbleib des Bauern auf seiner Parzelle oder in der Genossenschaft frei zu entscheiden. Weiter entscheidet das Institu über die Produktion und die Arbeitstechniken, kontrolliert die Buchführung und setzt Tagelöhne für die Arbeitersozien der Bauerngenossenschaften (empresas comunitarias) fest.

VI. AUSWIRKUNGEN DER AGRARPOLITIK UND DIE HEUTIGE SITUATION DER LANDBEVÖLKERUNG

Neben diesen Schwierigkeiten bestehen für die empresas comunitarias weitere einschränkende Bedingungen, die sie häufig genug an den Rand des Zusammenbruchs bringen:
– Die Großgrundbesitzer und großen Zwischenhandelsunternehmen beherrschen den Markt. Sie verhindern, daß die Genossenschaften angemessene Preise für ihre Produkte erzielen. So brachte z.B. 1973 in einigen Regionen der Erlös aus der guten Tabakernte nicht einmal ein Drittel seiner Gestehungskosten, die durch Kredite finanziert worden waren. Das Preisdiktat der Tabakzwischenhändler ist einfach und wirksam: bei schlechten Ernten zahlen sie Preise, die die Gestehungskosten knapp abdecken; bei guten Ernten lassen sie die Preise so weit sinken, daß nicht einmal die Gestehungskosten wieder hereinkommen. Ganz gleich wie die Ernte ausfällt, der Erlös ist immer so gering, daß der Bauer nicht in der Lage ist, den Kredit zurückzuzahlen. Die Verzugszinsen von 25% lassen die Schulden ins Unermessliche steigen. „Früher hatten wir nichts, heute haben wir Schulden", sagten uns die Bauern immer wieder.

– Die empresas comunitarias haben keine Möglichkeiten, für sich einen eigenen Zugang zum Markt zu erschließen. Dazu fehlen allein schon die Transportmittel. Ihre Abhängigkeit vom monopolisierten kapitalistischen Markt ist total.
– Weiter zwingt INCORA einzelne empresas comunitarias zu Produktionsversuchen, die keine Aussicht auf Erfolg haben. Bauern berichteten uns z.B., daß sie zum Anbau von Sojabohnen gezwungen worden waren, obwohl vorherige Bodenproben ergeben hatten, daß ihr Land sich dazu nicht eignete. Die daraus entstehenden Verluste gehen natürlich zu Lasten der Genossenschaften.
– Jedem Arbeiter einer empresa comunitaria werden zur Deckung seines Unterhalts 1–2 ha Land zugeteilt, die er individuell mit seiner Familie bearbeiten darf. Es dürfen dort aber nur mit Sondergenehmigung langfristige Produkte wie z.B. Obstbäume oder Kaffeesträucher angebaut werden. Diese Politik dient dazu, politisch unliebsame Bauern wieder rasch aus der empresa comunitaria vertreiben zu können. INCORA–Beamte selbst bestätigten uns diese Politik.
– Miteinander verwandte Personen können nicht Arbeiter in einer empresa comunitaria werden. Selbst Söhne der Arbeiter dürfen nicht aufgenommen werden. Diese Zerschlagung der Familiengruppe steht im Widerspruch zum Selbstverständnis und Arbeitsverhalten der Bauern, für die gerade die Familie traditionell die wesentliche Produktionsgruppe ist.

VII. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wenn man die Entwicklung der kolumbianischen Landreform an der Zielsetzung von Punta del Este mißt, kommt man zu folgendem Ergebnis:
– das Ziel, eine Landumverteilung zu erreichen,

ist gescheitert;
- die Kaufkraft auf dem Lande konnte nicht erhöht werden; die Bauern leben weiterhin am Existenzminimum;
- ob es dauerhaft gelungen ist, mit der Landreform revolutionäre Bewegungen zu verhindern, ist fraglich.

Das Scheitern der Agrarreform erklärt sich aus den innerkolumbianischen gesellschaftlichen Widersprüchen. Die Landoligarchie sah im Gegensatz zur industrieorientierten Kapital fraktion ihre Interessen durch eine Landreform entscheidend bedroht und widersetzte sich – bis heute erfolgreich – allen umfassenden Reformbemühungen. Auch die „frente nacional", in der sich die beiden kolumbianischen Kapitalfraktionen mit ihren politischen Organisationen, der liberalen und der konservativen Partei, zusammengeschlossen hatten, konnte die Widersprüche nicht aufheben. Die Landreform wurde blockiert.

Gerade das Scheitern der Landreform aber macht den bäuerlichen Massen zunehmend deutlich, daß von keiner der beiden politischen Parteien die Lösung ihrer Interessen zu erwarten ist. Die Bauerngewerkschaft ANUC etwa, die ursprünglich von den Liberalen als Propagandainstrument zur Durchführung der Landreform gegründet worden war, entwickelte sich zunehmend zu einem echten Instrument der Interessenvertretung der Bauern. Trotz wachsender staatlicher Repression gegen diese Gewerkschaft steigt ihr Einfluß bei der Bauernschaft. Beim 3. nationalen Kongress der ANUC in Bogota Ende August 74 demonstrierten über 10 000 Bauern aus allen Teilen des Landes eindrucksvoll die Stärke ihrer Bewegung.

Resolution der Campesinos

MITTEILUNG

Die Vereinigung der Usuarios Campesinos aus der Gemeinde Urrao erklärt vor der gesamten Bauernschaft Kolumbiens, dem übrigen Volk und der öffentlichen Meinung im allgemeinen:

1. daß zur Wiedererlangung des Boden seit Januar 1974 mehr als 100 Bauern Mais- und Bohnenfelder angelegt hatten;
2. daß seit diesem Zeitpunkt das Land als das Eigentum des Großgrundbesitzers Juan del Corral Villa angesehen wird, obwohl es bis zu Beginn der Bearbeitung unter der Verwaltung des Incora (Institut der Agrarreform) stand;
3. daß alle Arbeiten wie Pflügen Anpflanzen und Säen von den Bauern geleistet wurden und sie auch selbst das Saatgut brachten. Das macht uns zu den rechtmäßigen Besitzern der Ernte;
4. daß in der Annahme, daß der Großgrundbesitzer sich voraussichtlich die Ernte aneignen würde und sich in der Zukunft Probleme ergeben würden (was auch tatsächlich eintrat), der landwirtschaftliche Prokurator, der Direktor und der Rechtsanwalt von INCORA sowie der Bürgermeister rechtzeitig unterrichtet wurden;
5. daß am 12. August 1974 mehr als 100 Bauern begannen, als rechtmäßige Besitzer ihre eigne Ernte einzuholen;
6. daß festgestellt worden war, daß sich der Großgrundbesitzer del Corral Villa einige Tage zuvor die Bohnenernte frech und unrechtmäßig angeeignet hatte;
7. daß an diesem selben 12. August als Repressionsmaßnahmen gegen die Bauern Bauernhütten dem Erdboden gleichgemacht wurden und der geerntete Mais beschlagnahmt wurde;

der Mais wurde von den Behörden gelagert, aber am folgenden Tage ohne Einverständnis der Bauern und ohne die geringsten Verhandlungen mit ihnen dem Großgrundbesitzer Del Corral Villa übergeben.

8. daß der gerechte Protest und die folgerichtigen Schadenersatzforderungen der Bauern eine Welle der Repression und Verfolgung der Bauern auslösten. Und so wurden am Donnerstag den 16. August in willkürlicher Weise die Genossen Rodrigo Sepulveda, Libardo Aguirre, Alfredo Rodriguez und Gracian Uranverhaftet.
9. daß auf Grund all dieser Tatsachen die Vereinigung der Usuarios Campesinos von Urrao

b e s c h l i e s s t

A) energisch zu protestieren und die willkürliche und ungesetzliche Handlungsweise der beteiligten staatlichen Behörden aufs Schärfste zurückzuweisen.

B) die Politik der augenblicklichen Regierung anzuklagen und die Art und Weise, in der sie versucht, die Probleme der Bauernschaft zu lösen, indem sie mit Repressionen antwortet und den Bauern die Furcht ihrer Arbeit raubt und keine Lösung für die Probleme der Tausende von Bauern ohne Land, denen es an den elementarsten Dingen mangelt, anbietet.

C) energisch die provokatorische und herausfordernde Haltung des Großgrundbesitzers Juan del Corral Villa zu verurteilen, der, weil er Senator ist, versucht, mit dem Einverständnis und dem Wohlwollen der Behörden sein eignes Gesetz aufzurichten.

D) die sofortige und bedingungslose Freilassung der festgehaltenen Genossen zu fordern.

E) die gesamte Bauernschaft und das übrige Volk Kolumbiens aufzufordern, massiv am 3. nationalen Kongress der Bauern teilzunehmen und unseren gerechten Kampf fortzuführen.

Vereinigung der Usuarios Campesinos von Urrao

Vorwärts für die Einheit des dritten Kongresses !

Viva, das Land für den, der es bearbeitet !

Peru: Die Campesinos organisieren die Landreform selbst

CAUSACHUN CAMPESINO*

Einleitung:

Der Militärputsch vom 3.10.1968 in Perú hat zweifellos einen Schlußstrich unter eine Periode politischer und wirtschaftlicher Kriesen gesetzt, in die das „demokratisch-repräsentative" System unter Belaúnde Terry geraten war. Die Militärjunta unter Velasco Alvarado schlug einen Weg ein, der neu war für das Land und von vielen im In- und Ausland teils skeptisch, teils wohlwollend beobachtet wurde. Mit spektakulären Aktionen, Gesetzen und Verordnungen versuchte man dem Ziel näherzukommen, das der Präsident wenige Tage nach dem Staatsstreich wie folgt umriss: „Unsere Revolution findet ihren Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Sie entwickelt sich als eigenständiger Prozeß, welcher auf eine soziale Demokratie der Teilnahme aller zielt und auf einer pluralistischen Wirtschaftsordnung mit vergesellschafteten Produktionsmitteln basiert". [1]
Das Militär nannte sich selbst „anti-imperialistisch" und „anti-oligarchisch". [2] Daß die neuere Entwicklung in diesem Land in vielen Bereich nicht mehr diesen Kategorien folgt, soll im folgenden aufgezeigt werden. [3]
Ohne alle jene Bereiche im einzelnen aufzählen und herleiten zu wollen, in denen sich in den letzten Jahren Tendenzen festmachen ließen, die man gemeinhin nicht mit „anti-oligarchisch" und „anti-imperialistisch" bezeichnet, soll hier auf die Landwirtschaft, d.h. auf die Besitzverhältnisse auf dem Lande eingegangen und gezeigt werden, wie der Staat sich den Emanzipationsbestrebungen und den Forderungen der Campesinos (Bauern) gegenüber verhält.

Agrarreform:

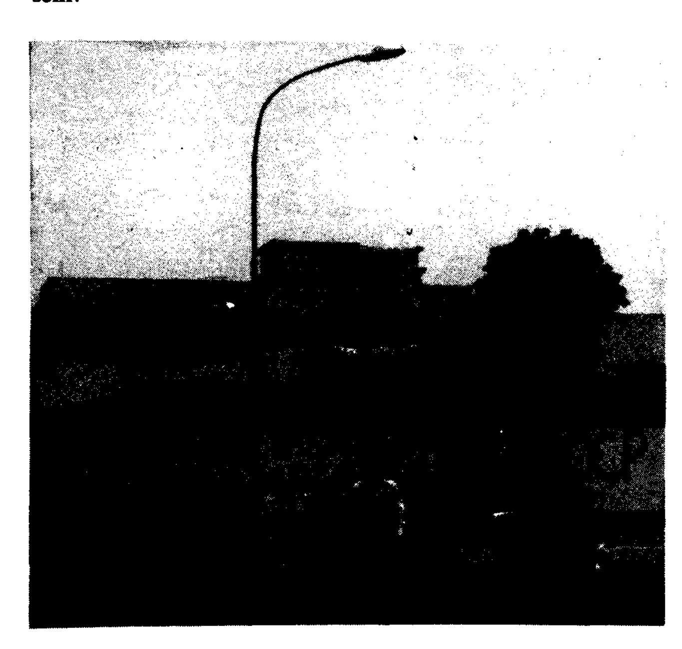
Die Agrarreform von 1969 ist (außer der kubanischen) bisher die „radikalste" im ganzen südamerikanischen Kontinent. Sie hatte bzw. hat zum Ziel, die bis '68 herrschende Oligarchie ökonomisch und politisch zu entmachten. Auf dem Lande sollen Genossenschaften das enteignete Land bebauen und Kooperativen gegründet werden, die eine breite Beteiligung der Campesinos, Arbeiter und Techniker in der Leitung, Verwaltung und Kontrolle vorsehen. Der gesamte Enteignungs- und Umwandlungsprozeß soll 1978 (ursprünglich schon 1975) abgeschlossen sein. So wurden dann auch die großen agro-industriellen Latifundien, die hauptsächlich Zuckerrohr für den Export anbauen und verarbeiten (Zucker, Fasern, Schnaps), sowie die Teeplantagen an der Nordküste und in der südlichen Sierra (Bergland von Perú) den fest angestellten Arbeitern dieser Betriebe als landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zugesprochen. Ein großer Teil der Arbeiter gerade dieser Betriebe wurde jedoch nicht mit in die Genossenschaft übernommen, weil die Unternehmer und Techniker sie als „Gelegenheitsarbeiter" definiert hatten (sie sind nur 10 Monate im Jahr beschäftigt und damit von den entsprechenden sozialen Vergünstigungen ausgenommen). [4]
Nicht minder problematisch ist die Lage der Campesinos und Yanaconas (besitzlose Gelegenheitsarbeiter) in der übrigen Sierra. Die Agrarreform begünstigt die fest angestellten Arbeiter der Ex-Haciendas und die am nächsten gelegenen Bauern-Gemeinden. Die Mehrzahl der Campesinogemeinden bleiben jedoch das Rekrutierungsfeld für die jederzeit von der neuen Genossenschaften kündbaren Gelegenheitsarbeiter. Die Agrarreform bildet letzten Endes eine Art konzentrierte Neuverteilung des Großgrundbesitzes an eine exklusive, begünstigte Minderheit von Campesinos. Die sich daraus ergebenden Konflikte sind bereits im Gange, und die Forderungen nach Land und Teilhabe an den Vergünstigungen werden immer nachdrücklicher.



Die Intentionen des Staates bei der Enteignung und geschlossenen Übergabe an eine relativ kleine Zahl von Familien war die, das Land in der Form zu belassen, die eine leichtere Mechanisierung und Rationalisierung des Produktionsablaufs ermöglicht. Dadurch sollte der gesamte landwirtschaftliche Sektor aus seiner noch weit verbreiteten Subsistenzform in eine mehr produktive Form gebracht werden, die letztendlich auch das entscheidende Kapital für die Industrialisierung des Landes aufbringen soll. Wenn daran jedoch nur 24% der Bauernfamilien beteiligt werden, die dann am Ende des Reformprozesses über 73% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche (LNF)

* Cuasachun Campesino – „Es lebe der Campesino", Quetschua-Wort, Schlachtruf bei den Landbesetzungen

verfügen, dann stellt sich die Frage, welche Funktion der Staat den verbleibenden 76% der Campesinofamilien (absolut liegt die Zahl bei etwas mehr als 1,1 Mill. Familien), die nur etwa 27% der LNF besitzen, zugedenkt? [5]
Unzweifelhaft wird sicher sein, daß es dann zu schweren Rissen in der Bauernschaft des Landes kommen wird – eine Perspektive, die die verantwortlichen Stellen sicher vorhersehen können. Unternehmen sie nichts dagegen, und alles deutet daraufhin, so scheinen sie an einer Spaltung der Bauernschaft ein Interesse zu haben, wie es auch die alte Oligarchie hatte.
Diese Probleme werden in dem Maße zunehmen, wie die wirkliche Umwandlung der Haciendas in Genossenschaften voranschreitet. Doch auch damit nehmen sich die Militärs viel Zeit. Von den damals euphorisch verkündeten Terminplänen hört man heute nicht mehr viel: frühestens 1978 soll nun der Umwandlungsprozeß abgeschlossen sein.



Mit der Enteignung der Haciendas sind alle Campesinos einverstanden – und sie erhoffen sich alle eine Verbesserung ihrer Lage, da sie nicht wissen, was das Agrarreformgesetz im einzelnen für Winkel- und Schachzüge enthält. Deshalb haben sie anfangs nach Verkündung des Gesetzes abgewartet, daß die Hacienda, auf der sie leben, enteignet wird. Als dies eben nur auf den größeren und „rentableren" und nur selten bei den mittleren und kleinen geschah, gingen die Campesinos unter Führung ihrer Organisation, der Confederación Campesina del Perú (CCP), dazu über, die Agrarreform in ihrem Gebiet selber durchzuführen und besetzten das Land, das ihnen eigentlich seit Urzeiten sowieso gehört. Sie nennen dies „Tomas de Tierras".
Über die wichtigsten und umfangreichsten Landbesetzungen des letzten Jahres soll nun im weiteren berichtet werden. Dabei soll auf die spezifische Situation in der entsprechenden Provinz, auf die Mobilisierung der Campesinos, auf Planung und Vorbereitung der Landbesetzungen und ihr Durchführung eingegangen werden. Die Reaktionen und das Verhalten der Staatsorgane sowie die Ergebnisse und Folgen dieser Aktionen sollen ebenfalls kurz beleuchtet werden.

Situation in einer Provinz von Peru: Andahuaylas

Von den 130 000 Einwohnern der Provinz Andahuaylas im Departamento Apurimac im sündlichen zentralen Andenhochland leben 90% auf dem Lande in kleinen Dörfern und sogar noch mehr zerstreut als Gruppen von einigen Familien außerhalb dieser Dörfer auf den Feldern. Es gibt nur wenige und schlechte Straßen und nur in der Provinzhauptstadt elekt. Licht, Wasser, Post und Telefon. Die Sprache, die hier wie häufig im peruan. Hochland gesprochen wird, ist das Quetschua. Für eine Arbeit in der Stadt sind jedoch Spanischkenntnisse Voraussetzung.
Die Provinz hat eine Fläche von 5536 km^2 und ist damit etwa doppelt so groß wie das Saarland. Die Einwohnerdichte liegt mit 23 Bewohner pro km^2 um mehr als 100% über dem entsprechenden Durchschnittswert des gesamten Landes (11 Einw./km^2). 1968 haben 84% aller Pächter, Landarbeiter und kleinen Landeigner (als Produktionseinheit kann man hier die Familie mit einem Besitz von bis zu 10 ha Land ansehen) über nur 5,8% der LNF verfügt. 30 Familien besaßen 80% des fruchtbaren Bodens. [6] [7]
Die noch bestehenden Besitzverhältnisse haben das Abhängigkeitsverhältnis und die Lebensweise der Campesinos nicht verändert. Sie werden unmenschlich behandelt und ausgebeutet, wannimmer und woimmer das der Großgrundbesitzer verlangt. Ein Beispiel, das schon längere Zeit zurückliegen mag: es kam vor, daß ein Campesino, der wegen der für ihn nicht länger auszuhaltenden unmenschlichen Behandlung weggelaufen war, auf Befehl des Gamonals (ein mit den Verwaltungsorganen der Region unter einer Decke stekender Großgrundbesitzer) eingefangen und nackt gekreuzigt wurde. Beliebt unter den Großgrundbesitzern war auch, entlaufene Campesinos mit dem Lasso einfangen und schwer bestrafen zu lassen. [8] Doch die Hacendados sind nicht „irgendwelche hergelaufene schlechte Leute", im Gegenteil: sie waren schon immer angesehen und aufs engste mit den Geschicken des Landes und der Nation verbunden, wie z.B. die Schwester des Ex-Ministers A. Trelles (aus der Belaúnde-Zeit) oder die Schwester des gegenwärtigen Direktors der Agrarreformbehörde, Carmen Samanéz, die die Besitzerin der Hacienda „Laguna" ist. Gleiches kann man von dem Schwager des derzeitigen Innenministers Richter sagen, der große Ländereien besitzt und gleichzeitig als Subpräfekt die höchste politische Autorität der Provinz darstellt. Genannt seien auch noch der Kripo-Chef von Andahuaylas, ein hoher Agraringenieur des Landwirtschaftsministeriums und der Ermittlungsrichter der Provinz – alles „hohe und angesehene" Personen, die keinerlei Probleme darin sehen, einerseits Großgrundbesitzer zu sein und andererseits als ausführende oder überwachende Organe des Staates die Agrarreform und andere Maßnahmen „vorantreiben" zu müssen. [9]
Nicht zuletzt sind es auch noch die vielen reaktionären Priester der genannten Zone, die die Dienstbarkeit der Campesinos ausgenützt und große Ländereien in den Besitz der „Kirche" gebracht haben. Daß sie gute und intensive Beziehungen mit den Großgrundbesitzern und politischen Autoritäten aufrechterhalten, braucht nicht extra erwähnt zu werden.
Campesinos der Provinz Andahuaylas haben in früheren Zeiten Auflehnungsversuche unternommen, die, da sie punktuell, spontan, isoliert und unorganisiert waren, kei-

ne Aussicht auf längerfristige Erfolge hatten. Die vermutliche letzte größere Landbesetzung liegt 12 Jahre zurück. Zu jener Zeit ließ man die Campesinos anfangs auf der von ihnen besetzten Hacienda San Pedro in Ruhe – später rückte die Polizei an, die rücksichtslos auf die zurückweichenden Bauern schoß und dabei 16 tötete und 32 verletzte.

Mobilisierung der Campesinos

Als die jetzige Regierung an die Macht kam, erklärte sie, daß sie die Campesinos in Organisationen zusammenfassen wolle, die zu dem Zweck gegründet werden sollten, die enteigneten Haciendas zu übernehmen. So versuchte man 1972 von oben her in der Provinz Andahuaylas vier Campesino-Organisationen zu gründen, wobei die skeptischen Campesinos bald merkten, daß sie von den Funktionären und SINAMOS-Vertretern [1p] hingehalten und mit leeren Versprechungen abgespeist wurden. Außerdem kann man in keinem dieser Fälle von einer authentischen Campesino-Organisation sprechen, da nicht sie es waren, die sich zu den (staatlicherseits erwünschten) Zusammenschlüssen bereitfanden. Später werden diese „Organisationen" eine gewisse Rolle spielen, dann nämlich, wenn der Staat sie als scheinbar autonomes, aber eben doch gelenktes Sprachrohr verwendet, um die Campesinos zu teilen, um die Repression zu legitimieren und um sich überhaupt die Richtigkeit der Agrarreform bestätigen zu lassen. Eine Taktik, die er nicht nur hier, sondern auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen anwendet.
Vor allem in der Frage der „Deuda Agraria" (Agrarschuld) zeigte sich der wahre Charakter der Agrarreform, zeigte sich auch, was die Campesinos zu tun hatten: sich von der Basis aus zusammenzuschließen, um so gemeinsam eine Veränderung der Gesetze und ihre Umsetzung in die Wirklichkeit zu erreichen. Ihre Forderung war und ist: Abschaffung der Agrarschuld, durch die der Staat sich den Löwenanteil der Erträge in Form von Steuern und Abzahlungsbeiträgen für das den Campesinos überlassene Land sichert. Er braucht dieses Geld, um seinen veränderten und enorm vergrößerten Beamten- und Kontrollapparat zu erhalten. SINAMOS ist sehr teuer.
Die im Laufe des Jahres '71 gegründeten unabhängigen Campesinoorganisationen schlossen sich 1973 zur FEPCA (Federación Provincial de Campesinos de Andahuaylas) zusammen. Gemeinsam mit anderen regionalen und zonalen Campesinorganisationen bildet sie die CCP, die nationale Bauernkonföderation, in der der Staat und alle seine Helfershelfer nichts zu sagen haben.
Auf dem IV. Nationalkongreß der CCP im Mai '74 wurden wichtige Beschlüsse zur Strategie und Taktik der weiteren Auseinandersetzung zwischen den Campesinos und Arbeitern einerseits, und den Haciendados sowie dem Staat, vertreten durch SINAMOS, die Agrarreformbehörden, die Kräfte des Innenministeriums, der Polizei und der Militärs andererseits getroffen. Da die FEPCA nach diesen Beschlüssen handelt, ist es sicher wichtig, sie kurz aufzuführen:

- *alle Campesinos wurden zur Mitarbeit an den Aktionen der CCP aufgerufen, auch jene, die durch falsche Versprechungen der staatlichen Campesinoorganisation CNA (Confederación Nacional Agraria) beigetreten waren.*
- *die CCP spricht sich für die Landbesetzungen der Großgrundbesitze aus, um*
  - *a) die Gamonales zu vertreiben*
  - *b) die Knechtschaft abzuschaffen*
  - *c) ein besseres Leben für die Campesinos zu ermöglichen*
  - *d) die eigene Organisation durch diese Kämpfe zu stärken*
- *gegen die Agrarschuld*
- *für die Erhöhung der Löhne für alle landwirtschaftlichen Arbeiter*
- *für Erleichterungen zugunsten der Kleinbauern und Gelegenheitsarbeiter*
- *für eine unabhängige und authentische Campesinoorganisation und das Recht auf Syndikalisierung*
- *für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte.*

Wie stark die FEPCA schon kurz nach ihrer Gründung war, zeigt sich daran, daß sie drei Monate später einen „eigenen" Maifeiertag begehen konnte, bei dem sich 30 000 Personen in der Provinzhauptstadt versammelt hatten und mit Spruchbändern und Rufen ihre Forderungen und ihr Recht auf eine eigene, unabhängige Campesinoorganisationen geltend machten.



Planung und Vorbereitung der Landbesetzungen

Gleich nach dem IV. Nationalkongreß begannen die Vorbereitungen und Planungen für die angestrebten Landbesetzungen. In politischen Schulungen wurde die Notwendigkeit und Richtigkeit von Landbesetzungen und wie man sie im einzelnen durchführt, vermittelt. Auf der Ebene der bewußtesten Campesinos in Verbindung mit Genossen der Vanguardia Revolucionaria, fortschritt-

lichen Studenten, Lehrern und Priestern wurden die einzelnen Schritte, die zu unternehmen waren, in geheimen Sitzungen besprochen. Auch der Zeitplan drang erst nach außen, als es losging. So gab man dem Staat keinerlei Möglichkeiten, sich auf die bevorstehenden Landbesetzungen vorzubereiten. Von besonderer Wichtigkeit erwies sich bei früheren „Tomas de Tierras" gerade die Phase nach den Besetzungen, nämlich dann, wenn der Staat seine Kräfte gesammelt hat und gegen die Besetzer wendet, die ja über nahezu keine Waffen zur Verteidigung ihrer besetzten Ländereien verfügen. Die entscheidende Waffe der Campesinos ist in diesem Moment nur ihre Organisation. Sie hat dafür zu sorgen, daß

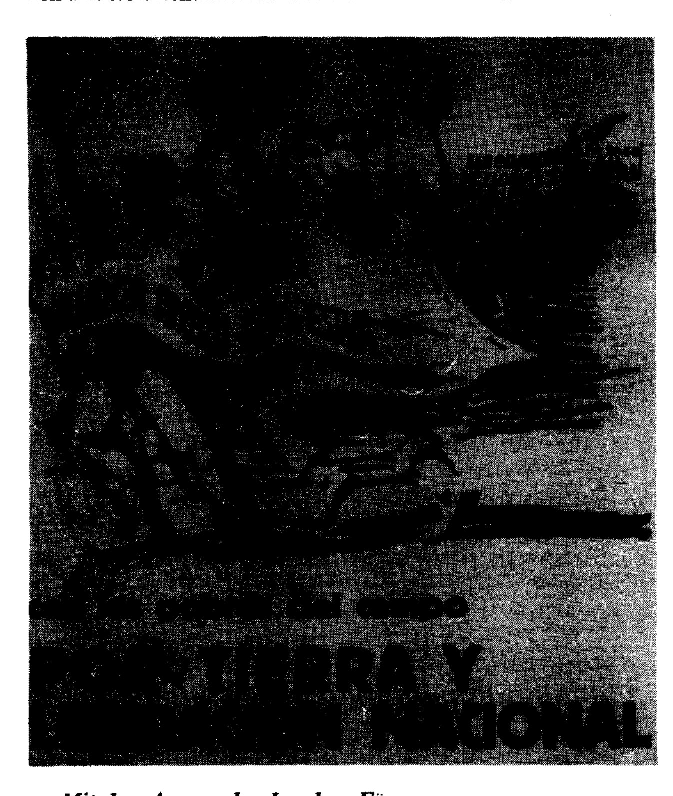
- *die Besetzungen möglichst gleichzeitig oder kurz aufeinander in einer Großzahl von Hacienden erfolgen*
- *die Besetzungen von dem ganzen, in der Umgebung wohnenden Volk, vorgenommen werden*
- *die Campesinos mit ihren Familien für einige Zeit auf das Gelände der Hacienda ziehen und schon mit der Bearbeitung des Landes beginnen bzw. weitermachen*
- *Leute für die direkte Verteidigung, für die Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen den einzelnen besetzten Gütern und für die Beobachtung aller Vorkommnisse an der Grenze ihres besetzten Landes sowie in der Stadt zur Verfügung stehen, und*
- *nicht zuletzt durch die nationale Organisation zur Solidarität mit den Landbesetztern aufgerufen wird.*

Entsprechend diesen Grundsätzen und Erfahrungen wollte man vorgehen.

Durchführung der konkreten Aktionen

Am 15.7.74 wurden gleichzeitig die ersten 17 Haciendas besetzt. Mittelpunkt der Aktionen war die größte unter ihnen, Toxama. Beginn war um 3 Uhr morgens. Sofort waren die strategischen Positionen eingenommen und die Straßen blockiert, wurden Wachen und Beobachter aufgestellt. Dem staatl. Verwalter der Hacienda wurden die Schlüssel abgenommen (sie war schon seit längerem von Staat übernommen, aber noch immer nicht den Bauern übergeben worden........der Verwalter hatte sich an das Leben als Hacendado gewöhnt). Als später ein Trupp von Zivilpolizisten dumme Fragen stellte, wurde er bestimmt, aber ohne Gewaltanwendung abgewiesen. Ähnlich ging es auch bei den anderen Haciendas zu – Kuriere hielten die Verbindung untereinander aufrecht. Hier die Schilderung einer konkreten Landbesetzung (gekürzter Bericht eines beteiligten Campesinos):

„Ich werde euch erzählen, wie wir den Gamonal Manuel Escarena der Hacienda Pariabamba (Cocharcas) vertrieben haben. – Am 15.7. gingen wir wie gewohnt zum Haciendahaus und ließen uns nichts anmerken. Der Gamonal war grad im Bad und ging kurze Zeit später wieder hinaus, sein Gewehr auf dem Rücken. Seit einigen Jahren hat er so viel Angst vor seinen Knechten, daß er immer mit seinem Gewehr herumläuft. Wir erklärten ihm, daß wir einen Kanal reparieren wollten und er freute sich sehr darüber. Als wir wie üblich einen Stall zum Übernachten angewiesen bekommen hatten, protestierten wir, wir wären keine Tiere. Wir schlossen einen dichten Kreis um den Gamonal und schrien immer lauter. Dann nahmen wir dem Gamonal das Gewehr weg, und erklärten ihm, daß die Hacienda besetzt sei. Wir erklärten ihm, daß das wegen der jahrelangen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Schlägen ist, die er uns gegeben hat, obwohl diese Erde vorher unseren Vorfahren gehörte und die ihnen von den ersten Gamonales weggenommen wurde. Vor dieser unserer Haltung wußte der Gamonal nicht mehr, was er machen sollte, er fing an zu zittern und zu schwitzen. Wir klagten alle Ungerechtigkeiten an, die er an uns begangen hatte. Wir sagten ihm ins Gesicht, wie er von Campesinos, die von wildwachsenden Kakteen die Früchte genommen hatten und die von ihm erwischt worden waren, mindestens drei Tage unbezahlte Arbeit gefordert hatte; wir erinnerten ihn daran, daß er mit dem Gewehr, das wir ihm weggenommen hatten, seine Köchin so geschlagen hatte, daß der Kolben zerbrach. Der Gamonal fragte einen seinen Pächter: „auch du bist gegen mich, Compadre? " (Anmerk. „compadre" ist eine Art Wahlverwandtschaft, die viele gegenseitige Verpflichtungen und Zusammenhalten mit sich bringt). Und dieser compadre erklärte ihm: „Du hast mich bloß aus Eigennutz zum Compadre gemacht, um mich besser ausbeuten zu können. Ab jetzt bin ich nicht mehr dein Compadre", und so verloren bald alle campesinos ihre Angst vor dem Gamonal. Wir ließen ihm dann 15 Minuten Zeit, um von der Hacienda zu verschwinden. Aber er mimte den Kranken, erzählte, daß er Herzattacken hätte und seine Medizin nehmen müsse, dann wollte er, daß man ihm das Frühstück bringen möge, das wollte er aber nicht essen; dann wollte er Wasser haben und wir sagten spöttisch: „Bringt Wasser, er hat Durst" und ein unserer Kameraden brachte Wasser in einem großen Eimer, woraus die Tiere trinken, doch daraus wollte er nicht trinken. Inzwischen hatten einige das älteste Pferd gesattelt und mit vereinten Kräften hoben wir den Gamonal auf dieses Roß. Aber er tat, als würde er sich erbrechen müssen, eine Jammergestalt und wollte nicht weiterreiten. Dann verloren wir die Geduld und stellten ihm ein Ultimatum: wenn er nicht jetzt sofort verschwinden würde, dann würden wir ihn in Unterhosen aufs Pferd binden und losschicken. Da merkte er, daß alle seine Tricks



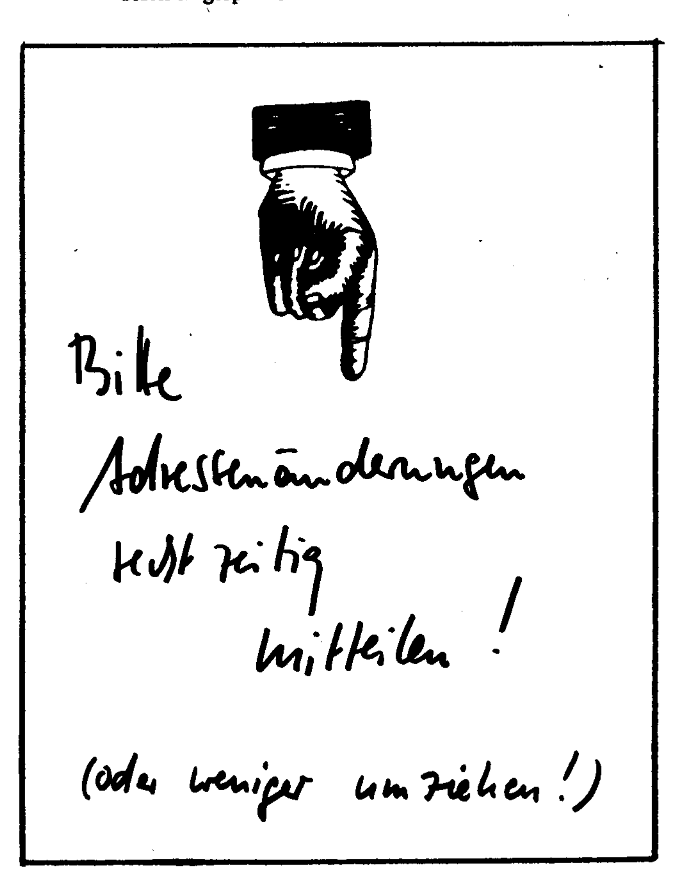
Mit den Armen des Landes: Für Boden und nationale Befreiung

nichts nützten und ließ dem Pferd die Wahl, wohin es gehen möchte. Wir riefen hinter ihm her: „Hau ab, Gamonal! Hau ab, Dieb! Die Erde ist wieder unsere"! Die Campesinos riefen aus: „Carccunchijchu manachu gamonalta" – Haben wir den Gamonal rausgeworfen, oder nicht? – Und alle antworteten: „Carccunchijmi" – ja, wir haben ihn rausgeworfen. Der Schlachtruf der Campesinos wurde ausgerufen: „CAUSACHUN CAMPESINO" – es lebe der Campesino – und wir riefen, was unsere Herzen und Lungen hergaben: „CAUSACHUN HUINAYPAC!" – er lebe ewig. Und mit dieser großen Freude im Herzen sind wir zum Haciendahaus zurückgekehrt, wo jedermann seine Aufgaben übernahm; da waren einige eingeteilt, als Beobachter, und andere, die zu strategisch wichtigen Zonen geschickt wurden, damit niemand sich unangemeldet der Hacienda nähern konnte". [11]



Die vertriebenen Hacendados, die die Welt nicht mehr verstanden und z.T. davon überzeugt waren, daß der böse Geist in die Campesinos gefahren sei, lanzierten die wüstesten Attacken aus ihren Häusern in der Stadt gegen die Campesinos und benutzten dazu alle ihnen bekannten und bewährten Mittel. Für die Campesinos hatte die erste Etappe im Kampf um eine Gesellschaftsform begonnen, in der nicht viele das Holz holen müssen, an dem sich nur einer wärmt.
Nun mußte die gemeinsame Produktion organisiert werden, durch die allen sie wirkliche Besitzer ihrer besetzten Ländereien werden konnten.
Die folgende Chronologie der Ereignisse von Andahuaylas dient dazu, einzelne wichtige Aspekte besser einordnen und einschätzen zu können:

15.7.74: Besetzung von 17 Haciendas durch die FEPCA
18.7.74: Besetzung von 7 weiteren Haciendas durch die FEPCA
4.8.74: Vertrag von TOXAMA zwischen Regierungsvertretern und der FEPCA wird unterzeichnet (näheres siehe unten)
8.8.74: Vertrag von HUANCAHUACHO (andere besetzte Hacienda) wird von beiden Seiten unterzeichnet
10-12.8: Besetzung weiterer 8 Haciendas durch 1500 Campesinos
20-21.8: " " 10 " " 1000 "
27-30.8: " " 16 " " 2000 "
" In dieser Zeit wird schnell eine offizielle Agrarliga in Andahuaylas gegründet; 18 campesinos der FEPCA, die daran teilnehmen und über die Ziele der FEPCA informieren wollten, wurden festgenommen
" Von SINAMOS und SERP (regierungstreue Lehrergewerkschaft) animierte unorganisierte Campesinos besetzen auch das Land von kleinen und mittleren Bauern, um so scharfe Proteste und Repressionen gegen die FEPCA zu provozieren.
1.9.74: „Verteidigungskomitee Andahuaylas" gegründet. Mitglieder sind: Großgrundbesitzer, Großhändler und als Berater fungieren Beamte des Innenministeriums und von SINAMOS
2.9.74: Auf der Hacienda PINCOS (Besitzer: Hans Joachim Duda Hoffmann und P. Trelles) wird durch die bewaffneten Angestellten der Campesino Humberte Vargas bei der Besetzung erschossen.
Besetzung von 7 weiteren Haciendas durch die FEPCA
11.9.74: FEPCA setzt Komitee ein, daß die Besetzung von kleinen und mittleren Ländereien klärt und bis zum 14.9. alle irrtümlich oder von SINAMOS initiierten Besetzungen rückgängig macht.
16.9.74: Bildung einer Kommission durch Innenministerium u. SINAMOS, die „Lösungen zum Fall Andahuaylas" (sprich Repression) ausarbeiten soll.
19.9.74: 25 Campesino-Führer werden verhaftet
Radio Andahuaylas wird von SINAMOS enteignet
1.10.74: Delegiertenversammlung beschließt Streik für den 7./8.10. um die Freilassung der eingesperrten Campesinos zu erreichen
7-8.10: Der Streik wird durch Blockade der Zufahrtswege zu den Städten durchgeführt. Bei der Räumung der Blockaden erschießt die Polizei 8 Campesinos.
" Der Generalsekr. der CCP, A. Lunas Vargas, die kontraktierte Rechtsanwältin L. Caller und deren Sekretärin werden in Andahuaylas festgenommen und nach Lima gebracht
9.10.74: Militärposten durchziehen die ganze Zone; der Vertrag von TOXAMA wird endgültig gebrochen
21-10: RÄ Caller und Sekretärin werden nach starken Druck durch die Öffentlichkeit aus der Haft entlassen; die anderen eingesperrten bleiben in Haft.



Okt.u. Nov.: Landbesetzungen breiten sich bis in die Nachbarregionen aus; es gibt spontane Besetzungen in Cajamarca und Piura; Verhaftungen folgen; die CCP wendet sich an die Weltöffentlichkeit, um zur Solidarität aufzurufen.

Dez.: Um Weihnachten werden 370 polit. Gefangene freigelassen (zumeist solche von den Miraflores-Unruhen wegen der Presseenteignungen) – kein Campesino von Andahuaylas wurde frei!

18.1.75: der starke Druck von außen (amnesty international wurde eingeschaltet) bewirkt die Freilassung der bekanntesten Campesinoführer; weitere, von denen mindestens 13 bekannt sind, sitzen noch heute im Knast, die Mehrheit ohne Urteil (8.4.75)



Bis zum 1.10.74 waren 72 Haciendas mit insges. über 60 000 ha besetzt, was 90% des vorhandenen Großgrundbesitzes der Provinz ausmachen. Aktiv beteiligt waren auf jeden Fall mehr als 30 000 Campesinos.[11]
Von großer Wichtigkeit sind die Verträge, die die Campesinos und ihre Organisation mit der Regierung bzw. den entsprechenden Vertretern eingegangen sind. Wichtig deswegen, weil sie einerseits in diesem konkreten Fall die Legitimierung der Besetzungen durch die staatlichen Organe bewirkt hatten und andererseits, weil durch sie die Unfähigkeit der staatl. Funktionäre, die die Agrarreform wirksam umsetzen sollen, dokumentiert wurde; gleichzeitig zeigten sie, daß die Bauern fähig waren, ihre eigenen Forderungen wirksam durchzusetzen.
Während der Verhandlungen zu dem Vertrag von TOXAMA vom 4.8.74 waren neben einer Reihe von Vertretern des Innenministeriums, von SINAMOS, der PIP (polit. Polizei), der Guardia Civil („normale" Polizei), der Agrarreformbehörden und der Presse auf der einen Seite und neben den örtlichen, regionalen und nationalen Campesinovertretern auf der anderen Seite auch eine Vielzahl von Campesinos anwesend, die den mehr als sechsstündigen Verhandlungen beiwohnten und ihre Meinungen zum Verlauf der Auseinandersetzungen abgaben. Bis zum Schluß wurde jede Verhandlungssentenz ins Quetschua übersetzt – ein weiteres Zeichen ihrer Stärke. Durch ihre Präsenz wurden die Einschüchterungs- und Anbiederungsversuche der anderen Seite unwirksam.
Als Ergebnis der Verhandlungen unterschrieben die Beauftragten der FEPCA und die Regierungsvertreter die ACTA (Protokoll, Vertrag) von TOXAMA: (hier die wesentl. Auszüge)

- *die Regierung erkennt diese Versammlung und die direkten Verhandlungen zwischen den Campesinos und den Vertretern des Innenministeriums, von SINAMOS und der Agrarreformbehörde als rechtens an.*
- *der Kampf der Campesinos richtet sich gegen die Gamonales, den Großgrundbesitz und den Imperialismus – sie werden es nie zulassen, daß diese Herren wieder zurückkehren*
- *die Regierung bekräftigt durch ihre Unterschrift ausdrücklich, daß sie keine Repression gegen die Campesinos und ihre Führung ausüben wird*
- *die Regierung erkennt die Rechtlichkeit der geschaffenen Situation an*
- *es sollen Erleichterungen für die Produktion auf den besetzten Haciendas geschaffen werden, zum Nutzen der Campesinos und der gesamten Bevölkerung*
- *es sind an den Interessen der Campesinos ausgerichtete, adäquate Maßnahmen der Unterstützung, der Hilfe und der Zusammenarbeit durch bzw. mit dem Staat einzurichten*
- *die Campesinos forderten, die im Agrarreformgesetz vorgesehenen Möglichkeiten auszunutzen: 2 Jahre Abzahlungsfreiheit während des Prozesses der Landübernahme und danach weitere 5 Jahre abzahlungsfrei.*

Folgende protokollarische Ergänzungen wurden noch mit aufgenommen:

- *die Campesinos fordern, daß die Gamonales wegen der ungesetzlichen Entnahme von Produktionsmitteln vom Gelände der Hacienda (Maschinen, Anlagen, Vieh) vor Gericht gestellt und wegen Sabotage an der Agrarreform verurteilt werden sollen*
- *ein SINAMOS-Vertreter bittet die Campesinos, „wieder in gutes Einvernehmen mit den staatl. Stellen zu kommen"*[13]

Draußen, auf dem Gelände vor dem Gutshaus von Toxama standen mehr als 1500 Campesinos aus allen Teilen des Districts und riefen immer wieder: CAUSACHUM CAMPESINO!
Dieser wichtige Erfolg der unabhängigen Campesinoorganisation wiederholte sich in den folgenden Tagen, als auf den anderen besetzten Haciendas ähnliche Verträge von den staatl. Vertretern unterzeichnet werden mußten.

Vertragsbruch – Verleumdung – Repression: die Reaktion des Staates auf den Sieg der Campesinos

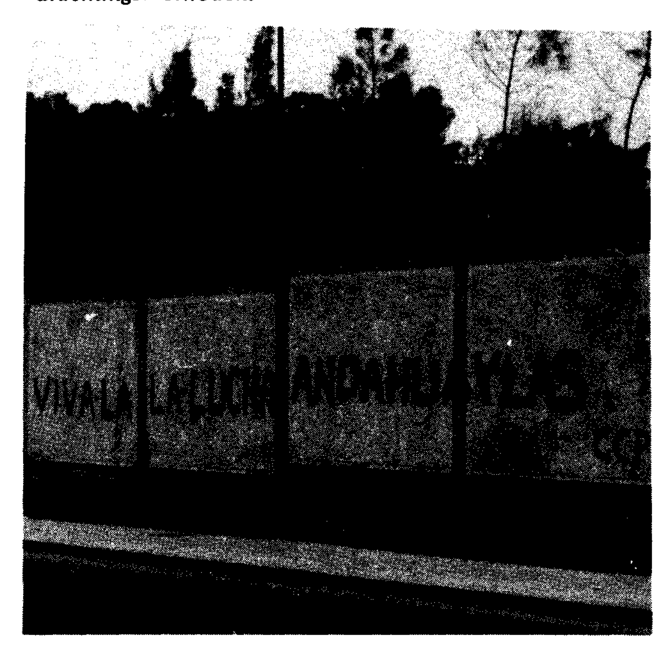
Für die CCP und die FEPCA war der Vertragsbruch

durch SINAMOS und das Innenministerium keine große Überraschung, daran hatten sie sich im Lauf der Jahre gewöhnen müssen. Deswegen verließen sich die Campesinas auch nicht allein auf diese Abmachungen, obwohl sie sich voll zu ihnen bekannten und immer wieder auf ihre Einhaltung hinwiesen. Sie organisierten schnell und umfassend die erklärte Besetzung aller, zuvor festgelegter Haciendas, und gingen ohne Zögern zu deren Bewirtschaftung über. Gleichzeitig blieben sie wachsam, organisierten Streiks, um verhaftete Bauern und Campesinoführer aus den Gefängnissen zu befreien und errichteten die Blockade der Zufahrtswege, als dies notwendig wurde.
Es ist nicht weniger wichtig zu wissen, mit welchen Mitteln, mit welchem Katalog von Repressionsmaßnahmen die staatliche Seite auf die geschaffenen Tatsachen einzuwirken versuchte, die ihr am Anfang so ganz ohne ihr Zutun vorgelegt wurden. Es war ein „Kräftemessen", das der Staat in diesem Moment, in dieser Region verloren hatte. Er mußte sein Gesicht wahren, aber er konnte auch nicht mit brutaler Militärgewalt sofort die alten Zustände wieder herstellen. Es gibt sicher eine Reihe von Gründen, worauf die Verschleppung, bzw., die Verzögerung der Repression und das versuchte „in-Griff-bekommen" der Entwicklung in Andahuaylas zurückzuführen sind. Es seien hier nur knapp zwei von ihnen genannt:

- *der Anfang Oktober bevorstehende Gründungskongreß der CNA (der „gelben" oder regierungstreuen Bauernorganisation) – eine brutale Unterdrückung der Campesinoaktionen in Andahuaylas vor Beginn des Kongresses hätte sicherlich auch den „offiziellen" Campesinos nicht gefallen, da sie doch in ihrer Mehrheit den Campesinos näher stehen als der Militärregierung*
- *die (mindestens) zwei Linien innerhalb der peruan. Militärregierung, die sich gegenseitig bekämpfen – es gibt eine mehr reformistische, an gelenkter Mitbeteiligung und Mitbestimmung, an Dialog interessierter und eine gewisse Autonomie zugestehende Richtung; und es gibt die mehr nach Chile und Brasilien blickenden Militärs (spez. aus den Kreisen der Marine), die für eine „Revolution" sind, die total von oben gemacht wird und bei der das Volk nur noch ausführendes Organ ist.* [14]

Hier ein Auszug aus dem Katalog der Repressionsmaßnahmen, die im wesentlichen von SINAMOS vorbereitet und durchgeführt wurden:

- *Campesinos werden animiert, kleine und mittlere Höfe zu besetzen, um Verwirrung und Unzufriedenheit unter den Bauern zu stiften. Die Rechnung ging aber nicht auf, da mit Hilfe der klassenbewußten Lehrergewerkschaft SUTEP* [15] *ein Komitee gegründet wurde, daß den so Geschädigten sofort ihre Besitzrechte zurückgab*
- *Enteignung des örtl. Radiosenders, eines wichtigen Massenkommunikationsmittels in den Bergen, um so einfacher Lügen und Verleumdungen verbreiten zu können*
- *Druck und Verteilung von Flugblättern, worin falsche Campesinoführer dazu aufriefen, die Landbesetzungen zurückzunehmen und mit der offiziellen Agrarreformbehörde zusammenzuarbeiten, oder auf denen in Comics-Art Campesino-Leiter namentlich genannt aufs primitivste verunglimpft wurden („Besetzt mehr Haciendas, das bringt und mehr Geld"!*
- *den Campesinos werden keinerlei Schädlingsbekämpfungsmittel mehr verkauft, es werden ihnen keine Empfehlungen für die Landwirtschaftsbank mehr gegeben, so daß sie keine Kredite erhalten können, und begonnene Schulbauprojekte werden nicht mehr weitergeführt*
- *Bauern, die in die Stadt kommen, um ihre Produkte auf dem Markt zu verkaufen, werden mit der Begründung verhaftet, sie würden Diebesgut verkaufen wollen*
- *Bildung einer Kommission, in der SINAMOS zusammen mit anderen reaktionären Kräften Maßnahmen gegen die Campesinos vorbereiten, wie die Verhaftung von führenden Mitgliedern der CCP und der FEPCA, das Stürmen von Blockaden durch die Polizei und der Einsatz von Waffen. Ergebnis: 8 Tote, 80 Verhaftungen und Tränengaseinsätze*
- *die ganze Zone wurde von bewaffneten Polizeikommandos besetzt, Ausweiskontrollen, Hausdurchsuchungen und Einschüchterungsversuche waren die Unterdrückungsmethoden.* [16]



Die erwarteten Ergebnisse waren spärlich. Eine einzige Hacienda wurde unter Polizeieinsatz und gewaltsamer Vertreibung der Campesinos dem Gamonal „zurückerobert". Vielmehr haben es die Campesinos z.B. in Tancaylo und Munapurco geschafft, ihre eben festgenommenen Führer aus dem Trupp der Überfallpolizei heraus zu befreien und diese von ihrem Land zu vertreiben.

Ergebnisse – Einschätzungen – Solidarität

Die auf dem IV. Kongreß der CCP gefaßten Beschlüsse, basierend auf einer richtigen Einschätzung der peruan. Situation, wurden durch die Praxis bestätigt. Die Landbesetzungen zeigten den Campesinos ihre Stärke. Durch die Besetzungen der Haciendas verloren die Campesinos ihre gleichsam mit der Muttermilch erworbene und durch alle der Oligarchie zur Verfügung stehenden Mittel immer wieder aufrechterhaltenen Furcht vor dem Gamonal. Durch solidarische Aktionen wuchs ihr

Selbstbewußtsein auch gegenüber der Polizei. Im Verlauf und durch die großartigen „Politschulungen" der Landbesetzungen haben die Campesinos eine erstaunliche Kreativität entwickelt. So entstanden plötzlich Huaynos, Spottlieder auf die Gamonales, die sie vertrieben hatten, und Anspornlieder, sich einmal zurückgewonnenes Land nicht wieder abnehmen zu lassen.
Bei den Landbesetzungen wurden von den Campesinos ihre Kinder für diese Zeit aus dem Schulunterricht genommen, mit der Begründung, daß dieser Vorgang sich für immer in den Köpfen der Kinder einprägen müsse. (siehe Freire und Illich)
Eine wichtige Erfahrung war die vorhandene Solidarität zwischen Campesinos, Studenten, Intellektuellen und fortschrittlichen Priestern. Die äußerst wichtige Verbindung zwischen Campesinos und Arbeitern der Industriegebiete für den letztlich zu führenden Kampf war noch begrenzt. Diese Unterstützung muß in Zukunft besser strukturiert bzw. geplant werden. [17]
Schwierigkeiten ergeben sich immer noch, wenn es um die Bestimmung von Führern geht, die aus der Mitte der Campesinos heraus gewählt werden sollen, oder wenn in einigen Basisgruppen der FEPCA, in denen von seiten der Organisation nicht genügend gearbeitet wurde, wieder Treffen mit SINAMOS-Funktionären stattfanden.
Die CCP/FEPCA hat erkannt, daß eine konkrete, politische Schulung außerordentlich wichtig ist. So werden weiterhin Vorträge und Diskussionsveranstaltungen organisiert, damit die Campesinos sich weiterbilden können, damit sie besser verstehen, daß und warum der Kampf mit den Landbesetzungen und der Vertreibung der Gamonales nicht beendet sein kann, sondern daß das Ziel, die nationale Befreiung, sich nur im weiteren, verstärkten Kampf gegen die alte und neue Bourgeoisie und den Imperialismus erreichen läßt. Dabei ist es wichtig, daß die Campesinos erkannt haben, daß die Militärregierung sich als nicht-revolutionär demaskiert hat.
Durch die Solidarität breiter Kreise im Lande selbst, aber auch im Ausland, wurde erreicht, daß die Mehrzahl der inhaftierten Campesinos wieder freigelassen werden mußten (18.1.75). [18] Trotzdem befinden sich noch Félix Loayoza und mindestens noch zwölf weitere Campesinos in den Gefängnissen von Cusco und Chiclayo. [19] Um auch ihre endgültige Freilassung zu erzwingen, wird die Solidarität weiter andauern.

Causachun Toma de Tierras – Es lebe die Landbesetzung!

Wolfgang Reiche

Quellenangaben:

(1) „Perú – Materialien für den Unterricht über Entwicklungsländer" Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Jahrg. 1, Nummer, 1 S. 2

(2) „Lateinamerika: Faschismus oder Revolution" Rotbuch Nr. 117, S. 98, Rotbuchverlag Berlin, 1974

(3) zur Entwicklung Perús siehe auch „Perú – Einschätzung der Sit." erschienen in der Nr. 36/37 der „Blätter des iz 3 w"

(4) „Die Agrarreform in Perú" v. Anibal Quijano, S. 422 in: Ernest Feeder (hrsg.) „Gewalt und Ausbeutung", Hamburg

(5) Anibal Quijano, a.a.O., S. 421

(6) „Länderkurzberichte – Perú 1972", Statistisches Bundesamt Wiesb. und „Censo del 4 de Junio de 1972", Inst. Nac. de Estadistica

(7) aus Expreso vom 14.12.1974, Lima

(8) AK-Info Lateinamerika, „Haben wir den Gamonal vertrieben? Ja, wir haben ihn vertrieben", unveröffentl., 15 Seiten, Peru 1975

(9) AK-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 3

(10) SINAMOS – Sistema Nacional de Apoyo a la Movilizacion Social, Nationales System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung; Mobilisierungsinstrument des Staates, um die Idee der peruan. Revolution unters Volk zu tragen

(11) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 5 f

(12) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 7 f

(13) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 7/8/9 und „debate socialista" Nr. 4, Nov. 1974, Lima, S. 28 ff

(14) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 10

(15) SUTEP – Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación Peruana, klassenbewußte Lehrergewerkschaft in Perú

(16) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 11 und „Tierra y Liberación Nacional", Broschüre der Vanguardia Revolucionaria, Lima Nov. 74

(17) Ak-Info Lateinamerika, a.a.O., S. 14

(18) aus „Expreso" vom 19.1.75, Lima

(19) Brief eines Journalisten aus Lima vom 5.3.75

Unterstützt die Campesinos

Ich möchte noch einmal auf die konkrete Möglichkeit der Unterstützung des Kampfs der peruanischen Bauern hinweisen und auf den Aufruf in der Doppelnummer 41/42 der „Blätter des iz 3 w" aufmerksam machen. Inzwischen (20.4.75) sind 1.640,- DM für die CCP hier in der BRD gespendet worden, wovon auf sicherem Weg inzwischen schon 1.070,- DM die Campesinos erreicht haben.

Wer hat Erfahrung im Sammeln und im Versand von Medikamenten für die Länder der „Dritten Welt"? Wir suchen dringend solche Leute, die uns dabei helfen können (mit Rat oder/und Tat), Medikamente der folgenden drei Bereiche:

a) Multivitamine der verschiedensten Sorten
b) Medizin gegen Infektionen (Grippe, Durchfall usw.)
c) Medizin gegen Verbrennungen, Prellungen, Verstauchungen, Hautverletzungen usw.

zu sammeln und der Bauernorganisation in Perú zukommen zu lassen.
Wer uns also irgendwie helfen kann, der wende sich umgehend an:

Wolfgang Reiche
1 Berlin 30
Winterfeldtstraße 84
Tel. 030/211 4873

Nicaragua

Anklage der Befreiungsfront FSLN gegen das Somoza-Regime

Seit 40 Jahren befindet sich der Clan der Somozas an der Spitze des diktatorischen Terrorregimes im mittelamerikanischen Staat Nicaragua. Gegen diese älteste Diktatur Lateinamerikas kämpft seit 1959 die Nationale-Sandinistische Befreiungsfront (F.S.L.N.), genannt nach dem Partisanengeneral Sandino. Diesem war es zusammen mit einem kleinen Bauernheer in sieben Jahre langem anti-imperialistischem Kampf gelungen, die 15.000 Invasoren der U.S. Marineinfanterie, die das Land lange besetzt hielten, zu besiegen. Im Jahre 1934 wurde Sandino von Anastasio Somoza durch Verrat ermordet. Somoza war Führer einer von der USA in Nicaragua aufgestellten sogenannten Nationalgarde. Seither unterdrückt das Feudalregime Somozas mit Terror alle Befreiungsbestrebungen des Volkes von Nicaragua.

Am 27. Dezember 1974 drangen 8 Mitglieder der Nationalen-Sandinistischen Befreiungsfront in die Villa eines früheren Landwirtschaftsministers in Managua ein und nahmen 12 prominente Partygäste als Geiseln. Dieser Anschlag bot die einzige Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen in einem Land, wo alle demokratischen Rechte begraben liegen. Eine der Forderungen der Nationalen-Sandinistischen Befreiungsfront, welche die Somoza-Clique erfüllen mußte, war die Verlesung einer Erklärung (in allen Sendern des Landes), die hier im wesentlichen abgedruckt wird.

AN DAS VOLK NICARAGUAS UND DIE WELTÖFFENTLICHKEIT

Brüder aus Nicaragua!

Die Nationale-Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) erfüllt hiermit vor dem Volk Nicaraguas und der Welt die Pflicht der Anklage einer menschenunwürdigen Situation und Unterdrückung, der das Volk Nicaraguas gegenwärtig unterworfen ist.
Unsere Absicht ist es, in objektiver Weise die gewaltige Tyrannei und Repression zu dokumentieren, die die Landbevölkerung und das nicaraguanische Volk erdulden. Permanentes Leiden und kämpferische Widerstandsaktionen sind Bestandteile seines alltäglichen Lebens. Daher werden wir Tatsachen und Ursachen offenlegen.
In den nördlichen, zentralen, atlantischen und pazifischen Regionen ist die Landbevölkerung Nicaraguas einer dreifachen Unterdrückung ausgesetzt: Die Hungerlöhne lassen die Ausbeutung der Lohnarbeiter zu einer Folter werden. Für die Landbesitzer finden sich immer wieder Mittel und Wege, die 5 cordobas Lohn für einen 10 bis 12stündigen Arbeitstag weiter zu senken.
Die Hungerlöhne und die Unmöglichkeit, ihre Lage durch eigene Arbeit zu verbessern, hat die Landbevölkerung in Apathie und Willenlosigkeit verfallen lassen.

Es ist sozio-ökonomisches Gesetz in Nicaragua, daß die campesinos ihr ganzes Leben arbeiten und noch nach ihrem Tod bei ihrem Arbeitgeber in Schulden stehen. Selbst der Tod kennt die Großzügigkeit des „patrón" nicht. Der erwachsene campesino lebt nicht allein, im Durchschnitt besteht seine Familie aus 8 Kindern, die mit dem Tod des Vaters seinem Schicksal folgen und die ununterbrochene Kette fortsetzen.
Der Landrichter ist eine Mischung von Landbesitzer und campesino, der sich völlig mit dem Regime Somozas identifiziert.
Mit Waffengewalt und groben Befehlen verbreitet er über ganze Landstriche Terror und Justiz. Der Landrichter, der mit Diebstahl, mit Schmiergeldern und Bestechungen sein Amt ausübt, führt eine Gruppe von Komplizen an, die trotz ihrer armen Herkunft danach trachten, zum getreuen Abbild ihres Chefs zu werden. Korrumpiert durch die ihnen vom Chef gewährten Privilegien machen sie das Leben der campesinos unseres Landes zur Hölle.
Aber die Repression findet hier noch kein Ende. Hinzu kommt die Nationalgarde (G.N.), die seit 45 Jahren offensiven Terror auf das Volk Nicaraguas, insbesondere die campesinos, ausübt.
Die Buchstaben G.N. sind gleichbedeutend mit Mißbrauch, Gewalttätigkeit und Willkür. Furcht ist das bittere Los des armen campesinos. Der Widerhall einer detonierenden Granate läßt die campesinos in den umliegenden Dörfern unwillkürlich an die Todeskommandos denken.
Die NATIONALE-SANDINISTISCHE BEFREIUNGSFRONT (F.S.L.N.) klagt energisch die Repression, der die Landbevölkerung Nicaraguas unterworfen ist.
Seit September 1973 haben die Nationalgarde und die Landrichter die Repression und Verfolgung der Landbevölkerung verstärkt.
Im September 1973 wurden 23 Indioführer von der Nationalgarde verfolgt als Antwort auf die Besetzung von Ländereien durch die Bewohner von Sutiava. Ländereien, die sich eine Gruppe von Landbesitzern angeeignet hatte.
Im November 1973 wurde ein Proteststreik gegen inhumane Arbeitsbedingungen der Arbeiter der nationalen Liqueurfabrik von der G.N: gewaltsam unterdrückt.
Im Dezember 1973 fordert das Volk Freiheit und Gerechtigkeit für den sandinistischen Bruder Francisco Ramírez Urbina und den salvadoranischen Professor Efraín Nortalwalton. Das Volk demonstriert und protestiert energisch mit der Forderung nach ihrer Freilassung, aber die Nationalgarde und ihre Handlanger gehen grausam gegen das Volk vor. Stadtteile, Gewerkschafts- und Arbeitszentralen, ganze Städte wurden von der G.N. und ihren Henkern besetzt. 35 Anführer wurden festgenommen und später unter den Druck der Bevölkerung freigelassen, aber erst nachdem man sie intensiv verhört und gefoltert hatte.
Die Entführung eines Großgrundbesitzers, der für seine militante Somoza-Anhängerschaft bekannt war, durch eine Gruppe von campesinos bildete den Vorwand für eine noch gewaltsamere Unterdrückung.

Die Landrichter stellten Listen von ehrlichen campesinos, bekannt als militante Gegner des Regimes, auf und planten, was mit den verlassenen Länderreien und der Ernte geschehen sollte. Ein lohnendes Geschäft! kommentierten sie.

Im April 1974 folgen neue Verhaftungen; Hubschrauber griffen in den Feldern und Bergen von Matagalpa, Jinotega, Nueva Segovia, Zelaya an.
Patrouille der Nationalgarde zur Bekämpfung von Aufständen nahmen Verhaftungen, Folterungen, Vergewaltigungen und Plünderungen vor und steckten die Hütten der campesinos in Brand. In den folgenden Monaten fliehen die Familien der campesinos. Die Repression steigert sich, und das uniformierte Verbrechen fordert noch mehr Opfer.
In den Bergen von Cisigüina greifen Fahrzeuge der Nationalgarde an, um die ganze Landbevölkerung der Gemeinde Kilaca in Auftrag der Kupfergesellschaft „Irma Ferreti" zu unterdrücken. In der Region von Cosigüina existieren Konzentrationslager, die man ohne Genehmigung der GN nicht betreten kann, und die Ernte muß zu den Preisen und an diejenigen Personen verkauft werden, die die GN bestimmt.

Die Landbevölkerung führte Aktionen zur Wiedergewinnung von Ländereien durch, die die Offiziere der GN an sich gerissen hatten. Die Ländereien wurden in Palo Alto und Palo Grande wiedergewonnen und die GN unter dem Kommando von Oberst A. Evertz unterdrückte die Bevölkerung dieser Dörfer vorbehaltlos und brachten 48 Familien mit Greisen und Kindern ins Gefängnis. Bei dieser Gelegenheit ließen sie 5 campesinos „verschwinden", die die GN für Anführer hielt. Wo sind diese campesinos?
Die Brutalität nimmt neue Formen an mit elektrischen Schlägen, dem Ausreißen von Fingernägeln, dem Ausdrücken von glühenden Zigaretten. Essensentzug, Nacktheit, und die Opfer werden tage- und nächtelang der Witterung und Schwärmen von Insekten und Mosquitos ausgesetzt. Wie im Mittelalter werden sie in Gruben gefesselt, ermordet unter der Anklage, Viehdiebe, Guerrilleros, Banditen und dergleichen zu sein.
In Nueva Guinea verhaftete die GN im Auftrag des Bergwerkbesitzers Cornelio Hüeck Teresa Zeledón Pérez und Domingo Dávila Zeledón und erfand Beschuldigungen, um sie von ihren Ländereien zu vertreiben, damit das Bergwerk sich dieser bemächtigen könnte. Im gleichen Dorf wurde Etanislao Romero brutal verprügelt, weil er einen besseren Preis für seine Ernte verlangt hatte. Es ist anzumerken, daß Nueva Guinea von der GN umriegelt und kontrolliert wird, und so zu einem Konzentrationslager wird.
Wo bleiben die campesinos Santos und Genaro Díaz, Pedro Harnández, Maria Castil, Victor Flores, Juan Castil, Juan López, Agustin Mendoza, Julio Pineda, Felipe Aguilar und sein Vater, die Familie Gonzáles, José Angel Martinez, die Familie Losa (außer dem Verräter Pedro), die 4 Kinder und die 2 Frauen, die sich mit Césa Flores in einer Höhle in Yosasca Central befanden? Wo sind Sabino und Demetrio Centeno, Victoria Diaz und die 4 in Rancho Grande Ermordeten, die 5 in Chinandega aufgrund von Landbesetzungen in Palo Alto und Palo Grande verhafteten Campesinoführer? WO SIND SIE ALLE?

Das Schweigen spricht für sich. Das Schweigen der Militärkommandos und der eisernen Pressezensur betreffs dieser Verbrechen spricht ebenfalls für sich.

Das Volk wird darauf antworten.

Der Transport mit Hubschraubern, um Gefangene ins Meer zu werfen, die Tierkäfige, die simulierten Erschießungen in der Morgendämmerung, die massiven Vergewaltigungen von Familienangehörigen in Anwesenheit des Gefangenen, das Herbeiführen einer Totgeburt mittels Fußtritten bei einer Schwangeren in Anwesenheit ihres Mannes, all diese brutalen Repressionsformen hinterlassen eine tiefe Spur im Herzen unseres verwundeten Volkes. Unsere Ausführungen sind nicht erfunden, sondern beruhen auf Tatsachen.

Anfangs September 1974 ermordete eine Patrouille von vier Nationalgardisten 8 campesinos im Dorf El Sabalete. Ein Geistesgestörter danunzierte eine Familie dieses Dorfes als guerrilleros, und dabei gab er sich ebenfalls als guerrillero aus. Die Nationalgarde verhaftete und ermordete die 8 campesinos, den Denunzianten und einen ehemaligen Nationalgardisten, der die anderen verteidigte. Diese campesinos wurden nicht begraben, sondern rücksichtslos wie ein krankes Tier in den Fluß geworfen und mit Bananenblättern und Büschen bedeckt. Zwei Tage später wurden die verwesten Leichen von Hunden entdeckt. Wen kümmern 8 indios! Die Nationalgarde ist unbesiegbar und schlägt zu wie der Blitz! Die Nationalgarde erfüllt ihre Pflicht zur Herstellung von Frieden und Sicherheit im Lande! Dies sind die Aussagen der Bergwerkbesitzer und der Regierenden in unserem Lande.

Am 18. September 1974 fällt die „Schwadron Somoza" in die Stadt León ein, um Demonstranten zu unterdrücken, die gegen die Verhaftung von Campesinoführern bei Landbesetzungen in Los Arcos protestierten.

Auch Kinder bleiben von den Grausamkeiten der GN und der Landrichter nicht verschont. In Cuscaquás wurden die Kinder der Familie Granados gefoltert und mehrere Tage gefangen gehalten, damit sie das Verbleiben ihres Vaters Matias verraten, der später in einer Auseinandersetzung mit seinen Verfolgern starb.

Ganze Dörfer werden verwüstet, die Bevölkerung flieht, bewohnte Täler werden verlassen. Fruchtbare Ländereien sind verwildert und im Stich gelassen, ihre Bewohner ziehen das Exil der Unterwerfung, die die Hacienda der Kapitalisten ihnen anbietet, vor.

Generäle wie Rodríguez Somoza, Guillén und Bergwerkbesitzer wie Cornelio Hüeck, Irma Furreti, etc. haben sich diese verlassenen Ländereien für einen lächerlichen Preis angeeignet, in den Fällen, in denen sie sie kaufen mußten. Somit wiederholt sich der Zyklus der Landakkumulation in diesem Sektor der zu den Waffen greifenden Bourgeoisie und wie zu allen Zeiten ist die Landbevölkerung das Opfer.

Die Geduld und der Stoizismus wie die Resignation kennen jedoch Grenzen. Der campesino, der Arbeiter, der Werktätige, die progressiven Intellektuellen, die diesen Repressionen unterworfen sind, fordern Gerechtigkeit und sie werden sie finden.

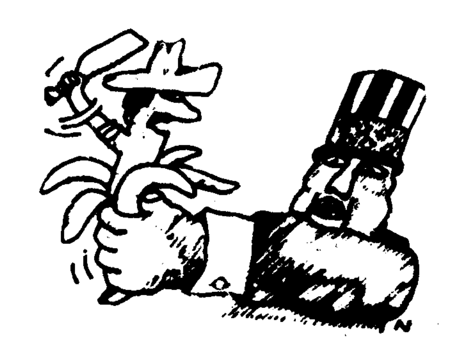
Vor unserem Volk, vor ganz Lateinamerika und der Welt klagen wir die Morde, Verbrechen und Gewalttaten an und rufen zur solidarischen Unterstützung der campesinos der

Regionen Matagalpa, Jinotega, Nueva Segovia, Chinandega, Estelé, León, Carazo, Rivas, Chontales, Managua, Zelaya, Boaco und anderen auf.

Wir rufen ferner die Persönlichkeiten unseres Landes, die sich auf die Seite der Unterdrückten stellen, auf, von ihren Beziehungen Gebrauch zu machen, um die vernichtenden Pläne offen zu legen, die die verachtetste Diktatur Lateinamerikas gegen unser Volk durchführen will.

NATIONALE-SANDINISTISCHE BEFREIUNGSFRONT (F.S.L.N.)

Irgendwo in Nicaragua, im Dezember 1974



CHILE

Solidarität mit polititischen Gefangenen

Amnesty International protestiert gegen erneut bekannt gewordene schwere Folterungen in chilenischen Gefängnissen. Kürzlich wurde bekannt, daß wiederum 254 politische Gefangene im Lager Puchuncavi massiv gefoltert wurden. Bei den Gefolterten handelt es sich meist um inhaftierte Ärzte, Rechtsanwälte und ältere Leute.
Nach einem Lagergottesdienst wurden die Gefangenen von Marineinfanteristen aus ihren Hütten gezerrt, mußten Dreck essen, wurden in einen Teich getaucht und in Stacheldraht hineingeworfen.
Die Orgie dauerte von 21 bis 24 Uhr, unter Führung des Kommandanten.
Auf den Protest der Ehefrauen beim Innenminister hin, äußerte dieser, daß er die Situation nicht kontrollieren könne.

Amnesty International fordert die Freigabe von:

Candido Cipriani Mediaville Pios, Professor, inhaftiert im Gefängnis Valdivia

Jorge Espinoza Perez, Generaldirektor und Professor, verschwunden

Carlos Puebla Loguercio, Mitglied der Sozialistischen Partei

Fidela Herrea

Carlos Villarroel, Arzt, Gefängnis Valdivia

Mario Fuentealba

Sergio Bascur, Gefängnis Valdivia

Leda Santibanez, Professorin

Juan Giborn Martinez, Schriftsteller, Gefängnis Valdivia

Sandor Arancibia, Zahnarzt, Gefängnis in Talca

Luis Diaz Borquez, Professor, Gefängnis in Santiago

Uldaricio Figueroa, Gefängnis von Santiago

Dionisio Baeza, Arbeiter

Hector Ormeno Salazar, Gefängnis Valdivia

Mario Perez Jäger, Gefängnis Valdivia

Marta Pacheco u. ihr Ehemann Alejandro Neira, sie brachte ihr Kind in Valdivia zur Welt

Gladys Diaz Armijo, Journalistin und Gewerkschaftsführerin, wurde in das Folterzentrum „Villa Grimaldi" und dann in KZ Tres alamos gebracht, heute verschwunden

Luis Eduardo Duran Rivas, Medizinstudent, wurde in das Folterzentrum Jose Domingo Canaz in Santiago gebracht

Marco Antonio Hernandez Figuerca

Elius Ricardo Villar Guijon

Jose Guillermo Barria Cardenaz

Patricia des Carmen Guzman Pardo, brachte ihr Kind im KZ tres alamos zur Welt

Manuel Patricio Jorguera Encina

Alejandro Estrada Perez

Luis Jadoberti Mardones Jaramillo, wurde von betrunkenen Uniformierten verhaftet

Rosa Elvira Lizama Leiva

Hernan Alvaro Ahomada San Martin, Student der Volkswirtschaft, verhaftet durch die DINA, verschwunden

Emilio Ernesto Iribarren Ledermann, vor seiner Verhaftung wurden seine Frau und Kinder gefangengenommen

Roberto Chaer Vazquaz, verschwunden

Adolfo Ariel Mancilli Ramirez,

Julio Sepulveda F., Landwirtschaftstechniker, KZ Chacabuco

Raul Vergara Meneses, Kapitän der Luftwaffe, Todesstrafe wurde umgewandelt in 30 Jahre Haft

Cortez Joo, verschwunden

Bitte richtet Protestschreiben an:

Präsident Augusto Pinochet
Edificio Diege Portales
Santiago de Chile

Chilenische Botschaft
53 Bonn
Kronprinzenstraße 16

Uruguay

Folterungen und politische Disziplinierung

Uruguay, einst die „Schweiz Südamerikas", steckt derzeit in einer tiefen Krise: Mit dem Staatsstreich von 1973 schaffte Juan M. Bordaberry die bisherige parlamentarische Demokratie ab und errichtete eine rechtsextreme Diktatur. Seither wird jegliche Form von Demokratie unterdrückt. Die Aktionen der Polizei und des Militärs richten sich gegen alle Mitglieder einer möglichen Opposition, insbesondere aber gegen die Stadtguerilla, die Tupamaros.
Derzeit sind etwa 4000 bis 6000 uruguayische Staatsbürger wegen angeblicher politischer Verbrechen inhaftiert. Damit gibt es in Uruguay im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten politischen Gefangenen in Lateinamerika. Nach vorsichtigen Schätzungen der internationalen Juristenkommission und von Amnesty International werden mindestens 50% aller dieser politischen Häftlinge gefoltert. Häufige Foltermethoden dabei sind: Hiebe aller Art, Stromstöße, Zufügen innerer Verletzungen, Untertauchen in faules Wasser,... Besondere Maßnahmen werden gegenüber den inhaftierten Tupamaros angewandt. Dazu zunächst ein paar Worte über die Ziele und Aktivitäten dieser Stadtguerilla:

Die Tupamaros begannen mit ihren Aktionen etwa 1963. Ihre Ziele waren dabei, „durch spektakuläre Aktionen ein revolutionäres Bewußtsein bei den Massen zu schaffen, diese für sich einzunehmen, über die Infiltration in die Gewerkschaften und den staatlichen Wirtschaftssektor mit der Zeit den Staat zu paralysieren und schließlich in massiven Kämpfen die Macht zu erobern". (Lamberg, S. 211) Dabei machen sich die Tupamaros über ihre Erfolgschancen kaum Illusionen, denn (so ein Guerrillero) „selbst, wenn wir die Macht erobern könnten, dann wären morgen auf einen Wink aus Washington die Armeen Argentiniens und Brasiliens in unserem kleinen Land. Eine isolierte Revolution hat hier keine Aussicht auf Erfolg". (Spiegel, Nr. 39/1970, S. 174) Demgemäß waren die Aktionen zunächst darauf gerichtet, die Sympathie der Massen zu erlangen: So überfielen die Tupamaros mehrfach Steuerhinterzieher und Spekulanten und lieferten den Staatsorganen (vor 1973) Beweise für strafbare Geschäftsaktionen ihrer Opfer (Lamberg, S. 213). Andererseits erhielten die Tupamaros durch Überfälle auf Banken und durch Lösegelder für Entführte größere Geldsummen. Was sie davon nicht für den Aufbau ihrer Organisationen benötigten, ließen sie den Armen zukommen: So mußten Freunde des entführten Bankiers Pellegrini 220 000 Mark für den Bau einer Arbeiterklinik und einer Volksschule überweisen, bevor der Bankier von den Tupamaros freigelassen wurde. (Spiegel, Nr. 39/1970, S. 172)

Mit den Erfolgen der Guerilla wuchs auch die Verfolgung dieser Organisation: Bei umfangreichen Säuberungsaktionen 1972 und 1973 wurden neun ehemalige Führer der Tupamaros gefangengenommen. Um den Widerstand zu brechen, erklärte die Regierung Bordaberry daraufhin offiziell, daß sie diese neun Gefangenen als Geiseln betrachte, die umgebracht würden, sobald die Tupamaros ihre Guerillaaktionen wieder aufnähmen.
Im Augenblick läuft eine intern. Kampagne, um die Exekutionen aufzuhalten. Amnesty International schickte an den Präsid. Uruguays ein Telegramm, in dem auf das Verbot der Geiselnahme durch die Genfer Konvention hingewiesen und eine gerichtliche Untersuchung des Falls gefordert wird.



Nunmehr wird außerdem auf den „natürlichen Tod" der Geiseln hingewirkt: „Sie sind in feuchten, unterirdischen Einzelzellen mit minimalen Ausmaßen ohne Fenster und ohne hinreichende Belüftung eingesperrt. Die Zellen haben keine sanitären Einrichtungen. Die Häftlinge werden dreimal täglich zu willkürlichen Zeiten zum Abort geführt. Manchmal müssen sie zur Strafe die Notdurft in den Zellen verrichten.

Die quantitativ und qualitativ unzureichende Ernährung, die den neun Häftlingen vorgesetzt wird, hat vielfältige Gesundheitsschäden zur Folge: Haar- und Zahnausfall, Austrocknung, ständige Diarrhöe, Hallunzinationen, Knochenmißbildung und frühzeitige Senilität, um nur einige zu nennen. Die Enge des Raumes, die jede Bewegung unmöglich macht, und die Störung des Schlafrhythmus – die Glühbirnen brennen Tag und Nacht – verursachen Seh-, Kreislauf- und Gleichgewichtsstörungen. Durch eine totale Isolierung (keine Lektüre, keine Notizen, keine Handarbeit, kein Kontakt zu anderen Häftlingen, höchst seltene Besuche) soll der psychische Verfall beschleunigt werden."

(FR, 3.4.75)

Die „Komitees „Solidarität mit Uruguay", die sich auf der ganzen Welt gebildet haben, fordern in einer Kampagne:

1. Rückführung der neun Geiseln in ihr früheres Gefängnis

unter vergleichbaren Bedingungen mit denen der restlichen Gefangenen.

2. Sofortige medizinische Betreuung der 9 Geiseln, durchgeführt unter Kontrolle einer internationalen Organisation.
3. Berufung einer ständigen Mission des Internationalen Roten Kreuzes für Uruguay.

Sie können etwas für die Geiseln tun, schreiben Sie an:

Juan Maria Bordaberry
Casa de Gobierno
MONTEVIDEO / URUGUAY

Die Geiseln sind:
RAUL SENDIC ANTONACCIO, JORGE MANERA LLUVERAS, JULIO MARENALES SAENZ, ADOLFO WASSEN ALANIZ, JORGE ZABALA WAKSMAN, MAURICIO ROSENCOFF SILVERMAN, JOSE MUJICA CORDANO, ELEUTERIO FERNANDEZ HUIDOBRO, HENRY ENGLER GOLOVCHENKO.

wawi

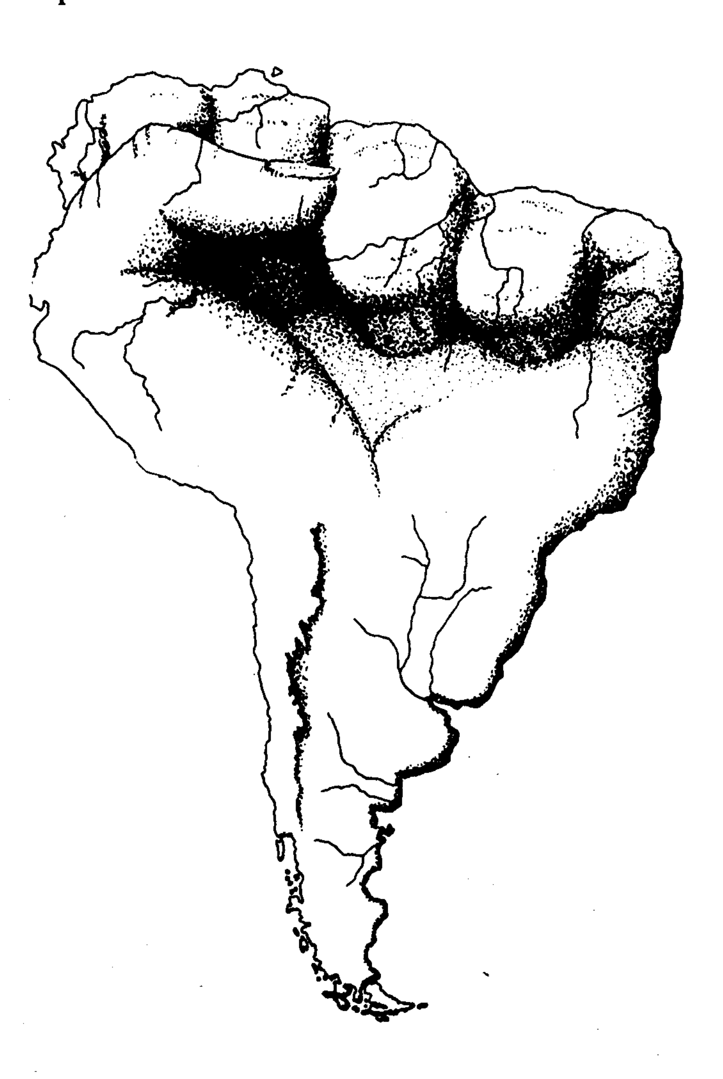
Quellen:
1) FR, 3.4.75
2) Spiegel, Nr. 39, 1970
3) Lamberg, R.F.: Die Guerilla in Lateinamerika, dtv, München 1972, S. 208 ff

Weitere Literatur:
Putsch in Uruguay, in: blätter des iz3w, Nr. 26/27, S. 60-62; Wir, die Tupamaros, Verlag Roter Stern, 155 S., DM 8,50

»Ministerpräsidentenerlaß« in Uruguay

Politische Disziplinierung: und so gehts in Uruguay

Das reaktionäre Regime von Juan Maria Bordaberry hat vor einiger Zeit eine Kampagne zur ideolog. Säuberung des Staatsdienstes in Uruguay vorbereitet.
Als Resultat ist folgendes Mittel gefunden worden: Alle Lehrer, Techniker, Angestellte – kurz alle Personen im staatlichen Dienst müssen eine Erklärung unterschreiben, die u.a. folgenden Satz beinhaltet – (die deutschen Staatsbediensteten können sich vielleicht schon ein wenig dadurch einstimmen, Anm.) „. . . ich erkläre, daß ich zu keinem antinationalen Organismus gehörte oder gehöre, auch zu keinen Gruppierungen, die gegen die aktuelle Regierung sind." Diese „antinationalen Organismen" sind alle demokratischen Gruppierungen der Linken, seien sie politischer, gewerkschaftlicher oder studentischer Art.
Im November 74 weigerten sich mehr als 100 Dozenten der medizinischen Fakultät in Montevideo, diese gegen die Menschenwürde verstoßende Erklärung zu unterschreiben. Sie traten von ihren Ämtern zurück und bezeichneten das von ihnen geforderte „Dokument der demokratischen Gesinnung" als „Antikommunismus in demokratischer Verkleidung".
Daraufhin wurde seitens des diktatorischen Regimes die medizinische Fakultät fürs erste mal geschlossen.
Aufgrund des nicht erwarteten Widerstandes hat der Erziehungsminister, Edmundo Narnacio, eine Modifizierung dieses Dekrets angekündigt. Aber das Land würde nicht das heutige repressive Uruguay sein, wenn die Modifizierung nicht ein neuer Schlag ins Gesicht der Bevölkerung wäre: Die zur Unterschrift Verpflichteten können eine Untersuchung darüber beantragen, ob die Zugehörigkeit der von ihnen zu benennenden Organisation oder Gruppierung schon vor der Verkündigung des Verbots deren Aktivitäten durch die Regierung bestand. Diese Überprüfung nehmen natürlich die Repressionskräfte vor.



Durch diese „Reinigungskampagne" wurde die Bildungssituation Uruguays in eine weitere große Krise manövriert. Vor den Medizinprofessoren wurden vorher schon 114 Lehrkräfte der Fakultät Architektur wegen der Nichtunterschrift entlassen, in der Rechtsfakultät wurden 38 Professoren entlassen, ebenso wird es einer großen Anzahl anderer Lehrkräfte und Personal in den staatl. Kliniken ergehen, die sich weigerten, die Erklärung zu unterschreiben.
An der staatl. Universität in Montevideo haben sich in einer geheimen Wahl 87 % der Professoren, Studenten und des Personals gegen die Diktatur ausgesprochen.

aus: päd.extra 5/75

Kirche

Die Deichgrafen zu Aachen

Das Katholische Missionswerk „missio" will die konservative Kirchenfraktion in Angola und Mozambique stärken

Der Autor des nachfolgenden Beitrags, W. Körtgen, ist Dominikaner-Pater und beschäftigt sich seit längerem schon mit der Lage im südlichen Afrika. Pater Körtgen gehört mit zu den Initiatoren der Vieira-Pinto-Aktion.
red.

Der Skandal um den St. Raphaels-Verein, der mit seinem Beratungsdienst für die Internationale Katholische Wanderungskommission offensichtlich eine im Interesse der südafrikanischen Botschaft in Bonn liegende Anwerbung von Auswanderern nach Südafrika betreibt (vgl. Publik-Forum Nr. 8/75), mag manchem harmlos vorkommen, weil der Verein doch recht unbekannt ist. Bedeutendere kirchliche Organisationen sind, so scheint es allein schon wegen ihrer größeren Repräsentativität, nicht an solchen Methoden und Zielsetzungen interessiert. Unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen können sie einzig der Ausbreitung des Glaubens und dem Wachsen der Kirche dienen.
Nun hat man als Durchschnittschrist selten Gelegenheit zu beobachten, wie man gerade mit dieser Beschränkung auf „streng kirchliche Aufgabenstellungen" und mit Hilfe undiskutierter Kirchenbilder massiv Politik treiben kann. Diese Gelegenheit bot sich neulich durch einen Brief der bischöflichen Organisation „MISSIO"-Aachen, der, vom MISSIO-Chef Prälat Wissing an die rund eine Million Leser der hauseigenen Postille „Mission-aktuell" erging. Wegen seiner Bedeutung für die Jahresaktion der Leserinitiative Publik, die Vieira Pinto-Aktion, werden wir diesen Brief im Wortlaut zitieren und uns erlauben, die in ihm enthaltenen Implikationen aufzuzeigen:

„missio
Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Aachen, im April 1975

Liebe Freunde!"
(Es folgt eine längere Anrede und Danksagung für die letzten Spenden)

„Als ‚Helfer der Helfenden' – und so verstehen wir MISSIO – kommen wir nie zur Ruhe. Dafür sieht es in unserer Welt zu böse aus. Soeben ist unser Pater Wilhelm Fischer, Leiter des Afrika-Referates, aus den früheren portugiesischen Kolonien Mosambik und Angola zurückgekehrt. Was er von dort, am Vorabend der Unabhängigkeit, berichtet, ist derart alarmierend, daß wir unsere Jahresplanung änderun werden, um mit allen verfügbaren Mitteln einzuspringen".

Die einprägsam schön klingende Selbstbezeichnung ‚Helfer der Helfenden' erweckt bei dem Leser des Briefes den Eindruck, als ob das einzige Finanzierungskriterium von „missio" d e r H e l f e r ist: wer hilft, dem wird geholfen. Durch den folgenden Gemeinplatz von der „bösen Welt" wird der Helfer als idealistische Figur dargestellt, die über alle „weltlichen" = bösen Interessen erhaben ist.
Wem, womit, wie und wozu geholfen wird, ist unerheblich – Hauptsache: H e l f e n !

Der Eindruck des Nicht-Rasten-und-Ruhen-Könnens, formal unterstrichen durch die eilige Faksimile-Handschrift[1], wird verstärkt durch das „Soeben ist unser Pater Wilhelm Fischer . . . ". Dabei ist es schon fast zwei Monate her gewesen, daß Fischer seine Afrika-Reise beendete. Der Leser des Briefes sieht förmlich den atemlosen Pater Fischer, noch mit dem Staub der Reise bedeckt, an den Schreibtisch von Prälat Wissing stürzen, ihm die Hiobsbotschaft überbringen, und den Prälaten mit erzwungener Ruhe unverzüglich seine Freunde alarmieren.
Im übrigen scheint Pater Fischer seine „alarmierenden Nachrichten" vergleichsweise zurückhaltend formuliert zu haben. Denn in seinem KNA-Interview vom 19. März nannte er den Zustand der Kirche in Mosambik n u r „ desolat "; die sichtbare Kirche stehe „noch aufrecht: die Schulpaläste stehen leer . . . ", während die geistige Kirche von „eindeutigen Spaltern" bedroht sei, die „sich neben oder besser mit der F r e l i m o und auf Kosten des Episkopates als ‚Freunde des Volkes' zu profilieren" wünschten. Warum sich Pater Fischer auf Anfrage von P u b l i k - F o r u m sowohl von diesem Interview als auch von einem sich darauf beziehenden KNA-Artikel distanzierte und das eine „ergänzungsbedürftig", den anderen „sinnentstellend" nannte (vgl. P u b l i k - F o r u m Nr. 10/75, S. 24), wird man im Verlauf des Briefes merken. Wenn sich also Fischer in seinem KNA-Interview schon die „Zügel angelegt" hat, was muß er dann noch alles dem Prälaten erzählt haben, wenn dieser sich hierauf spontan dazu entschließt, die gesamte Jahresplanung seines doch nicht gerade kleinen Vereins über den Haufen zu werfen. Hören wir weiter aus dem Wissing-Schreiben:

„Es geht, ganz direkt und ungeschminkt gesagt, um den Bestand der dortigen Kirche, die vor. einer Katastrophe steht. Sie würde praktisch über Nacht von ihrer finanziellen Basis, dem Mutterland Portugal, abgeschnitten."

So wird den „missio"-Spendern die Entkolonisierung nahegebracht: Zusammenbruch des portugiesischen Faschismus und endlich das Ende eines der blutigsten Kriege gegen das in der Menschenrechtscharta und im Völkerrecht verankerte Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker soll gleichbedeutend mit der Gefährdung des Bestandes der Kirche sein. Die Unabhängigkeit von Angola und Mosambik: eine „Katastrophe" für die Kirche!

Und diese Katastrophe soll ganz plötzlich gekommen sein. Kein Wort von dem mehr als zehnjährigen Krieg; kein Wort vom Auszug der Weißen Väter 1971 aus Mosambik; kein Wort von den Berichten der Burgos-Priester über die Massaker von Wiriyamu im Sommer 1973 .
Aber es tut gut zu hören, wenn Prälat Wissing selbst zugibt, daß die finanzielle Basis der Missionen in Portugal lag. Leider verschweigt er, daß der portugiesische Staat ohne die

Ausbeutung der Kolonien nie in der Lage gewesen wäre, die 18 Diözesen in Angola und Mosambik zu finanzieren, denn ein Bischof (stand im Rang eines Gouverneurs) bezog immerhin ein Gehalt von 12 000 Escudos im Monat, während die Missionsstationen über den Etat der Diözese verrechnet wurden.
Und in diese finanzielle Lücke will „missio" nun „mit allen verfügbaren Mitteln" einspringen. Weil die von der Macht verdrängten portugiesischen Faschisten finanziell nicht mehr liquide sind – leider sind ja alle Banken verstaatlicht, selbst die Konten des für die Missionen zuständigen Militärbischofs können jetzt kontrolliert werden – hilft „missio" aus, und zwar sofort, denn:



„Jetzt bleibt keine Zeit, über Versäumnisse der Vergangenheit zu diskutieren. Die 18 Diözesen mit ihren Priestern, Schwestern und Katechisten sind seit Wochen mittellos und in einer sich täglich verschlimmernden Lage. Pater Fischer traf echte Verzweiflung an."

Ja, welche Versäumnisse meint Wissing denn? Meint er etwa dies: „Die Kirche verweigert sich ihrem prophetischen Amt. Sie erkennt nicht an, daß das Volk von Mosambik ein von Gott gegebenes Recht auf eigene Identität und eigene geschichtliche Gestaltung hat; sie unterläßt es, die Grundrechte des Menschen zu verkündigen und genügend zu verteidigen; sie akzeptiert die Kriegssituation in Übereinstimmung mit der Interpretation der Regierung, nämlich daß dieser Krieg von auswärtigen Mächten diktiert wird, und versucht nicht herauszufinden, ob es hier nicht in Wirklichkeit um das Bemühen des mosambikanischen Volkes zur Erlangung seiner Identität geht."
(Appell des Gewissens – Dokument der Combonianer-Missionare und Bischof Pintos, im Februar 1974 verfaßt, vgl. Publik-Forum Nr. 4/75).
Und „echte Verzweiflung" worüber will Pater Fischer in Angola und Mosambik angetroffen haben? Hat der Leiter des Afrika-Referates von „missio" in den Jahren des Kolonialkrieges nie die Verzweiflung der Angolaner und Mosambikaner registriert, wenn ihre Ernten durch Pflanzenvernichtungsmittel zerstört, ihre Dörfer mit Napalm verbrannt und ihre Frauen, Kinder und alte Leute von portugiesischen Spezialeinheiten abgeschlachtet wurden? Hat Pater Fischer nicht in den vergangenen Wochen die Verzweiflung weiter Teile des angolanischen Volkes zur Kenntnis genommen, dessen Unabhängigkeitsbewegung MPLA gegenwärtig von der mit amerikanischen, chinesischen und südafrikanischen

Geldern bezahlten „Befreiungsbewegung" FNLA zusammengeschossen wird (vergl. in diesem Heft die „Nachrichten und Kurzberichte" zu Angola). Oder hat er nicht die Freudenfeiern des mozambiquanischen Volkes beobachtet, das sich trotz der noch immer bestehenden enormen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika den Stolz auf die jetzt bevorstehende Erlangung der Unabhängigkeit nicht nehmen läßt? – Nein, Pater Fischer will dies alles nicht gesehen haben.
Dafür aber dies:

„Manche geben kopflos den Verlockungen nach, die ihnen das neue Regieme bietet".

Wenn man Wissing/Fischer glaubt, dann müssen das ja tolle Vergünstigungen sein, die die opportunistischen Priester für ihren Verrat an der Kirche erwarten dürfen. In der Tat: nach dem 25. April 1974 erhöhten die ausländischen Unternehmen in Mosambik die Gehälter ihrer leitenden Angestellten von 2 000 auf 6 000 Dollar monatlich, so daß die F r e l i m o in diese Gehälter einsteigen oder den Abfluß von Fachleuten riskieren muß. Aber woher soll das Geld kommen?

Die F r e l i m o braucht Millionen, um die Schäden des Krieges zu beseitigen, ganz zu schweigen von der in Zukunft zu leistenden Aufbauarbeit. Was die in Mozambique „abtrünnigen" Kirchenvertreter betrifft (zu allem Unglück für missio befindet sich unter ihnen sogar ein Bischof, Bischof Vieira Pinto, der zudem noch Präsident der mozambiquanischen Bischofskonferenz ist): auf sie wartet harte Arbeit und gewiß kein gesichertes hohes Einkommen. Aber es geht wohl offensichtlich über den Horizont eines missio-Afrika-Referenten, daß es Priester und Bischöfe gibt, die so etwas auf sich nehmen, weil sie sich dem Volk verbunden fühlen, mit dem zusammen sie leben.
Doch schauen wir, was Wissing seinen Freunden weiter mitzuteilen hat:

„Wenn wir nicht schnell und nachhaltig ein Zeichen der Brüderlichkeit und Solidarität geben, bricht ein Damm und geht die Ernte der Saat vieler Jahrzehnte verloren".

Welcher „Damm" ist es, den die Deichgrafen aus Aachen mit aller Entschlossenheit verteidigen wollen; welche „Saat" ist bedroht?
Wir wollen hier nicht danach fragen, was von portugiesischer Seite mit stillschweigender Billigung und z.T. offener Unterstützung seitens der Kirche jahrzehntelang in Angola und Mozambique „gesät" worden ist[2]. Fragen wir nur einmal nach der „Saat" der kirchlichen Missionstätigkeit im engeren Sinne: Dazu die Stellungnahme von schwarzen Ordensleuten und Priestern: „Wie oft wurde uns in den Seminaren und Noviziaten Gehorsam und Unterwürfigkeit befohlen; wie oft verboten uns die Oberen jede Diskussion. Ganz zu schweigen von dem totalen Ausschluß von allem, was uns gehörte: Sprache Sitte und Tradition, denn das war ‚gefährlich' und ‚verächtlich'. Unsere Ausbilder wollten uns nach ihrem Bilde schaffen, allerdings nur, was die Pflichten anginge" (Das Christentum afrikanisieren, in: P u b l i k - F o r u m Nr. 8/75) Offensichtlich wollen Wissing/Fischer wieder in jene Zeiten zurück, denn:

„Es geht um Tage. Noch vor dem Unabhängigkeitstag von Mosambik, dem 15. Juni 1975, sollten wir unsere feste Unterstützung zusagen können. Dafür dankt mit herzlichen Grüßen Ihr W. Wissing, Prälat".

Der Prälat mag sich beruhigen; er hat noch zehn Tage mehr Zeit, denn die Unabhängigkeitserklärung erfolgt erst am 25. Juni. Aber warum hat er es so eilig? Und vor allem, warum erwähnt er mit keinem Wort die Vieira P i n t o - Aktion? Beides hat denselben Grund:
Nach der Unabhängigkeit stellt die F r e l i m o allein die Regierung von Mosambik, und dann sind Verträge über den Kopf der FRELIMO und des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Vieira Pinto, hinweg nicht mehr möglich.
Niemand hat etwas dagegen, wenn jemand öffentlich oder privat Geld sammelt, um seine Freunde in den Missionen zu unterstützen. Und das muß nicht unbedingt mit der Regierung des betreffenden Landes abgesprochen werden [3], obwohl sich solches empfiehlt, wenn man seinen Freunden keinen Schaden zufügen will. Aber hier handelt es sich um Transaktionen großen Stils, die gezielt an Leute erfolgt, die aufgrund der bisherigen Absicherung durch das Konkordat nie in ihrem Leben wirkliche Not verspürt haben, und von denen sicher ist, daß sie nie die Unabhängigkeit der Kolonien gewollt haben.
Dieser Samariter-Brief, der unter Verzicht auf ausführliche Information den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen gedenkt, um damit „Dämme zu bauen", ist ein politischer Skandal.

W. Körtgen

1) Der Aufruf Wissings erging in handschriftlicher Form an die Spender „missios" (der Brief liegt der Redaktion vor).

2) Vgl. dazu in den „blättern", Heft 43/44 den Artikel zum Thema: „Perspektiven der Entkolonisierung im ehemals portugiesischen Afrika, Teil II"

3) Die Redaktion der „blätter" ist hier anderer Meinung. Sie hält es prinzipiell für besser angebracht in Ländern mit Befreiungsbewegungen, die als authentische Vertreter der unterprevilegierten Volksschichten Anerkennung verdienen, Geldspenden und Unterstützungen anderer Art mittel- oder unmittelbar solchen Bewegungen selbst zukommen zu lassen.

Vieira-Pinto-Aktion

Der Kolonialkrieg Portugals ist zuende. Unter der Führung der Befreiungsbewegung FRELIMO hat das Volk von Mosambik begonnen, sein Schicksal selbst zu bestimmen und eine unabhängige, antirassische Gesellschaft zu errichten. Am 25. Juni 1975 wird Mosambik unter seiner rechtmäßigen Regierung unabhängig.
Zum Anlaß dieses Ereignisses und um beim Aufbau des neuen Mosambik mitzuarbeiten, riefen die Leserinitiative Publik e.V., die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) und die deutsche Sektion der Pax Christi Bewegung zu einer In-

formationsaktion und zur Gründung eines „Pinto-Fons" auf.
Die Spenden wird Bischof Pinto in Übereinstimmung mit der FRELIMO verwenden, um das Erbe des portugiesischen Kolonialismus zu beseitigen: eine ruinierte Landwirtschaft, Kranke ohne ärztliche Versorgung, eine zerstörte Kultur. Der Fonds soll dem Bischof während der Abschlußveranstaltung am 21. Juni 1975 in der Dortmunder Reinoldi-Kirche überreicht werden.

Wer ist Vieira Pinto ?

Manuel Vieira Pinto ist seit 1967 Bischof der mozambiquanischen Provinz Nampula. Seine dortige Aufgabe charakterisiert er so: „Ich habe immer versucht, die Missionare zu bewegen, daß sie Priester des Volkes würden und nicht Funktionäre einer religiösen Institution."
Zusammen mit Priestern aus der Diözese Beira hat er sich entgegen des Beschlusses der Bischofskonferenz von Mozambique mit den Weißten Vätern solidarisiert, als diese im Mai 1971 das Land verließen. Deshalb wurde er von der portugiesischen Kolonialbehörde zum „Volksverräter" erklärt und Ostern 1974 nach Lissabon ausgeflogen und hier unter Hausarrest gestellt. Nach dem Umsturz vom April 1975 wurde Vieira Pinto zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz in Mozambique gewählt. Die Bevölkerung feierte seine Rückkehr nach Mozambique mit Freudenfesten.

Pinto und die FRELIMO

Bischof Pinto schrieb dazu: „Die FRELIMO ist eine revolutionäre Bewegung, was – für sich genommen – nichts bedeutet, daß sie im Prinzip gewaltsam ist. Gezwungendermaßen hat sie einen Krieg zugunsten des Volkes geführt. In ihrem Programm verdient die Erziehung besonderes Interesse; darin nimmt die Befreiung der mozambiquanischen Frau und die gesellschaftliche Organisierung den ersten Platz ein. Sie ist an einem sozialistischen Humanismus orientiert, der vom Volk ausgeht und in kleinen Gemeinschaften und Gemeinden verwirklicht wird."
Und: „Die FRELIMO als Befreiungsbewegung: ich bin dafür. Ob ich Marxist oder Sozialist bin? Ich bin gegen Kolonialismus und Kapitalismus; ich stehe auf der Seite der Armen und trete für ihr Recht ein; wenn Sie mich direkt fragen, so möchte ich sagen: ich bin sozialistisch eingestellt."

Als Präsident der Bischofskonferenz wird Pinto zu einer Schlüsselfigur bei der bevorstehenden Aufkündigung des Konkordats werden, das 1940 zwischen dem Kolonialregime in Lissabon und dem Vatikan geschlossen wurde. Ungeklärt ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der Zukunft der 2.000 katholischen Missionsschulen in Mozambique. Dazu Marcelino dos Santos, Vizepräsident der FRELIMO: „Für die Erziehung zeichnet nach dem Missionsabkommen noch immer die katholische Kirche in Mozambique verantwortlich". Die Konsequenz: „Die Lehrinhalte sind reaktionär und nicht zumutbar, die Schulbücher müßten verbrannt werden. Die wenigen Schulen im Land befinden sich außerdem nur in Gebieten, in denen auch Weiße leben."

FRELIMO-Präsident Samora Machel stellt in einem Brief an eine Priestertagung in Dar es Salaam die Aufgabe der Kirche im unabhängigen Mozambique so dar: „Von der Kirche reden, heißt von den Menschen reden, aus denen sie besteht. In erster Linie von den Priestern. Sie sind Bürger ihres Landes und müssen sich mit den tiefsten Hoffnungen des Volkes identifizieren in seinem Kampf gegen Elend, Krankheit, Unwissenheit und Ausbeutung . . . Die FRELIMO identifiziert sich mit keinem religiösen Bekenntnis in unserem Land . . . Eure Aufgabe ist es, ein Mozambique aufzubauen, in dem jeder Platz hat; ehrlich von Eurer Arbeit zu leben, den Geist des Individualismus und der persönlichen Rache auszumerzen und die Opfer auf Euch zu nehmen, die der Aufbau unseres Landes fordert."

Pinto – Aktion

Die Aktion Dritte Welt Freiburg fordert die Leser der „blätter des iz3w" auf, die Vieira Pinto-Aktion zu unterstützen. Wir tun dies, weil wir wissen, daß die eingegangenen Gelder nur in Absprache mit der FRELIMO verwendet werden.
In einem Interview vom 13. April 1975 erklärt Marcelino dos Santos: „Finanzielle und materielle Unterstützung war noch nie so notwendig wie heute. Deswegen begrüße ich die Kampagnen zur Unterstützung des Aufbauprogrammes von Bischof Vieira Pinto, die zur Zeit in Europa laufen. Wie alle Entwicklungsprogramm in Mozambique ist auch das von Bischof Pinto mit der FRELIMO abgesprochen. Jede kleine Geldspende oder Medikamentensendung ist von großer Wichtigkeit für uns."
Wir geben diesen Appell der FRELIMO weiter und fordern alle Leser auf, für die Vieira Pinto-Aktion zu spenden. Dies ist umso wichtiger, als derzeit reaktionäre kirchliche Kreise aus der BRD dazu aufrufen, ihren Gesinnungsgenossen in Mozambique und Angola „schnell und nachhaltig ein Zeichen der Brüderlichkeit und Solidarität zu geben, um keinen Damm brechen und die Ernte der Saat vieler Jahrzehnte verloren gehen zu lassen."
Von dieser seitens des Katholischen Missionswerk „missio" initiierten Aktion ist Vieira Pinto explizit als einziger Bischof in Mozambique ausgenommen (vergl. dazu im Genaueren im vorliegenden Heft den Artikel zum Thema: „missio will konservative Kirchenfraktion . . . ").

„SCHLAGT EINE BRÜCKE NACH MOZAMBIQUE"

Anfragen und Bestellungen an:
Sonderbüro Vieira Pinto, 53 Bonn-Beuel, Bergweg 21
Tel. 02221 / 46 67 16 (täglich von 10 bis 12 und 15 bis 18 Uhr)
Spendenkonten:
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
Sonderkonto Pinto-Fonds, Sparkasse Bonn Nr. 43 593 706
Sonderkonto Pinto-Fonds, Postscheck Köln Nr. 2944 02 - 500

Für Spenden werden auf Wunsch Spendenquittungen ausgestellt. (siehe auch Materialhinweise am Ende dieses Heftes).

rb

Justiz

Urteile in Sachen Südliches Afrika

Urteile und gerichtliche Stellungnahmen in Sachen Cabora-Bassa, Söldner-Anwerbung für Rhodesien und BRD-Waffenlieferungen an Südafrika

In bundesdeutschen Gerichtssälen ergingen 1974 und 1975 „Namen des Volkes" u.a. folgende Urteile: Die Anwerbung von 1200 Söldnern für einen Krieg zur Unterdrückung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung in Zimbabwe (Rhodesien) ist mit einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von einem Jahr und einer Geldstrafe von 3000 DM zu ahnden; die durch ein rechtswidriges Frageverbot provozierte gewaltlose Besetzung des Podiums einer Aktionärsversammlung ist mit 200 bzw. 400 DM zu bestrafen. Eine rechtliche Verfolgung von bewußt falschen Aussagen und Verleumdungen eines Regierungsbeamten, der damit rechtswidrige Waffenlieferungen aus der BRD an das Rassisten-Regime in Südafrika abschirmt, sind, so die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft in Bonn, nicht „im öffentlichen Interesse" der BRD.

1) Urteile in den sog. Cabora-Bassa-Prozessen

In der ehemaligen protugiesischen Kolonie Mozambique baut das internationale Firmen-Konsortium ZAMCO, dem aus der BRD u.a. auch die Firma Siemens angehört, den Staudamm „Cabora Bassa"[1]. Dieses Projekt war und ist noch immer umstritten. Entgegen anders lautenden Meldungen der Presse[3] ist die in Mozambique regierende FRELIMO in Bezug auf Cabora Bassa noch keinerlei Verpflichtungen zur Übernahme der von Portugal übernommenen Zahlungsverpflichtungen eingegangen [2].

Dem Organisationskomitee „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique" liegt ein Telegramm von FRELIMO-Präsident Machel vor, das besagt, daß die FRELIMO in dieser Hinsicht zu Cabora Bassa *noch keinen Beschluß* gefaßt hat. Auch ein in Lusaka zwischen der FRELIMO und Portugal geschlossener Vertrag enthält keine Regelung der Cabora-Bassa-Frage.

Antiimperialistische Komitees in der BRD kämpften seit 1969 gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudammes. Sie waren wie die FRELIMO der Meinung, daß der unter der Regie des damaligen portugiesischen Kolonialregimes geplante und in Angriff genommene Staudamm-Bau nach seiner Fertigstellung ein wichtiger Faktor zu längerfristigen Aufrechterhaltung der weißen Minderheits-Regime im südlichen Afrika sein würde [4]. Von daher wurden vielfältige Aktionen durchgeführt, die darauf abzielten, die BRD-Beteiligung an diesem Projekt zu stoppen. Einer dieser Aktionen war die Teilnahme von Mitarbeitern verschiedener antiimperialistischer und antikolonialistischer Gruppen der BRD an der Hauptversammlung der Siemens-Aktionäre, die im März 1972 in München stattfand. Durch den Kauf von Aktienanteilen hatten sie sich hierzu in juristisch korrekter Weise die Berechtigung verschafft. Als den Cabora-Bassa-Gegnern, entgegen dem gültigen Aktienrecht, im Verlauf der Hauptversammlung von der Versammlungsleitung wiederholt die Möglichkeit verwehrt wurde, an den Siemens-Vorstand bezüglich Cabora-Bassa kritische Fragen zu richten, schritten sie zu einer gewaltlos verlaufenden Podiumsbesetzung, um sich auf diese Art und Weise in der Versammlung Gehör zu verschaffen.

Gegen 6 Personen, die sich an dieser Aktion beteiligt hatten, wurde später dann auf Antrag des Siemens-Vorstandes ein Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch und Nötigung erlassen[5]. Drei von ihnen wurden darauf am 29.10.1973 vom Landgericht in München wegen „versuchter Nötigung" zu Geldstrafen in Höhe von 200 bzw. 400 DM verurteilt [6]. Am 29.8.74 verwarf das Bayerische Oberste Landesgericht eine von Rechtsanwalt Hannover erstellte 25-seitige Revisionsklage gegen die Münchner Urteile mit der kargen Begründung: „Die Revisionen sind offensichtlich unbegründet" (RReg. 3 St 140/74 a – c).

Sechs Monate danach, am 28.2.75, sprach dann allerdings das Amtsgericht Sinsheim einen weiteren Cabora-Bassa-Gegner, der mit den in München Verurteilten an der Podiumsbesetzung teilgenommen hatte, frei. Auf Grund des in der fraglichen Aktionärs-Hauptversammlung zuvor gegen die Cabora-Bassa-Gegner verhängten Redeverbots, was von dem Gericht als „schwerer Verstoß" gegen das Aktienrecht anerkannt wurde, konnte das Gericht in der Podiumsbesetzung kein straffälliges Verhalten sehen.

Das in Sinsheim von einem *Amtsgericht* ausgesprochene Urteil, das zudem zu einem Zeitpunkt ausgesprochen wurde, als sich in Bezug auf Cabora-Bassa bereits einiges geändert hatte (das portugiesische Kolonialregime war gestürzt, die FRELIMO als rechtmäßiger Repräsentant des Volkes in Mozambique anerkannt und daß das Projekt für die BRD-Firmen mittlerweile zum Verlustgeschäft) ist, so sehr es für sich genommen zu begrüßen ist, kaum geeignet, die deutsche Justiz in der Cabora-Bassa-Frage von dem Vorwurf der Herrschaftsabhängigkeit reinzuwaschen[7]. Die Urteile von München sind auf höchster Landesebene bestätigt worden und sind trotz des Urteils von Sinsheim weiterhin rechtskräftig.

2) Urteil in Sachen Söldnerwerbung für Zimbabwe (Rhodesien)

Am 19.3.75 verurteilte ein Amtsgericht in München den Söldner-Anwerber Edgar Thelen wegen „Anwerbens für fremden Wehrdienst" zu einer Geldstrafe in Höhe von 3000 DM und einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von einem Jahr. Thelen begann seine militärische Laufbahn als berufsmäßiger Killer in Indochina in der französischen Fremdenlegion. Er war später dann Nahkampfausbilder bei der Bundeswehr. Als Feldwebel wurde er wegen Mißhandlung von Untergebenen zu einer vier-monatigen Disziplinarstrafe (zur Bewährung!) verurteilt.

Über Bestechungsgelder hat sich Thelen 1974 von Salisbury aus Listen von ausgeschiedenen Bundeswehrangehörigen beschaffen wollen – dies in der Absicht, Söldner anzuwer-

ben, die bereit sind, in Zimbabwe an der Seite der Smith-Armee und der Polizeitruppen aus Südafrika den afrikanischen Widerstand gegen die weiße Minderheitsherrschaft in Zimbabwe zu brechen [8]. Als dies ihm mißlang, schritt Thelen zur Anwerbung von Söldnern vermittels von Annoncen in schweizerischen und deutschen Tageszeitungen (so in dem „Züricher Tagesanzeiger", in der „Welt" und in der „Süddeutschen Zeitung"; hier handelte es sich um eine 2000-DM-Anzeige). Thelen legte sich hierbei den Dienstgrad eines amerikanischen Oberstleutnant zu. Auf seine Anzeigen meldeten sich insgesamt 1200 Bewerber.



Erst als dieses Vorgehen Thelens in einigen ausländischen Zeitungen Schlagzeilen machte und Thelen sich nach über 4 Wochen selbst der Polizei stellte (vermutlich, um seiner Killer-Anwerbeaktion vermehrte Publizität zu verschaffen), schritt die Staatsanwaltschaft in München ein. Bei einem Haftprüfungstermin stellte sich dann heraus, daß Thelen in Absprache mit rhodesischen Regierungskreisen handelte. Bei der nachfolgenden Gerichtsverhandlung kündigte Thelen an „baldmöglichst nach Rhodesien zurückzukehren, um für dieses Land zu kämpfen" [9].

In der Gerichtsverhandlung plädierte Thelens Verteidiger Steffen Ufer aus München für eine Bewährungsstrafe. Thelen habe aus Idealismus gehandelt und sei „weit vom Söldnertum entfernt". „Er ist", so der Verteidiger wörtlich, „vielmehr Soldat aus innerster Überzeugung. Seine Persönlichkeitsstruktur biete Gewähr, daß er künftig ein gesetzmäßiges Leben führen wird[10]." Das Gericht schloß sich in seiner Urteilsbegründung dieser Auffassung an! Thelen erhielt die geforderte Bewährungsstrafe und wird entsprechend seiner Ankündigung wohl schon jetzt zusammen mit den von ihm geworbenen Söldnern „für Rhodesien kämpfen" können.

3) Waffenlieferungen der BRD an Südafrika: Verfolgung von Falschaussagen — Verleumdungen eines Botschaftsangehörigen „nicht im öffentlichen Interesse"

Am 25.2.75 teilte die Staatsanwaltschaft Bonn auf einen Strafantrag des „Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" (AGM-Komitee) gegen den ersten Sekretär der Botschaft der BRD in Lusaka/Sambia, H o l d e r b a u m, wegen übler Nachrede hin mit, die Erhebung einer „Öffentlichen Anklage gegen Holderbaum läge nicht im öffentlichen Interesse" der BRD.

Holderbaum hatte auf Befragen der 'Times of Zambia' zu einer vom AGM-Komitee vorgelegten Dokumentation über deutsche Kriegsmateriallieferungen an Südafrika jegliche derartige militärische Unterstützung Südafrikas durch die BRD bestritten [11]. Entgegen den Aussagen Holderbaums sind in der genannten Dokumentation lediglich deutsche Lieferungen von militärischen Ausrüstungsgegenständen an die SAR aufgeführt, die zuvor sogar schon von Regierungsmitgliedern und Beamten des Auswärtigen Amtes in der BRD bestätigt worden waren.

In dem Interview mit der 'Times of Sambia' fügte Holderbaum seiner offenkundig falschen Aussage zudem noch die verleumderische Unterstellung hinzu, die vom AGM-Komitee erstellte Dokumentation sei das Werk von Leuten, die es darauf anlegten, die Beziehung zwischen der BRD und Schwarzafrika zu unterminieren.[12]

rb

Fußnoten:

(1) zur Problematik des Cabora-Bassa-Projektes: E. Ferreira „Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa" S.49 - 71
(2) dazu „Gruppenrundbrief des Organisationskomitees Freiheit für Angola, Guinea-Bissao & Mozambique" Nr. 18
(3) z.B. SZ 25/1/75
(4) Kritik gegen das Projekt „Cabora Bassa" von Sietse Bosgra
(5) zum Ablauf der Hauptversammlung: „Blätter des iz3w" Nr. 21/22
(6) eine Einschätzung dieses Urteils: „Blätter des iz3w" Nr. 32/33
(7) Anzumerken ist dazu auch folgendes:
War das erste Urteil und sein Zustandekommen Ausdruck einer von den Herrschenden abhängigen Justiz, so scheint durch den zweiten Richterspruch das Gegenteil bewiesen. Unterschiedliche Urteile in denselben Angelegenheiten bei verschiedenen Gerichten könnten auf die Unabhängigkeit der Justiz und damit auf deren Objektivität schließen lassen. Bei dieser „Beweisführung" werden also nicht kongruente Urteile als Zeichen der Unabhängigkeit interpretiert. Das heißt, daß jedes Urteil für sich genommen als autonome, interessenfreie richterliche Entscheidung akzeptiert wird. Dabei wird freilich vom Inhalt des einzelnen Urteils abstrahiert und nur noch auf den Urteilsvergleich abgehoben. Es ist also völlig gleichgültig, ob sich e i n Urteil als Un-Recht darstellt. Wichtig sind lediglich die unterschiedlichen Ergebnisse.
Somit werden einzelne Urteile nicht in Frage gestellt (wie sollten sie auch, da Gerichte doch „objektiv" und damit „gerecht" sind). Die Methode des Urteilsvergleichs beinhaltet folglich schon die Ideologie der unabhängigen Justiz, was durch sie eigentlich erst nachgewiesen werden soll. Zudem ist es nicht möglich, anhand einzelner Urteile den Charakter der Justiz aufzuzeigen. Dazu sind umfangreichere Analysen notwendig: z.B. die Untersuchung von Technik und Intensität der von Gerichten angestellten Wahrheitsfindung; Verhältnis des Verhandlungsinhalts zur sozialen Wirklichkeit; Äußerlichkeiten einer 'Gerichtszeremonie' soziale Herkunft der Richter; Ausbildungsgang und -methoden bei Juristen; Vergabe von Richterstellen usw.
(8) Stern vom 27/2/75
(9) zur Lage in Zimbabwe: „Blätter des iz3w" Nr. 38 und 43/44
(10) SZ vom 20/3/75
(11) Die Dokumentation ist abgedruckt in: Gruppenrundbrief Nr. 18, sowie in „Blätter des iz3w" Nr. 39
(12) aus einer Presseerklärung des AGM-Komitees Bonn vom 4. April 75.

Rezension

Wem nützt die Armut der Dritten Welt?

Meueler, Erhard (Hg.), Unterentwicklung – Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen, Reinbek bei Hamburg, 1974 (rororo-Sachbuch Nr. 6906/6907) 2 Bände

1. Heile Welt und Dritte Welt

Bildungarbeit auf dem Gebiet der Unterentwicklung hat es besonders schwer, da sie gegen einen Berg von Vorurteilen und Klischees ankämpfen muß, die den "zu Bildenden" nicht immer ohne ideologische Absicht in deren Köpfe eingepflanzt wurden (Massenmedien, staatliche und kirchliche Bildungsträger).[1] Bestehende Schulbücher behandeln das Thema Dritte Welt meist nur am Rande, wobei nicht die Erklärung von Zusammenhängen und die Aufdeckung von Strukturen der Unterentwicklung im Vordergrund der Darstellung stehen, sondern lediglich die Erscheinungsformen von Unterentwicklung zur Behandlung des Themas herangezogen werden. Durch solche oberflächliche Betrachtungsweise kann man kaum politisches Bewußtsein bilden. Im Gegenteil, der Entstehung von kritischem Bewußtsein wird oftmals mit Absicht der Weg verbarrikadiert, indem Unterentwicklung und deren Erscheinungsformen wie Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit aus der Darstellung ausgeklammert werden und eine exotische Welt aus der Neckermann-Perspektive vorgeführt wird. (vgl. hierzu den Beitrag „Kenia oder: Urlaub der Reichen in den Ländern der Armen" im vorliegenden Doppelband) Schönheit und Unberührtheit der Natur sollen den Blick für die wirklichen Probleme der Menschen in diesen Ländern verschleiern. Gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen haben in dieser abgeschirmten und fast problemlosen Welt keinen Platz. (In diesem Zusammenhang wäre es einmal interessant den Einfluß bestimmter Fernsehsendungen wie „Daktari", „Tarzan" oder „Ein Platz für Tiere" auf den Meinungsbildungsprozeß vieler Jugendlicher zu analysieren).

2. Entwicklung und Unterentwicklung – zwei Seiten von ein und derselben Medaille

Dieser zum Teil bewußt unpolitischen Darstellung oder vollständigen Ausklammerung der Probleme der Länder der Dritten Welt versucht Erhard Meueler und ein Autorenteam, dessen größter Teil praktische Erfahrungen in den sog. Entwicklungsländern gesammelt hat, mit einer neuen, kritischen Konzeption entgegenzutreten. Der Doppelband „Unterentwicklung – Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen" enthält in elf Arbeitsheften einen Einführungsbeitrag in die Entstehungsgeschichte der Unterentwicklung und Länderbeiträge zu Chile, Brasilien, Kenia, Tansania und Süd-Afrika (Rassismus). Drei Hefte befassen sich mit Problemen der Entwicklungshilfe, wobei schwerpunktmäßig die Themen Kirchliche Entwicklungshilfe, personelle Hilfe (Entwicklungshelfer) und Privatinvestitionen in der Dritten Welt behandelt werden. Die Ausländerbeschäftigung in der BRD ist das Thema eines weiteren Beitrags. Im elften und letzten Heft sollen die wichtigsten Begriffe der Kritik der Politischen Ökonomie in systematischer Reihenfolge erläutert werden.

Bezieht man die neue kritische Konzeption auf die inhaltliche fachwissenschaftliche Seite, so bedeutet dies, daß die Autoren Unterentwicklung nicht mehr länger als etwas schicksalhaftes, aus naturgeographischen Bedingungen entstandenes Phänomen, dargestellt sehen wollen. Man will den Ursachen der Unterentwicklung auf den Grund gehen und auch ihre Verursacher benennen d.h. Erscheinungsformen der Unterentwicklung werden als solche erkannt und historisch abgeleitet, „strukturelle Bedingungen von Unterentwicklung" werden aufgezeigt. Der gesellschaftliche und historische Aspekt der Unterentwicklung nimmt gegenüber konventionellen Erklärungsversuchen einen breiten Raum ein. Die Autoren „wollen zeigen, daß das Elend großer Massen gesellschaftlich bedingt ist, von Menschen gemacht und daher veränderbar ist" und „die Interessen benennen, die einer Veränderung zu mehr Gleichheit und Humanität jeweils konkret entgegenstehen". (Bd. I S. 12)

Der Bedingungszusammenhang von Unterentwicklung und Entwicklung als zwei Seiten von ein und derselben Medaille und der Bezug zum Erfahrungshorizont der Zielgruppe dieses Doppelbandes ist Grund genug, besonders die Rolle der BRD und die Aktivitäten westdeutscher Interessengruppen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. Dies scheint auch das wesentlich Neue an dieser als Schulbuch konzipierten Darstellung der Unterentwicklung zu sein. Zum erstenmal sollte in einem Schulbuch anhand konkreter Beispiele der zumeist hemmende Einfluß der BRD bzw. einzelner bundesrepublikanischer Interessengruppen auf die Entwicklungsprozesse in den Ländern der Dritten Welt aufgezeigt werden. Dies dürfte auch der entscheidende Grund für die ablehnende Haltung renommierter Schulbuchverlage zu einer Herausgabe der Hefte gewesen sein.

3. Unterentwicklung als Gegenstand politischen Lernens

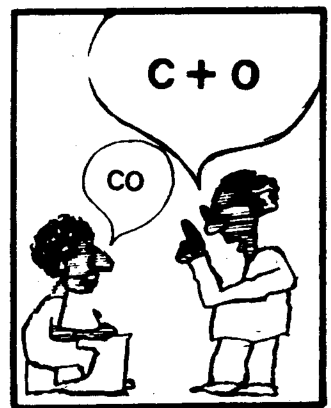
Damit aber nicht nur Wissenstoff und Fakten zusammenhanglos angehäuft werden, ohne einen politischen Lernprozeß in Gang gesetzt zu haben, wählten die Autoren eine abweichende Form von den reglementierenden und minutiös durchstrukturierten gängigen Unterrichtseinheiten. Lediglich die am Ende eines jeden Kapitels gestellten Arbeitsaufgaben erinnern daran, daß man hier auch ein Lehrbuch im herkömmlichen Sinn vor sich hat. Ziel und Zweck dieser Arbeitsaufgaben ist aber nicht nur die Wiederholung und Vertiefung des Gelesenen, sondern es werden auch Impulse gegeben, die einen Lernprozeß nach sich ziehen sollen, in dem unreflektiert übernommenes Gedankengut kritisch hinterfragt wird. Der Leser wird oft feststellen, wie sich Begriffe in seinen Sprachgebrauch eingenistet haben, deren ideologischer und verschleiernder Charakter ihm noch nie ins Bewußtsein gerückt ist. Darüber hinaus steckt hinter den Arbeitsaufgaben die Absicht einer umfassenderen Information, damit Erlerntes belegt und erweitert werden kann. (z.B. im Zusammenhang mit den chilenischen Salpeterminen: „Fragen Sie Ihren Chemielehrer oder andere informierte Personen, wozu heute noch Salpeter gebraucht wird. - Kennen Sie andere Beispiele aus der Geschichte, wo

ein Krieg aus wirtschaftlichen Gründen geführt wurde/wird? Um welche Produkte ging/geht es jeweils? Wie notwendig waren/sind diese Produkte für die kriegführenden Staaten? " S. 95) In solcher Weise aufgefordert, verschiedene historische Ereignisse auf die ihnen gemeinsamen Merkmale hin zu untersuchen, wird bewirkt, daß man Geschichte - sowohl allgemein, als auch die spezielle Geschichte der Unterentwicklung – nicht mehr länger als Aneinanderreihung scheinbar voneinander unabhängiger Ereignisse betrachtet, sondern in der Geschichte den ständigen Kampf einer unterdrückten Mehrheit gegen die sie unterdrückende Minderheit sieht.
Die Begründung, warum man bei der Zusammenstellung der Arbeitsmaterialien von der üblichen einengenden Form der Unterrichtseinheit abgewichen ist, klingt einleuchtend. Zum einen wollte man das bei der Lektüre entstandene Interesse am Problem nicht abwürgen und in Schulwissen ummünzen, „das mit Noten zensiert werden kann". Zum anderen war man sich klar darüber, daß politisches Lernen nicht „planbar (Lern-Programme) und in seinen Ergebnissen jederzeit abrufbar wie das Wiederabspielen einer Tonbandaufnahme" ist. (Bd. I S. 12) Die Arbeitshefte sind deshalb auch nicht lernziel-orientiert. Lernziele wurden von den Autoren „als besonders modische, weil sich fortschrittlich gebärdende Form der Leistungszwänge und des Anpassungsdrucks in der Schule erkannt". (S. 12) Statt der Lernziele werden am Beginn eines jeden Kapitels die Absichten angegeben, die darin verfolgt werden. Allerdings geht diese Absichtserklärung in vielen Fällen über eine reine Inhaltsangabe des jeweiligen Kapitels nicht hinaus.
Als Besonders hilfreich, vor allem für entwicklungspolitische Gruppen, die sich in den gesamten Themenbereich noch einarbeiten wollen, werden sich in der Praxis die kurz kommentierten Film und Literaturlisten am Ende eines jeden Beitrags erweisen. Eine weitere gute Arbeitshilfe bildet das Verzeichnis der Bezugsadressen zu Beginn des Doppelbandes. Es enthält in einem ersten Teil die wichtigsten Adressen von Organisationen, von denen man Informations-, Arbeits- und Werbematerial erhalten kann und die für Veranstaltungen Referenten vermitteln; in einem zweiten Teil finden sich Anschriften von Filmverleihstellen. Das Anschriftenverzeichnis enthält Adressen von Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem politischen Selbstverständnis stark unterscheiden. Es wäre daher sinnvoll gewesen, wenn man, vor allem den kleineren Gruppen und Organisationen, Gelegenheit zu einer kurzen Selbstdarstellung gegeben hätte.
Die Hauptleistung der Autoren liegt zweifellos darin, Unterentwicklung in einen historischen Kontext zu stellen und die heutigen Ursachen der Unterentwicklung aufzuzeigen. Jedoch die Beschreibung konkreter Schritte zu ihrer Überwindung findet man kaum. Nur in wenigen Beiträgen werden Alternativen zum kapitalistischen Weg der Entwicklung angesprochen. Vor allem die Beiträge zu Chiele (Chile oder: Der Kampf geht weiter), Tansania, in dem auch die historische Rolle der Kolonialmacht Deutschland betrachtet wird (Tansania oder: Der Weg zu Ujamaa) und zu den Aktivitäten ausländischer Firmen in der Dritten Welt (Deutsche Firmen in der Dritten Welt) müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. In der entwicklungspolitischen Diskussion spielen alternative Entwicklungswege eine so große Rolle, daß man sie in einem eigenen Beitrag hätte darstellen müssen. Lediglich in dem Beitrag „Deutsche Firmen in der Dritten Welt" wird die erfolgreiche Entwicklung der VR China angesprochen. Bei der wichtigen Rolle, die das Beispiel Chinas für die Länder und Völker der Dritten Welt spielt und in Zukunft noch spielen wird, wäre es wünschenswert gewesen, wenn man der Darstellung des chinesischen Entwicklungsweges einen breiteren Raum gegeben hätte. Ein solcher Beitrag könnte dann auch eine vergleichende Analyse westl., vor allem deutscher, und chinesischer Entwicklungspolitik enthalten. [2]

4. Ausgewählte Beiträge im einzelnen

Eine ausführliche Besprechung aller elf Einzelbeiträge würde den Rahmen dieser Kurzrezension sprengen. Wir beschränken uns deshalb auf eine Kritik an Heft 11 „Stichwörter zur Politischen Ökonomie", das didaktisch am wenigsten gelungene Arbeitsheft. Da das Thema „Entwicklungshilfe" im entwicklungspolitischen Unterricht erfahrungsgemäß den breitesten Raum einnimmt, sollen die Beiträge „Gastarbeiter in der Dritten Welt" (Entwicklungshelfer), „Ganz kleine Brötchen für die Dritte Welt" (kirchliche Entwicklungshilfe) und „Deutsche Firmen in der Dritten Welt" (Privatinvestitionen) einer näheren Betrachtung unterzogen werden.
Die am Ende des II. Bandes befindlichen „Stichwörter zur Politischen Ökonomie" fallen, sowohl was die Form als auch den Inhalt betrifft, aus dem Rahmen der vorhergehenden Beiträge heraus. Sicherlich ist es notwendig, wenn man die wirtschaftlichen, politischen und geschichtlichen Ereignisse in der Dritten Welt auf dem Hintergrund der Theorie der Politischen Ökonomie erklären will, diese Theorie der Zielgruppe des Buches auch im Zusammenhang verständlich zu machen. Daß eine Einführung in die Theorie der Politischen Ökonomie nicht unbedingt so trocken und langatmig wie hier sein muß, zeigen die „Geschichten vom Doppelcharakter", von K. Plöckinger und G. Wolfram, in denen abstrakte Begriffe wie Tauschwert, Zirkulation, Mehrwert usw. in kurzen Bildergeschichten erklärt werden. [3] Diese Form der Darstellung von komplizierten Sachverhalten hat den Vorteil, daß sie auf den Leser weniger abschreckend und ermüdend wirkt und der Lernerfolg wegen der Kurzweiligkeit solcher Einzelgeschichten weitaus eher gewährleistet ist.
Die Zusammenstellung der Stichwörter läßt in vielen Punkten den Bezug zum Themenbereich Unterentwicklung vermissen. Bei der Einführung in die Theorie der Politischen Ökonomie hätte man einen Schwerpunkt auf Begriffe aus der politischen Ökonomie der Unterentwicklung setzen müssen. Wesentliche Begriffe wie z.B. 'Technologietransfer', 'Diversifizierung', 'Importsubstitution', 'Marginalisierung' fehlen völlig.
Bei der Durchsicht des Doppelbandes vermißt man ebenfalls einen umfassenden Beitrag zur Entwicklungshilfe allgemein. Da dieses Thema mit Vorliebe in Schulen behandelt wird, hätte man sich dazu einen eigenen Beitrag gewünscht, der die verschiedenen Formen der Entwicklungshilfe – staatl., private und kirchliche – in ihrem gegenseitigen Bedingungszusammenhang zum Gegenstand einer eigenen Betrachtung gemacht hätte. Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung wird bis auf die Darstellung eines Teilbereichs, der technischen Hilfe, nicht angesprochen. Der Beitrag "Gastarbeiter in der Dritten Welt" beinhaltet in der Hauptsache Ausschnitte aus Dokumenten und Briefe von Entwicklungshelfern, die nicht mehr, als deren Erfahrun-

gen wiedergeben können. Dabei wird nicht herausgearbeitet, welche „handfesten Interessen der Geber" sich hinter technischer Hilfe als Bestandteil der Bildungshilfe im weitesten Sinn verbergen. [4] Es wird nicht hinterfragt, warum die Erfahrungen zurückgekehrter Entwicklungshelfer nicht in genügendem Maße in die Ausbildung einfließen. Man erfährt auch nichts darüber, welcher Interessen einer kritischeren, nicht nur rein berufsbezogenen Ausbildung im Wege stehen.
Der Beitrag zur kirchlichen Entwicklungshilfe „Ganz kleine Brötchen für die Dritte Welt" setzt sich wesentlich kritischer als der vorhergehende mit seinem Thema auseinander.
Ausgangspunkt der Analyse ist das Deutschland des ausgehenden 19. Jh.: Industrialisierung, sprunghaftes Bevölkerungswachstum, Landflucht, Entstehung von Elendsvierteln. Die politische Situation der Länder der Dritten Welt ist heute durch ähnliche oder gleiche Merkmale gekennzeichnet. Obwohl die Kirchen an der „Sozialen Frage" des







19. Jh. gescheitert sind, glauben sie mit den gleichen Methoden wie damals, der Ungerechtigkeit ein Ende bereiten zu können.
Durch die kirchliche Entwicklungshilfe werden keine Ursachen der Unterentwicklung bekämpft und keine Strukturen verändert. „Insofern gleicht die kirchliche Entwicklungshilfe noch immer jenen Nothelfern im Kurvengleichnis, die am Straßenrand stehen und den Verunglückten bergen – mit modernen Ambulanzen natürlich! –, die aber nicht die gefährliche Kurve umbauen". (Bd. I S. 397)

Es werden aber auch durchaus poisitive Ansätze der Kirchen angesprochen. Dazu gehören die Stellungnahme lateinamerikanischer Bischöfe zur revolutionären Gewalt und die Unterstützung des Anti-Rassismusprogramms, das fast nur in der BRD auf Widerstand gestoßen ist.
Bei der kritischen Betrachtung kirchlicher Entwicklungshilfe kommt die Analyse der Rolle der Kirchen zur Zeit des Kolonialismus zu kurz. Die Beurteilung heutiger Formen kirchlicher Entwicklungshilfe sollte auf dem Hintergrund früherer Tätigkeiten (Missionierung) geschehen. Dabei könnte man an historischen Beispielen die enge Verflechtung von Kirche und Staat aufzeigen. [5] Private Direktinvestitionen von westdeutschen Firmen und Konzernen sind das Thema des Beitrags „Deutsche Firmen in der Dritten Welt", der vom iz3w, Freiburg erstellt wurde. Dieses Arbeitsheft ist deshalb eine eigene ausführliche Betrachtung wert, weil in ihm der Zusammenhang von Ausbeutung (Industrienationen) und Abhängigkeit (Entwicklungsländer) am ehesten dargestellt werden kann. Gleichzeitig üben die Autoren dieses Beitrags die deutlichste Kritik am kapitalistischen privatwirtschaftlichen Weg der Entwicklung (sprich: Industrialisierung), wobei am Ende ein alternativer Entwicklungsweg aufgezeigt wird. Die übergeordnete Fragestellung lautet: Wem nützen Privatinvestitionen in erster Linie?
Anhand eindrucksvoller Beispiele wie VW do Brasil, einer Schuhfabrik in Ecuador, einer Textilfabrik in Ostafrika und zahlreichen anderen Projekten und mit konkreten Zahlenmaterial wird der private Kapitalexport als das entlarvt, was er in Wirklichkeit ist: nämlich als ein Mittel neokolonialistischer Ausbeutung durch ausländische Konzerne zu deren ausschließlichen Nutzen.
Die Gründe, warum ausländische Unternehmen so gerne in Länder der Dritten Welt investieren, werden am Beispiel Brasilien verdeutlicht, das sich zu einer solchen Demonstration geradezu anbietet, da 1971 immerhin 36% des westdeutschen Kapitalexports nach Brasilien gingen. Es sind dies nicht zuletzt die hohen Arbeitslosenziffern (30% des Arbeitskräftepotentials in Lateinamerika sind arbeitslos) und damit zusammenhängend die niedrigen Lohnkosten. Fiat-Direktor Urani äußerte sich dazu folgendermaßen: „In keinem Land der Welt bringt der Mensch so hohe Erträge, wie in der brasilianischen Automobilindustrie!"
im Falle Brasilien, aber auch in zahlreichen anderen Drite-Welt-Ländern spielen die innenpolitischen Verhältnisse eine wesentliche Rolle für die Investitionsneigung westlicher Konzerne. Hier herrscht eine Militärdiktatur, Streiks der Arbeiter sind verboten und werden durch den militärischen Unterdrückungsapparat verhindert, außerdem gibt es genügend andere Garantien, die ausländischen Unternehmen ihre Profite sichern helfen, wie z.B. die erheblichen Steuererleichterungen für ausländische Investoren. Weiterhin sind die Bodenpreise niedrig und Rohstoffe zumeist reichlich und billig vorhanden.
Der von den Apologeten privater Direktinvestitionen vielgepriesene Einkommens- und Beschäftigungseffekt, den die Investitionen den Ländern der Dritten Welt bringen soll, wird als reine Ideologie entlarvt. Anhand der Begriffe „Technologietransfer" und „kapitalintensive" contra „arbeitsintensive Industrie" wird anschaulich erklärt, warum ein Unternehmer nicht an der Schaffung von Arbeitsplätzen interessiert ist, sondern in erster Linie an der Senkung der Produktionsko-

sten und somit an der Steigerung seines Gewinns, was meist durch den Einsatz modernster Maschinen erreicht wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist lediglich ein Nebenprodukt privater Direktinvestitionen. Am Beispiel einer Schuhfabrik in Ecuador wird sogar gezeigt, daß die Gründung eines ausländischen Unternehmens mit weitgehend automatischen Maschinen zwar 40 neue Arbeitsplätze mit sich brachte, jedoch fast 5000 Schuhmacher zur Arbeitslosigkeit verurteilte, deren in Handarbeit hergestellten Schuhe mit den billigen Plastiksandalen des neuen Betriebs auf dem Markt nicht mehr konkurrieren konnten.
Am Ende des Arbeitsheftes dürfte noch deutlicher geworden sein, daß es niemals eine Interessenidentität zwischen den unterdrückten Völkern einerseits und den kapitalistischen Unternehmungen und dem ihnen Flankenschutz bietenden Staat andererseits geben kann.
Aus diesem Grund wird in einem Schlußabschnitt des Beitrags für die Völker der Dritten Welt nicht gangbaren kapitalistischen Weg ein anderer bereits praktizierter und erfolgreicherer entgegengesetzt. Am Beispiel der VR China wird aufgezeigt, wie ein Volk, nachdem es die Fesseln des Kapitalismus und jeglicher Fremdbestimmung abgestreift hatte, unter gemeinsamer Anstrengung, die Probleme der Unterentwicklung erfolgreich anpacken kann. Die Erfolge der VR China bei seiner wirtschaftlichen, und politischen Entwicklung ohne „Hilfe" von außen, bestätigen nur den richtungsweisenden Charakter des chinesischen Weges für die Länder der Dritten Welt.

5. Schlußbemerkung

Trotz der notwendigen Kritik haben die beiden Bände zur Unterentwicklung didaktisch viel neues zu bieten. Vor allem Schüler werden davon profitieren. Die besondere Form der Darstellung, als eine Mischung von Schulbuch und Sachbuch, bringt es mit sich, daß der Zwangscharakter, der so vielen Schulbüchern anheftet, entfällt. Gleichzeitig werden Informationen gegeben und Zusammenhänge hergestellt, die den Rahmen üblicher Schulbücher weit überschreiten. Nicht zuletzt tragen die anschauliche Sprache und zahlreiche Illustrationen zu einem besseren Verständnis der Probleme der Unterentwicklung bei. M.E. handelt es sich bei den vorliegenden Bänden zm die derzeit inhaltlich fundierteste und umfaßendste Darstellung der Entwicklungsproblematik für Schüler und Jugendliche, die sich in die Thematik einarbeiten wollen.
Es ist darun wünschenswert, daß die beiden Bände eine möglichst große Verbreitung finden. Gleichzeitig sollte der Apell der Autoren an die Benutzer, Kritik und Verbesserungsvorschläge für eine Neuauflage mitzuteilen, nicht ungehört bleiben.

Anmerkungen:

(1) vgl. hierzu die Schulbuchanalyse von Fohrbeck, Wiesand, Zahar Heile Welt und Dritte Welt, Medien und politischer Unterricht, Opladen, 1971 (Leske-Verlag)
Katholische Deutsche Studenten-Einigung (Hrsg.), Materialien für den entwicklungspolitischen Unterricht, Bonn o.J.

(2) folgende Materialien zur Behandlung des chinesischen Weges eignen sich für den Unterricht:
Keim, Wolfgang, Variable Unterrichtsplanung am Beispiel China, Frankfurt, 1974 (EVA)
Teil 1: Didaktischer Kommentar, Modellbeschreibung, Materialstruktur, Lehrerbegleitbögen
Teil 2: Materialien: Vorrevolutionäres China, revolutionäres China, sozialistisches China
„Blickpunkt" – 25 Jahre Volksrepublik China, Herausgeber: Landesjugendring Berlin, Berlin 30, Münchnerstr. 24 enthält Artikel zu: China gestern – Indien Heute, Der besiegte Hunger, Bevölkerungswachstum und Geburtenkontrolle, Chinas Entwicklungshilfe u.v.a.
„blätter des iz3w" Nr. 40, Bevölkerungspolitik: „Das chinesische Experiment"; Nr. 25, Die chinesische Landwirtschaftspolitik

(3) Plöckinger, K., Wolfram, G., Geschichten vom Doppelcharakter – Der erste Band des 'Kapital', Westberlin, 1974 (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung GmbH)
vgl. auch das aus Bildergeschichten bestehende Geschichtsbuch, in dem die Entwicklung der Unterentwicklung Afrikas dargestellt ist. Titel: Das Geschichtsbuch, erschienen im Basisverlag Berlin, Berlin 15, Postfach 645

(4) vgl. hierzu Nr. 30 u. 32/33 der „blätter des iz3w" Ideologiekritik zur Bildungshilfe, Indonesienserie 7: Zur Entwicklungshilfe der BRD

(5) vgl. auch zur kirchlichen Entwicklungshilfe:
KDSE (Hrsg.), Materialien zur Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe, Bonn, (1974)
„blätter des iz3w" Nr. 31

Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG)
53 Bonn, Rheinweg 34, Tel. 23 40 21

Projektbereich Dritte Welt Ausländische Arbeiter

1. Unterrichtseinheit Algien
Sekundarstufe 1 und 2. Broschüre, 86 S. Unkostenbeitrag DM 2,–.
Sachanalyse, Planung und Durchführung von vier Unterrichtseinheiten, Testauswertung.

2. Materialien zur Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe
Broschüre, 136 S. Unkostenbeitrag DM 2,–
Entwicklungspolitische Zielkonzeption und Prozektpolitik, kirchliche und staatliche Entwicklungshilfe, Öffentlichkeitsarbeit und Bewußtseinsbildung der kirchlichen Hilfswerke, Anschriften

3. Materialien für den entwicklungspolitischen Unterricht
Broschüre, 168 S. Unkostenbeitrag DM 3,–.
Probleme der Unterentwicklung, Dritte Welt im Schulbuch, Schulfunk und Religionsunterricht, Lernziele für den Lernbereich Dritte Welt, ausgewählte Literatur, entwicklungspolitische Zeitschriften, Liste mit Unterrichtsmaterialien, ausgewählte Filme und Tonbildreihen, Anschriftenverzeichnis

4. Kirche in Brasilien
Wichtige Dokumente und Stellungnahmen der brasilianischen Kirche, Broschüre, ca. 100 S., DM 2,–.

5. Nordostbrasilien – zum Beispiel Canindé
Am Beispiel der „numicipio Canindé" werden die Probleme des Nordostens Brasiliens dargestellt und konkrete Projekte beschrieben. Broschüre, 46 S., DM 1,50.

6. Katholizismus in Lateinamerika
Dokument der „Bischöfe für den Sozialismus", Schlußdokument des Kongresses „Christen für den Sozialismus" usw. Broschüre, 68 S., DM 2,–.

7. Piaui und der brasilianische Nordosten. Eine Geographie der Armut
Broschüre, 70 S., DM 2,50, mit Graphiken, Bildern und Statistiken.
Großgrundbesitz, soziale Situation der Landbevölkerung und Einkommenverteilung.

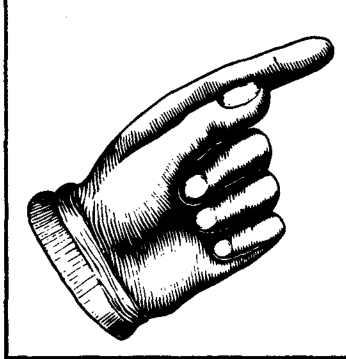
8. Materialien für die Arbeit mit ausländischen Kindern
Broschüre, 217 S., Unkostenspendebeitrag DM 5,–.
Sozialisationsbedingungen ausländischer Kinder, vorschulische Erziehung, Schulsituation und Problematik der Hausaufgabenhilfen, didaktische Hinweise zur Sprachförderung, 12 ausgearbeitete Lerneinheiten, Aktionen und Erfahrungsberichte usw.

9. Materialmappe „Ausländische Arbeiter und Kinder"
Jede Mappe ca. 130 S., Unkostenspendebeitrag für ein Abonnement (4 Mappen) DM 19,–.
Materialien für die Sprachförderung, Unterrichtseinheiten, didaktische Materialien, Berichte lokaler Initiativgruppen, Zusammenfassung von Neuerscheinungen, Analysen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation ausländischer Familien.



AGG

Vieira Pinto Aktion



Anfragen und Bestellungen an:

Sonderbüro Vieira Pinto,
53 Bonn-Beuel, Bergweg 21
Telefon: 02221/46 67 16 (täglich von 10 bis 12 und 15 bis 18 Uhr)

Spendenkonten: bei der AGDF:
Sonderkonto Pinto-Fonds
Sparkasse Bonn Nr. 43 593 706
Sonderkonto Pinto-Fonds
Postscheck Köln Nr. 2944 02-500

Außer dem untenstehenden Informationsmaterial können Referenten und Filme zur Verfügung gestellt werden. Mit der Lieferung bestellten Materials erhalten Sie die Rechnung.

Für Spenden werden auf Wunsch Spendenquittungen ausgestellt.

Bestellschein

______	*Broschüre über Dom Manuel Vieira Pinto*	*Stück*	*1,— DM*
______	*Länderbericht Mosambik*	*Stück*	*1,— DM*
______	*Länderbericht Angola*	*Stück*	*1,— DM*
______	*Länderbericht Guinea-Bissau*	*Stück*	*1,— DM*
______	*Dokumentation „Kirche und Kolonialismus"*	*Stück*	*3,— DM*
______	*Plakatserie (für Veranstaltungen)*	*Serie*	*9,— DM*
______	*Flugblätter*	*kostenlos*	
______	*Pinto-Plakate*	*kostenlos*	

____
Name, Vorname

____
PLZ Wohnort, Straße

____
Unterschrift

---

blätter des iz3w Bestellschein

Ich abonniere die BLÄTTER DES IZ3W

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab sofort

☐ ab Nr. .... zum Preis von DM 25,— / öS 180,— / Sfr. 28,— pro Jahr

(ältere Jahrgänge können zu niedrigeren Preisen nachbezogen werden)

☐ Ich bin .... und abonniere zum ermäßigten Preis für
(Beruf)

Schüler, Lehrlinge, Studenten, Rentner usw. von DM 18,— / öS 135,— / Sfr. 20,— pro Jahr

☐ Ich bitte um Zusendung der Materialliste

....
(Unterschrift)

Abbestellungen bitten wir, da der Abonnementpreis jährlich im Voraus in Rechnung gestellt wird, nur bis zum 30. 11. auf das jeweilige Jahresende vorzunehmen.

Bitte einsenden an: iz3w, 78 Freiburg Postfach 5328

Absender (bitte in Druckschrift)

____

____

____

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf ______________________________

Geburtsjahrgang ______________________________

Wie wurden Sie auf die BLÄTTER DES IZ3W aufmerksam?

____

____

Christen für Sozialismus

QUELLEN, KOMMENTARE UND DATEN FÜR UNTERRICHTSEINHEITEN, EIGENE THEORETISCHE WEITERARBEIT

DISKUSSIONSBEITRÄGE
Zur Kritik kirchlicher Konzepte von ‚Einheit' und ‚Dialog' im Zusammenhang weltweiter imperialistischer Widersprüche – Antikapitalistischer Kampf und christlicher Glaube – Französische Franziskaner zur Frage der Gewalt
(Diese Positionspapiere von links-christlichen Gruppen aus Italien und Frankreich aus den Jahren 1968 – 1973 kosten 1 Mark, 2. Auflage)

KLASSENKÄMPFE IN DEN WESTZONEN 1945 – 1949
Zur internationalen Lage – Chronologie der Arbeitskämpfe – Ökonomische Faktoren der Restauration – Die Wideraufrichtung der Bourgeoisie in den Westzonen – Zur Politik der CDU, der SPD/Gewerkschaften, zur KPD-Sozialisationsinstitutionen im Dienst der Restauration: Schule, Kirchen, Presse
DM 3,50

TEXTINTERPRETATIONEN
Zur Soziologie des Urchristentums – Interpretationen beispielhafter biblischer Texte – Klassenverhältnisse während Reformation und Bauernkrieg im 16. Jahrhundert – Kann es eine klassenneutrale Theologie geben?
(Diese Untersuchungen aus den Jahren 1972 – 1974 zeigen die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Hilfe historisch-materialistischer Methodik auf. 1 Mark, 2. Auflage)

RESISTENCIA – TEXTE ZUR POLITISCHEN PRAXIS UND THEOLOGISCHEN REFLEXION IN LATEIN-AMERIKA
Exemplarische Situationen: Villa/Poblacion, Proletarier, Campesinos; VW do Brasil, Anklagen des Russel Trib. II; polarisierte Christen: CIA geht zur Kirche, Massaker-Theologie, aber dagegen: Christen für den Sozialismus.
Lernprozesse: Arroyo, Assmann, Gutiérrez, Casalis, Miguez, Bonino, Paeschke,
(z.T. erstmals publizierte Dokumente) DM 5,–

Bestellungen gegen Vorkasse (Scheck, Briefmarken oder auf das Konto der ESG, Westfalenbank Bochum 91 55 80) oder auf Rechnung

Indonesien

Mit der INDONESIENKORRESPONDENZ will der Arbeitskreis Indonesien Köln versuchen, das Indonesienbild einer bürgerlichen Presse zu durchbrechen, in dem von „paradiesischer Schönheit, Ruhe und Harmonie" oder „Stabilität" und „günstigem Investitionsklima" die Rede ist.

Wir bringen vierteljährlich:
- Nachrichten über Widerstand und Opposition in Indonesien
- Berichte über die wirtschaftliche und kulturelle Überfremdung Indonesiens
- Berichte zu Minderheitsproblemen
- Berichte und Anregungen über Indonesien-aktivitäten im Ausland
- Analysen zur politischen Situation
- Materialien zur Klassenanalyse

Preise:
Einzelnummer (zuzügl. Porto): DM 2,–
Jahresabonnement:

Institutionen	DM 18,40
Einzelpersonen	DM 10,40

Vertrieb: AK Indonesien
5 Köln 1
Weissenburgstr. 55
c/o Göbels

Postscheckkonto 256664-506 Köln auf den Namen: Hans Wilhelm

Äthiopien

Seit bald einem Jahr scheint Äthiopien sporadisch in der Presse, vor allem, wenn es Sensationelles von diesem bisher „stabilsten" Land Afrikas zu berichten gibt: Zuerst Berichte über die Hungersnot (ohne die Ursachen aufzuzeigen), dann Sensationsmeldungen über die Meuterei in der Armee, die „stille, friedliche Revolution" der Militärs, den Sturz des Kaisers und jetzt die „blutige Tragödie" und „brutale Wendung".
Dazu Schweizerisches: „Die Milliarden des Kaisers auf Schweizer Banken", „Schweizerspital für die Reichen" in Addis Abeba usw.

Um was geht es wirklich? Was sind die historischen Hintergründe und aktuellen Zusammenhänge?
Darüber informieren wir in unseren Broschüren:

- „Kämpfe in Äthiopien"
  Dokumentation zur Volksbewegung seit Februar 1974, zur Rolle der Armee usw. (erscheint im Januar 1975)
  DM 2,–
- „Die Hungersnot in Äthiopien – eine Naturkatastrophe? ?"
  Über die Ursachen der Hungersnot, Beispiele zum Kampf des Volkes gegen den Hunger; mit einem Beitrag zur Hungersnot in den Sahel-Ländern.
  DM 2,–
- „Prunkspital in Addis Abeba – ein Beispiel Schweiz. ‚Entwicklungshilfe' "
  (Broschüre vom Juni '74, eine erweiterte, aktualisierte Auflage ist in Vorbereitung)
  DM 1,–

Bestellungen an:

Komitee Äthiopien-Eritrea
8035 Zürich
Postfach 299

Einzahlungen und Spenden:

Konto-Nr. 397 8749
Commerzbank Marburg/Lahn

Russel-Tribunal

Das Unterstützungskomitee des BERTRAND RUSSELL TRIBUNALS II in der BRD hat eine Broschüre herausgegeben, die die Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode des Tribunals in Rom 1974 enthält. Das BERTRAND RUSSELL TRIBUNAL II beschäftigt sich mit der Unterdrückung in Brasilien, Lateinamerika und Chile.

Die Broschüre eignet sich als Begleitmaterial zur Lateinamerikaarbeit.

Die Broschüre kann gegen Vorauszahlung bestellt werden bei:

Stefan Kissinger
I Berlin 61
Bergmannstraße 3

Sammelbestellungen kosten 80 Pf. pro Exemplar. Ab 30 Exemplaren müssen je 60 Pf. bezahlt werden.

Einzelbestellungen können in vorher eingesandten Briefmarken (plus 40 Pf. Porto) gezahlt werden.

Demnächst publiziert das Untersüttzungskomitee eine ausführliche Broschüre mit Materialien über Hoechst, Siemens und Volkswagen do Brasil.

Verlag Kübler

Ahad Rahmanzadeh

Zur politischen Ökonomie der Entwicklungsländer

Sozioökonomische Voraussetzungen zur Mobilisierung der Produktivkräfte

Rahmanzadeh behandelt in seinem Buch die Barrieren des wirtschaftlichen Wachstums und die Möglichkeiten der Mobilisierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in Ländern der 3. Welt. Nach einer Bestandsaufnahme untersucht er verschiedene Entwicklungsstrategien, die erfolglos bleiben müssen, weil sie von Einzelproblemen ausgehen und die gesellschaftlichen Bedingungen der nationalen und internationalen Machtverhältnisse außer Acht lassen.
Aktuelles Datenmaterial und viele Tabellen erleichtern das Verständnis.

ISBN 3-921265-o5-3, Paperback, DM 9,8o 1974
Kübler-Verlag KG, 684 Lampertsheim, Postfach

NEUES FORVM

april 1975

angela davis: gefangen in new york
brigitte heinrich: briefe aus der zelle
knast: stundenlohn ös 1,60
alice schwarzer: jetzt abtreibungsselbsthilfe!
spö: kunst für den mittelstand
endlösung der slowenenfrage
der brave soldat wandl (†)

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

FORVM

mai juni 1975

gastarbeiter go home: brd/österreich/schweiz
marios nikolinakos: kapital international
erich fried: nichts gelernt seit hitler
fritz j. raddatz: rabenvater karl marx
gerhard zwerenz: zwei deutsche literaturen
günther nenning: zwerenz — affe mit flügeln
vigier/blechschmidt: krise auf oder ab?

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift
zu theorie und praxis
der entwicklungspolitik

themen:

1/75
Welternährungskonferenz '74
Materialien und Dokumente

2/75
Indien
Ökonomie, Kasten und Religion
Politische Artikulation

3/75
Christen in der Dritten Welt

Abonnement 4 Einzel- und 1 Doppelheft im Jahr: 11,- DM; Einzelh.: 2,- DM; Doppelh.: 3,- DM

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
c/o Erfried Adam 2 Hamburg 19 Postfach 2846

Informativ Marxistisch Parteiunabhängig

Ihnen genügen diese Schlagworte nicht? Uns auch nicht. Aber wir bemühen uns, eine Zeitschrift nach diesen Grundsätzen zu gestalten. Und wir legen besonderen Wert auf Analysen und Kommentierung des Geschehens in der kommunistischen Weltbewegung und den von kommunistischen Parteien regierten Staaten. Wenn Sie Genaueres über unsere Monatsschrift wissen wollen, senden wir Ihnen gern ein Probeexemplar.

WIENER TAGEBUCH

Einzelnummer öS 13.—
Jahresabonnement Inland öS 130 (Ausland öS 170), ermäßigtes Studentenabonnement Inland öS 80 (Ausland öS 120)

Zuschriften, Probeexemplare und Bestellungen: „Wiener Tagebuch",

A-1040 Wien, Belvederegasse 10